



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2011

Band XI

Einzelplan 11

Ministerium für Infrastruktur und
Landwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist	10
Zusammenfassung der Stellenübersicht	13
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2011	14
Kapitel 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	16
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	36
Kapitel 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume	53
Kapitel 11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft	72
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	90
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	114
Kapitel 11 080 Forstwirtschaft	125
Kapitel 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	144
Kapitel 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	165
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr	179
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	192
Kapitel 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -	212
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	222
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2011	232
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2011	236
Dienstwohnungen des Einzelplanes	239
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	240

VORWORT

VERZEICHNIS

der Behörden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg:

A Behörden

Landesoberbehörde

Landesamt für Bauen und Verkehr - Kapitel 11 400 –

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung – Kapitel 11 101

B Einrichtungen

Landesbetrieb Straßenwesen - Kapitel 11 460 und Wirtschaftsplan -

Landesbetrieb Forst Brandenburg - Kapitel 11 080 und Wirtschaftsplan -

Sonstige Einrichtungen

Stiftung Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt - Kapitel 11 032

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, insbesondere Stadterneuerung, Städtebauförderung, Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung
- Denkmalpflege im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik
- Wohnungswesen, insbesondere Wohnraumförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestandsmodernisierung und -instandhaltung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld
- Agrarwirtschaft (Land und Ernährungswirtschaft), insbesondere Maßnahmen der Agrarstruktur, Agrarmarktstruktur und Sozialstruktur der Landwirtschaft zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum
- Agrarmarkt, fachliche Begleitung der Ernährungswirtschaft, Ernährungsvorsorge und –sicherstellung, Qualitätsprüfungen
- Beratung und Betreuung der Landwirtschaft, Versuchswesen, Agrarbildung und Agrarforschung
- Agrarordnung insbesondere Flurneuordnung, land- und forstwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, ländliche Siedlung und Dorferneuerung
- Forstwirtschaft, insbesondere Verwaltung und Bewirtschaftung des staatlichen Forstvermögens, Forstaufsicht, Förderung und Beratung des Privat- und Körperschaftswaldes
- Jagd und Fischerei
- Landesplanung, Raumordnung und -beobachtung, Regionalplanung, Braunkohleplanung und -sanierung
- Verkehrspolitik, Verkehrsverbund, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt und Wasserstraßen, Güterverkehr, Straßenverkehrsrecht
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit , gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht

Für den weiteren Aufbau der Verkehrsinfrastruktur und der Stadtentwicklung sowie für die Förderung von Agrarforschungseinrichtungen sowie Produktions- und Einkommensalternativen im ländlichen Raum werden dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie werden ESF-Mittel (veranschlagt im Kapitel 07 030, TGr. 74) für die überbetriebliche Ausbildung zur Verfügung gestellt.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie privater Dienstleister.

Der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

Kapitel 11 010 - Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
Kapitel 11 025 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft
Kapitel 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft
Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung
Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens
Kapitel 11 080 - Forstwirtschaft
Kapitel 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg
Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr
Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau
Kapitel 11 470 - Förderung der übrigen Verkehrsträger und Verkehrssicherheit
Kapitel 11 500 - Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 11 010 - Ministerium

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Das Kapitel enthält Umsetzungen aus dem Kapitel 11 030.

Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung sowie
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam gem. Hauptstadtvertrag
- Zuschüsse an die Regionalen Planungsgemeinschaften

Das Kapitel enthält Umsetzungen aus dem Kapitel 11 030.

Kapitel 11 025 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft

Im Kapitel 11 025 sind in der Titelgruppe 80 die Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum (OP 2007 – 2013) sowie in der Titelgruppe 62 die Einnahmen und Ausgaben aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Rahmenplan) dargestellt.

Die Kofinanzierungsmittel des Landes sind in den Titelgruppen 63 und 81 gesondert ausgebracht.

Kapitel 11 030 - Allgemeine Verwaltungsaufgaben der Landwirtschaft

Die Ansätze wurden zu den Kapiteln 11 010, 11 020 und 11 032 umgesetzt.

Kapitel 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Im Kapitel 11 032 sind die Ausgaben und Förderungen für den ländlichen Raum und die sonstigen Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft aus Landesmitteln sowie Sonderabgaben enthalten

Die Mittel zur Förderung der beruflichen Bildung werden eingesetzt für Projekte, die nicht im Rahmen der Richtlinie „Ländliche Berufsbildung“ gefördert werden können. Ziel ist vor allem die Unterstützung von Akteuren bei der der Ausbildungsqualität und der Fachkräftesicherung.

Die Zuschüsse für die Durchführung der "Überbetrieblichen Ausbildung" dienen der Kofinanzierung der ESF Mittel gem. der Richtlinie zur Förderung der Überbetrieblichen Bildung.

Die Förderung der agrarwissenschaftlichen und Technologieforschung in Brandenburg (WGL-Einrichtungen und Mehrländerinstitute) erfolgt gemäß Artikel 91b GG vom Bund und allen Ländern multilateral. Zwischen dem Bund und den Ländern bestehen bi- und multilaterale Verträge. Entsprechend der Lissabon-Strategie und der entsprechenden Beschlüsse der Regierungschefs/-chefin des Bundes und der Länder vom September und Dezember 2009 soll die Förderung der Forschungseinrichtungen gesteigert werden. Ziel ist der Einsatz von 10 % des Bruttoinlandproduktes für Bildung und Forschung bis 2015, als Zwischenziel werden 3% bis 2010 angestrebt.

Darüber hinaus sind in diesem Kapitel die Zuschüsse für die Stiftung „Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt (Dosse)“ eingestellt.

Das Kapitel enthält Umsetzungen aus dem Kapitel 11 030.

Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Das Kapitel enthält insbesondere die Ausgaben für die Städtebauförderung und das Programm zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt) auf der Grundlage der jährlich mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen nach Art 104b GG. Die Bundesfinanzhilfen sind durch das Land in gleicher Höhe zu komplementieren. Eine darüber hinausgehende landesseitige Forderung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt eine Förderung über folgende Programme

- denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen
- die Soziale Stadt
- städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Stadtumbau-Ost mit den Teil Programmen Aufwertung und Rückbau
- Aktive Stadtzentren
- Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit
- energetische Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt).

Der Masterplan Stadtumbau definiert als Grundlage der künftigen integrierten Förderpolitik im Rahmen der Neuausrichtung der Landespolitik im Sinne des Grundsatzes „Stärken stärken“¹ die fachlichen und räumlichen Schwerpunkte der Förderung. Er enthält auch Aussagen zur Fördersystematik und zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK).

Die Fördermittel des Stadtumbaus werden in den am stärksten vom Wohnungsleerstand betroffenen Kommunen für Maßnahmen des Rückbaus von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungsbeständen und von Investitionen zur gleichzeitigen Aufwertung und Stabilisierung von Wohnquartieren eingesetzt.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen der Stadtsanierung im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt. Im Rahmen der Stadtsanierung werden im Wesentlichen kommunale Maßnahmen der Erhaltung bedeutender historischer Stadtkerne im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Modernisierung und Stärkung innerstädtischer Zentren und der Aufwertung und Erneuerung älterer Wohnquartiere gefördert

Die Fördermittel des Programmbereichs „Aktive Stadtzentren“¹ werden für die Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen eingesetzt, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Im Programm „Die Soziale Stadt“ wird sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die der nachhaltigen sozialen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile dienen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ werden zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in kleinen Städten und Gemeinden in dünn besiedelten, ländlichen Räumen mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge eingesetzt. Hierdurch sollen kleine Städten als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge und in ihrer zentralörtlichen Funktion für die Zukunft handlungsfähig gemacht werden. Förderfähig sind überörtlich zusammenarbeitende oder ein Netzwerk bildende Städte oder Gemeinden in funktional verbundenen Gebieten bzw. kleinere Städte in Abstimmung mit ihrem Umland.

Energieeinsparung und Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung sowie die Bildungsförderung sind die Ziele des eigenständigen Bund-Länderprogramms zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt). Zur gebündelten Unterstützung der Ziele bildet hier die energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur den zentralen Ansatzpunkt. Gefördert wird die durchgreifende, energetische Erneuerung unmittelbarer oder mittelbarer öffentlicher Gebäude, die als soziale Infrastruktur genutzt werden (z. B. Schulen und Kindertagesstätten, Begegnungseinrichtungen, Mehrzweckhallen).

Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens

In diesem Kapitel sind im Wesentlichen die Ausgaben für die Wohnraumförderung und das Wohngeld veranschlagt.

Nach Art. 143c GG erhalten die Länder vom Bund bis 2013 befristete, zweckgebundene Kompensationszahlungen für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung. Die Länder haben nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) aus diesen Zahlungen die Altverpflichtungen des Bundes aus der bisherigen Mischfinanzierung zu leisten. Die nach Abzug der Altverpflichtungen verfügbaren Mittel sind nach § 5 Abs. 4 EntflechtG für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen. Die Wohnraumförderung wird für spezielle Bedarfe wie generationengerechtes Wohnen (Wohnen für Familien mit Kindern und Senioren) eingesetzt. Gefördert wird gemäß den Vorgaben des Masterplan Stadtumbau konzentriert in den innerstädtischen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie den Vorranggebieten Wohnen und Konsolidierungsgebieten der Regionalen Wachstumskerne, Stadtumbaustädte und Mittelzentren. Im Zuge integrierter Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik kommt der Kombination von Wohnraum- und Städtebauförderung große Bedeutung zu.

Die Ausgaben für das Wohngeld werden dem Land aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) zur Hälfte vom Bund erstattet.

Kapitel 11 080 - Forstwirtschaft

Im Rahmen der Reform der Landesforstverwaltung als Bestandteil der Verwaltungsoptimierung ist zum 01.01.2009 der Landesbetrieb Forst Brandenburg errichtet worden. Mit einer internen Umstrukturierung wird neben der betriebswirtschaftlichen Abgrenzung der Bereiche Bewirtschaftung des Landeswaldes, von den gemeinwohl- und hoheitlichen Leistungen der Forstverwaltung eine organisatorische Trennung vorgenommen.

Die durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg wahrzunehmenden Aufgaben werden in einem Wirtschaftsplan der Forstwirtschaft geführt. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil der Haushaltsplanung.

Die Aufgaben werden auf der Grundlage eines Produktplanes erfasst und nachgewiesen. Dies betrifft:

- die Bewirtschaftung des Landeswaldes,
- den Schutz und die Sanierung der Waldbestände im Interesse der wirtschaftlichen Belange und der Erholungs- und Umweltbildungsfunktionen,
- die Beratung und Förderung des Privat- und Kommunalwaldes,
- die Service- und Dienstleistungen
- der Forstaufsicht und weiteren hoheitlichen Aufgaben

Unter weitest gehender Nutzung moderner Steuerungsinstrumente, wie Kosten- und Leistungsrechnung, Nettobudgetierung, Zielvereinbarung, dezentrale Budgetverantwortung und Controlling existieren eine Vielzahl von Grundlagen für eine künftig noch höhere Effizienz in der Forstwirtschaft und Forstverwaltung.

Kapitel 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Das Landesamt mit Sitz in Frankfurt (Oder) unterstützt das Ministerium bei seinen Aufgaben in den Bereichen Land- und Ernährungswirtschaft, Gartenbau, Förderung des ländlichen Raumes und Flurneuordnung.

Daneben nimmt das Landesamt als obere Verwaltungsbehörde des IT gestützten Zahlungsverfahrens und die Vor – Ort – Kontrolle für die EU – Agrarförderung sowie Vollzugs- und Kontrollaufgaben insbesondere im Pflanzenschutz, der Saatenanerkennung, der Tierzucht und Tierhaltung und nach dem Berufsausbildungsgesetz wahr.

Das Landesamt ist darüber hinaus obere Flurneuordnungsbehörde sowie Flurbereinigungs – und Flurneuordnungsbehörde.

Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

Die Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (GL) regelt der Landesplanungsvertrag. Der GL obliegt die Erarbeitung und Fortschreibung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms und der Landesentwicklungspläne sowie Struktur und Entwicklungspläne für beide Länder. Gemäß Landesplanungsvertrag werden die Ausgaben zu gleichen Teilen (außer Fachpersonal) durch die Länder getragen.

Die GL prüft und genehmigt die von den Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg aufgestellten Regionalpläne und nimmt die Aufgaben der Braunkohlen- und Braunkohlensanierungsplanung sowie der Finanzierung der Braunkohlensanierung wahr.

Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr

Die Landesoberbehörde hat ihren Sitz in Hoppegarten mit Außenstellen in Cottbus, Frankfurt, Potsdam, Schönefeld und Berlin. Sie ist Obere Verkehrsbehörde, Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Infrastrukturförderungsmittel für SPNV und ÖPNV sowie Bautechnisches Prüfamts des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfaufgaben im Straßenverkehrsrecht, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr, in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung, in bautechnischen Angelegenheiten und nimmt die Aufgaben der Raubeobachtung wahr. Es ermittelt wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Grundlagen und leitet die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse für das Land ab.

Zudem ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg eine Abteilung des Landesamtes, die auch die Luftaufsicht gemäß § 29 Luftverkehrsgesetz zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Luftverkehrs sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wahrnimmt.

Für die rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung der Aufgaben muss ein umfangreiches konsumtives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau

Im Land Brandenburg nimmt der Landesbetrieb Straßenwesen mit Sitz in Hoppegarten und seinen Niederlassungen die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr. Der Landesbetrieb Straßenwesen verwaltet ca. 9.400 km Landes- und Bundesfernstraßen, davon ca. 3.600 Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Autobahnen); außerdem über 1.800 Brücken, davon rd. 1.200 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes sowie 700 km Ortsdurchfahrten an Bundesstraßen und 1.600 km Ortsdurchfahrten an Landesstraßen.

Wesentliche Aufgaben des Landesbetriebes sind

- Unterhaltung, Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Planung, Neubau, Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landes- und Bundesfernstraßen einschließlich Nebenanlagen
- Leitung und Überwachung der zu realisierenden Baumaßnahmen
- Verwaltung der Landes- und Bundesfernstraßen und Nebenanlagen
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems
- Bewilligungsbehörde für kommunale Straßenbauvorhaben und für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherheit sowie Bewilligungsstelle für durch die EU geförderte Landesstraßen
- Ausbildungsbetrieb für den Beruf des Straßenwärters

In diesem Kapitel werden die Zuweisungen an den Landesbetrieb für Personal, Sach- und investive Ausgaben sowie die Zuweisungen für die Abwicklung des kommunalen Förderprogramms eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgaben sowie die Mittel für die Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

Kapitel 11 470 - Übrige Verkehrsträger – ohne ÖPNV

Das Kapitel enthält Ausgabemittel für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Es sind Mittel für grundsätzliche Untersuchungen zu strategischen Fragen des Verkehrs, zu prognostischen Einschätzungen der Verkehrsentwicklung und sich daraus ergebenden Fragen der Gestaltung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes veranschlagt.

Weiterhin veranschlagt sind Mittel für die Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für den Flughafen Berlin Brandenburg.

Finanziert werden außerdem erforderliche Untersuchungen für Binnenhäfen einschließlich der planungs- und baurechtlichen Genehmigungsverfahren, die nicht über andere Förderprogramme förderfähig sind.

Auf der Grundlage des Brandenburgischen Landeswassergesetzes sowie der Landesschiffahrtsverordnung sind Mittel für die Ausstattung mit Schifffahrtszeichen und für die Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer veranschlagt.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landeseisenbahnaufsicht gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) sind weitere Ausgabemittel im Kapitel veranschlagt.

Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und aus Kompensationsleistungen des Bundes auf Grundlage des EntflechtG i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg. Die konsumtiven und investiven Mittel sind bedarfsgerecht veranschlagt.

Das Land hat die Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg GmbH (VBB GmbH) als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der VBB GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen.

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr schließt das Land, als Aufgabenträger des SPNV, entsprechende Leistungsverträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Hierfür sind die entsprechenden Mittel veranschlagt.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger (AT) des übrigen ÖPNV (üÖPNV) erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes entsprechende Zuweisungen. Diese enthalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung für den SPNV und den üÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß Investitionsrichtlinie (Rili ÖPNV-Invest) durch das Landesamt für Bauen und Verkehr bewilligt werden.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2009 und der Haushaltsansätze 2010 - 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Vorjahr gesamt		39	45	50	61	72
Zugänge						
- Ruhestand	35	6	5	10	10	11
- Hinterbliebene	4			1	1	
Gesamt	39	45	50	61	72	83
IST-/Sollausgaben	1.456.245	1.339.000	1.978.000	2.437.000	2.905.000	3.382.000

Die Aufwendungen für die Versorgungsbezüge sind im Kapitel 11 020 bei Titel 432 10 veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ geleistet werden

Anzahl		Zuschlagssatz* in vH	Zuschlag in EUR	durchschnittlicher Zuschlagsbetrag in EUR
bis 2010	2011 (kumulativ, einschließlich bis 2010)			
0	0	28	0	0
5	6	35	110.600	18.433
0	0	36	0	0
0	0	43	0	0
5	6		110.600	

Die Aufwendungen sind im Kapitel 11 020 bei Titel 919 35 veranschlagt.

Die Kalkulation der Zuschläge basiert für die in 2009 eingestellten Beamten und Richter auf den tatsächlichen Personalkosten des Jahres 2009. Für die in den Jahren 2010 und 2011 (geplant) eingestellten Beamten und Richter erfolgt eine Hochrechnung anhand von Personaldurchschnittskosten ausgehend vom vorgesehenen Einstellungsmonat. Die durchschnittlichen Zuschlagsbeträge je Zuschlagssatz können daher zwischen den Einzelplänen schwanken.

* Die Zuschlagssätze differenzieren sich wie folgt:
 28 % Einfacher und mittlerer Dienst / übrige Verwendung
 35 % Gehobener und höherer Dienst / übrige Verwendung
 36 % Einfacher und mittlerer Dienst / Polizei- und Justizvollzug
 43 % Gehobener und höherer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2007 bis 2013

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem "Operationellen Programm Brandenburg 2007 -2013" bzw. von Mitteln des ELER aus dem „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin 2007 – 2013“ in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TGr. 94, die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei Kapitel 07 030, TGr. 74 und 76 und die Zuweisungen aus dem ELER bei Kapitel 11 025 TGr. 80 veranschlagt. Bei den Fonds sowie bei dem ELER erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE-, ESF- und ELER-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2011	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 94)

Nachhaltige Stadtentwicklung*		20.000	20.000	0	0
Agrarforschung - WGL-Institute	11 032/ 893 88	5.990	4.578	706	706
Agrarforschung - Mehrländerinstitute	11 025 TG 81	2.612	2.362	0	250
Investitionen Braunkohlesanierung *		2.500	2.500	0	0
<u>Verkehr</u>		42.260	28.860	0	13.400
<u>davon</u> <u>Straßenbau</u>					
Zuschuss an den Landesbetrieb für Straßenplanung und Straßenbau	11 460/891 12	37.400	24.000	0	13.400
<u>davon</u> <u>SPNV</u>					
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen SPNV, einschließlich Zugangsstellen*		3.010	3.010	0	0
GVZ und kombinierter Verkehr*		1.850	1.850	0	0

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2011	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung*	11 040/547 10	829	809	0	20
LandAktiv	11 025/TG 81	382	282	0	100
Überbetriebliche Ausbildung	11 032/683 10	720	540	0	180

Finanziert aus ELER (EU-Mittel veranschlagt in Kap. 11 025, TGr. 80)

Zuschüsse Braunkohle*		1.000	1.000	0	0
OP ELER und Rahmenplan GAK	11 025 TGr. 81	254.037	189.124 ***	35.041 ***	29.872**

*

Kofinanzierung erfolgt durch die Antragsteller. Beim ESF werden Mittel der Technischen Hilfe für Durchführungsaufgaben aus Landesmitteln des MIL kofinanziert.

** Landesmittel nur MIL

*** vgl. EU-Vorwort EP 10

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2011

Einzelplanübersicht

Bezeichnung	2010	2011
1 Planmäßige Beamte und Richter	1.411,00	1.395,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00
3 Arbeitnehmer	4.144,00	4.036,00
Stellensoll (1-3)	5.555,00	5.431,00
Beamte im Vorbereitungsdienst	8,00	8,00
Auszubildende	196,00	243,00
Leerstellen		
Planmäßige Beamte und Richter	16,00	28,00
Arbeitnehmer	71,00	139,00
Summe Leerstellen	87,00	167,00

Haushaltsübersicht 2011

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		500			500	24.408.100
11020		3.779.200		5.121.300	8.900.500	2.077.300
11025			105.042.000	172.290.000	277.332.000	
11032	664.600	354.900		800	1.020.300	
11040		250.000	74.300	52.740.000	53.064.300	
11060		1.504.500	25.000.000	30.832.000	57.336.500	
11080						
11101		811.800			811.800	24.245.400
11200		20.000	1.398.000		1.418.000	
11400		1.264.300	99.300	105.700	1.469.300	10.993.200
11460				32.529.600	32.529.600	
11470		205.000			205.000	
11500			397.400.000	22.886.400	420.286.400	
Summe 2011	664.600	8.190.200	529.013.600	316.505.800	854.374.200	61.724.000
Summe 2010	664.600	6.791.600	521.737.100	355.366.600	884.559.900	60.829.100
Vgl. zu 2010		+1.398.600	+7.276.500	-38.860.800	-30.185.700	+894.900

Haushaltsübersicht 2011

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
6.304.500	113.000		25.400		30.851.000	-30.850.500
3.450.800	7.556.300		4.050.000	110.600	17.245.000	-8.344.500
18.687.000	103.144.500	28.960.000	155.512.500		306.304.000	-28.972.000
1.295.600	22.173.700		976.000	800	24.446.100	-23.425.800
340.400	108.500		100.916.400		101.365.300	-48.301.000
145.300	52.300.000		30.922.000		83.367.300	-26.030.800
1.623.000	64.923.700		2.400.000		68.946.700	-68.946.700
5.701.500	840.000		411.000		31.197.900	-30.386.100
2.195.500	4.125.800		31.684.200	-2.300.000	35.705.500	-34.287.500
1.874.500			142.200	105.700	13.115.600	-11.646.300
254.500	119.670.900		102.165.600		222.091.000	-189.561.400
1.439.200	616.000		630.000		2.685.200	-2.480.200
400.000	408.146.000		22.886.400		431.432.400	-11.146.000
43.711.800	783.718.400	28.960.000	452.721.700	-2.082.900	1.368.753.000	-514.378.800
31.900.700	791.454.000	35.710.700	496.304.100	-1.893.500	1.414.305.100	-529.745.200
+11.811.100	-7.735.600	-6.750.700	-43.582.400	-189.400	-45.552.100	+15.366.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	17.412	0	0
112 10	011	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
119 10	011	Sonstige Einnahmen	731	0	0
119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	0	0
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 11 020 Titel 531 20.</i>					
124 10	011	Mieten und Pachten	0	0	0
132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	847	500	500

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	500
Summe		500

Summe HGr. 1:	500	500
---------------	-----	-----

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

271 61 neu	011	Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale	151.580	0	0
---------------	-----	---	----------------	----------	----------

*Einnahmen dürfen für Ausgaben bei TG 61 verwendet werden.
 Die Einnahmen sind zweckgebunden und übertragbar.*

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/271 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 61	0	0
-----------------------	---------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

421 10	011	Bezüge des Ministers	134.850	135.600	141.700
---------------	-----	-----------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich einer Dienstaufwandsentschädigung gemäß § 8 Abs. 3 des BbgMinG.
Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beamte des Landes Brandenburg geltenden Vorschriften gewährt.

Mehr wegen dem Brandenburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 07. Juli 2009.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	5.951.880	10.742.700	10.878.300
---------------	-----	---	------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	10.878.300
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe		10.878.300

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/422 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 3.396.200 Euro).

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00
Ministerialdirigent	2) B6	hD	2,00	2,00
davon ku: 2,00 nach B5 hD				
Ministerialdirigent	B5	hD	4,00	4,00
Ministerialrat	B2	hD	23,00	23,00
Ministerialrat	A16	hD	24,00	24,00
Regierungsdirektor	A15	hD	39,00	40,00
Oberregierungsrat	3) A14	hD	31,00	32,00
Regierungsrat	A13	hD	3,00	3,00
Oberamtsrat	A13	gD	38,00	40,00
Amtsrat	A12	gD	28,00	31,00
Regierungsamtmann	A11	gD	6,00	6,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	2,00	3,00
Regierungsamtsinspektor	1) A9	mD	6,00	8,00
Zusammen:			207,00	217,00
Leerstellen:				
Ministerialrat	A16	hD	1,00	1,00
Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	1,00
Zusammen:			2,00	2,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 3 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. der Bundesbesoldungsordnung.
- 2) ku nach Bes.Gr. B5 mit Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers gemäß den Konsolidierungsbeschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2004
- 3) Im Rahmen des Neuzuschnitts der Ressorts sind 23 Stellen für die Z-Quote vom MUGV in das MIL zu übertragen. 6 Planstellen und 13 Stellen sind im Stellenplan bereits eingearbeitet. Die noch fehlenden 4 Planstellen/Stellen sind mit Budget im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2010/2011 vom Einzelplan 10 in den Einzelplan 11, Kapitel 11 010 umzusetzen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2011

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	A15 hD	Regierungsdirektor	Umwandlung von A15 hD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A14 hD	Oberregierungsrat	Umsetzung von 02 010 / 422 10	gem. § 50 Abs. 1 LHO
1,00	A13 gD	Oberamtsrat	Umwandlung von A13 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A13 gD	Oberamtsrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
1,00	A12 gD	Amtsrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
2,00	A12 gD	Amtsrat	Umwandlung von A12 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A12 gD	Amtsrat	Umsetzung von 10 105 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
1,00	A10 gD	Regierungsüberinspektor	Umwandlung von A10 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektor	Umsetzung von 10 105 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
1,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektor	Umsetzung von 10 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
11,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
11,00	Stellen Zugänge insgesamt			

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	A12 gD	Amtsrat	Umsetzung nach 03 150 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO
1,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
1,00	Stellen Abgänge insgesamt			
10,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

422 20	016	Unterhaltszuschüsse der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)	57.909	115.700	115.700
---------------	------------	--	---------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	115.700
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe		115.700

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

Amtsbezeichnung	BesGr./LfbGr.	2009	2010	2011
Regierungsbaureferendare		5	3	5
Summe		5	3	5

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Referendar	A13	hD	8,00	8,00
Zusammen:			8,00	8,00

427 10	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
427 20	011	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
428 10	011	Entgelte der Arbeitnehmer	8.803.914	13.448.200	13.257.400

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikanten geleistet werden.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/428 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 2.579.400 Euro).

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2010	2011
AT I	1)	7,00	7,00
E 15	1)	14,00	15,00
E 14		13,00	11,00
E 13		2,00	2,00
E 11	1)	60,00	55,00
E 10		5,00	6,00
E 9		3,00	4,00
E 8		36,00	35,00
E 6		13,00	10,00
E 5	1)	8,00	2,00
Zusammen:		161,00	147,00

Leerstellen:

AT I		1,00	1,00
E 15	2)	0,00	2,00
E 12	2)	0,00	3,00
E 11	2)	0,00	3,00
E 10	2)	0,00	1,00
E 8	2)	0,00	2,00
E 7	2)	0,00	2,00
E 6	2)	0,00	23,00
E 5	2)	0,00	19,00
E 4	2)	0,00	1,00
E 2	2)	0,00	1,00
Zusammen:		1,00	58,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Im Rahmen des Neuzuschnitts der Ressorts sind 23 Stellen für die Z-Quote vom MUGV in das MIL zu übertragen. 6 Planstellen und 13 Stellen sind im Stellenplan bereits eingearbeitet. Die noch fehlenden 4 Planstellen/Stellen sind mit Budget im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2010/2011 vom Einzelplan 10 in den Einzelplan 11, Kapitel 11 010 umzusetzen.
- 2) Es sind 57 Leerstellen für Beschäftigte des Brandenburgischen Haupt- und Landgestüts Neustadt/Dosse ausgebracht, da diese eine Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 10 Abs. 2 GestStG bzw. durch einzelvertragliche Regelung haben.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	E 15	Umwandlung von E 15	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 13	Umwandlung von E 13	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 13	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
3,00	E 11	Umwandlung von E 11	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 10	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	E 9	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	E 8	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
2,00	E 8	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
2,00	E 6	Umwandlung von E 6	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 6	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	E 5	Umwandlung von E 5	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
<hr/>			
15,00		Umwandlungen / Umsetzungen	
<hr/>			
15,00		Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	E 14	Umwandlung nach E 14	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 13	Umwandlung nach E 13	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 11	Umwandlung nach E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
5,00	E 11	Umwandlung nach E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 11	Umwandlung nach E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 8	Umwandlung nach E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 8	Umwandlung nach E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
3,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
3,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 5	Umwandlung nach E 5	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
4,00	E 5	Umwandlung nach E 5	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 5	Umwandlung nach E 5	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
<hr/>			
29,00		Umwandlungen / Umsetzungen	
<hr/>			
29,00		Stellen Abgänge insgesamt	
<hr/>			
-14,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	E 15	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
1,00	E 15	Rückkehroption nach einzelvertragl. Regelung
3,00	E 12	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
3,00	E 11	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
1,00	E 10	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
2,00	E 8	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
2,00	E 7	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
23,00	E 6	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
19,00	E 5	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
1,00	E 4	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
1,00	E 2	Rückkehroption gem. § 10(2) GestStG
<u>57,00</u>	Zugänge neue Stellen	
<u>57,00</u>	Stellen Zugänge insgesamt	
<u>57,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

453 10 011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen 3.698 4.000 15.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Trennungsgeld	15.000
2.	Umzugskostenvergütungen	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0
Summe		<u><u>15.000</u></u>

Mehr wegen Umsetzung von Mittel aus dem Epl. 10 i.H.v. 11.000 €.

Summe HGr. 4: 24.446.200 24.408.100

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 173.878 160.000 203.300

Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Geschäftsbedarf	73.300
2.	Bücher, Zeitschriften	71.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	59.000
4.	Sonstiges	0
Summe		<u><u>203.300</u></u>

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 65.900 €.

511 20 011 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 46.813 47.000 85.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 511 20

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Postgebühren	23.400
2.	Mobilfunkanschlüsse	20.000
3.	Fernmeldegebühren	40.000
4.	Sonstiges	2.000
Summe		85.400

Anzahl der Mobilfunktelefone: 60

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 33.500 €.

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0	0	500
--------	-----	--	----------	----------	------------

514 25	719	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	203.040	230.000	345.600
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2011 EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	132.000
2.	allgemeinen Fahrdienst	213.600
Summe		345.600

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB für den Fahrzeugpool in Potsdam.

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 115.600 €.

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.865	6.000	13.200
--------	-----	---	--------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Heizung	
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	
4.	Grundbesitzabgaben	
5.	Bewachungskosten	
6.	Sonstiges	13.200
Summe		13.200

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 15.000 €.

518 10	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	952	2.000	2.500
--------	-----	--	------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2011 EUR
1.	2 Einzelobjekte	2.500
Summe		2.500

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 500 €.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

518 20 011 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 5.370 15.000 28.500

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Mieten einschl. Leistungsverträge für Kopiergeräte	20.000
2.	Müllcontainer	0
3.	Sanitärbehälter	5.000
4.	Mieten einschl. Leistungsverträge für Faxgeräte	3.500
Summe		28.500

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 13.500 €.

518 25 719 Mietzahlungen an den BLB 1.292.040 1.199.600 2.217.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2011 EUR
1.	MIL, H.-von-Tresckow-Str. 2-8	1.567.600
2	MIL, Lindenstraße 34	577.100
3	MIL, Dortustraße 46	72.300
Summe		2.217.000

Mehr wegen der Umsetzung für MIL, Lindenstraße 34 sowie Neuanmietung Büros für EU-Zahlstelle und IRD.

518 30 011 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 0 0 0

Erläuterungen:

519 10 011 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 33.058 0 2.500

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV.

525 10 011 Aus- (und Fort)bildung 157.277 151.000 153.900

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten	150.900
2.	Ausbildung zum Piloten und jährliche Pflichtstunden zum Erhalt des Flugscheines	3.000
Summe		153.900

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 20.000 €.

526 10 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 161.753 180.000 272.700

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 526 10

Erläuterungen:

Zusätzlich zu den gerichtlichen Nachprüfungsverfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Wettbewerbsverfahren mit sehr hohem Stellenwert sind Mittel vor allem für Gerichtsverfahren im Zivilrecht mit ebenfalls hohen Streitwerten bereitzustellen.

Mehr aufgrund der erhöhten Anzahl von Prozessen und wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem Epl. 10.

526 20	011	Aufwandsentschädigung für Beiratstätigkeit	103.119		1.400
neu					

Erläuterungen:

Das Ist 2009 war ein außerplanmäßig eingerichteter Titel und war für Sicherheitsleistungen in Rechtsstreitigkeiten vorgesehen.

Mehr aufgrund der erhöhten Anzahl von Prozessen und wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem Epl. 10.

527 10	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	61.682	77.000	117.000
---------------	-----	--	---------------	---------------	----------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV.

529 10	011	Verfügungsmittel	2.831	6.000	5.400
---------------	-----	-------------------------	--------------	--------------	--------------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Minister	3.100
2.	Staatssekretär	900
3.	Dienststellenleiter	1.400
	Summe	5.400

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muß die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

541 10	011	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	81.603	59.400	59.600
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligungen an Fachmessen, Durchführung von Konferenzen, Gesprächsreihen und Workshops, für zentrale Veranstaltungen der Landesregierung und für die Gestaltung von Ausstellungen und Präsentationen sowie für die Auslobung von Wettbewerben.

546 10	011	Sonstiges			18.900
neu					

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Umzüge, die Verlegung von Dienststellen und Archivierung.

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV.

546 20	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	1.079	1.000	900
---------------	-----	---	--------------	--------------	------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

aus Titelgruppen: 3.117.000 2.776.200

Summe HGr. 5: 5.251.000 6.304.500

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 011 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 0 0 0

812 10 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 28.014 22.600 25.400

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	20.000
2	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Ausstattung von Büroräumen	5.400
Summe		25.400

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 2.800 €.

aus Titelgruppen: 86.300 0

Summe HGr. 8: 108.900 25.400

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt von Kapitel 11 030.

428 61	011	Entgelte der Arbeitnehmer	0	0
neu				

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/428 61 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

547 61	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	138.866	0
neu				

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/547 61 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

812 61	011	Erwerb von Geräten und Ausstattungen	0	0
neu				

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/812 61 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 61	0	0
-------------------------------------	----------	----------

TGr. 62 Kosten für die EU-Zahlstelle im MIL

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt vom Kapitel 11 030.

538 62	011	Ausgaben für Datenverarbeitung	2.439.597	2.450.000
neu				

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2012 bis zu	100.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 538 62

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			100.000	100.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen			100.000	100.000

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Programmtechnische Umsetzung/Anpassung ELER und GAP	522.500
2. Service- und Pflegekosten profil	500.000
3. Betriebskosten für InVeKoS-Verfahren (Server-Hosting, Netzkosten)	1.050.000
4. Sicherheitsmanagement der InVeKoS-Verfahren	50.000
5. CD-Erstellung für Agrarantragstellung	15.000
Summe	<u>2.137.500</u>

Begründung für VE

Anpassungsleistungen der Antragstellersoftware profil-INET im antragsverfahren "Agrarantrag online" an geänderte EU-rechtliche Vorgaben sowie für die Erstellung der Software-Installations- und Luftbilddatenträger (CD-ROM) für die Antragsteller in Vorbereitung der Agrarförderung 2012. die Auslieferung der Datenträger an die antragsteller soll bereits im Februar 2012 erfolgen. Zur fristgerechten Einhaltung des Termins unter Beachtung der sachgemäßen Abnahme und Freigabe der Software und Daten ist eine Beauftragung der AN bereits Entde 2011 zwingend erforderlich.

546 62 011 **Ausgaben für GIS-InVeKoS** **333.674** **400.000** **320.100**
 neu

Verpflichtungsermächtigungen:

	<u>2011 EUR</u>
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2012 bis zu	100.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			100.000	100.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen			100.000	100.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 546 62

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Aktualisierung Luftbildbestand	40.000
2.	GIS-Softwareentwicklung und -pflege	130.100
3.	Satellitenfernerkundung	100.000
4.	Erstellung Feldblockreferenz	50.000
Summe		320.100

Begründung für VE:

Anpassungsleistungen der GIS-Komponente im Antragsverfahren "Agrarantrag online" an geänderte EU-rechtliche Vorgaben sowie für die Referenzerzeugung in Vorbereitung der Agrarförderung 2012. Da die Leistungen u. a. Inhalt der Software-Installations- und Luftbilddatenträger (CD-ROM) für die Antragsteller sind, ist zur fristgerechten Einhaltung des Auslieferungstermins (Februar 2012) unter Beachtung der sachgemäßen Abnahme und Freigabe der Software und Daten eine Beauftragung der AN bereits Ende 2011 zwingend erforderlich.

633 62	011	Sonstige Zuweisungen an die Kreise	0	0
neu				

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/633 62 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

671 62	011	Erstattung von Ausgaben für die Führung von Datenbanken	0	113.000
neu				

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Betriebskostenanteil des Landes an die Zentrale IVKS-Datenbank (ZID)	88.000
2.	Betriebskostenanteil des Landes für die Internetanwendung AFIG	25.000
Summe		113.000

812 62	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0
neu				

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/812 62 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	2.850.000	2.570.600
-------------------------------------	------------------	------------------

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die auf Grund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

Die Titelgruppe enthält Umsetzungen aus Kapitel 11 030.

422 79	011	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/422 79 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 422 79

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Ministerialrat	B2	hD	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
Regierungsdirektor	A15	hD	4,00	3,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
2,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; BBI)				
Oberregierungsrat	A14	hD	2,00	0,00
Oberamtsrat	A13	gD	1,00	0,00
Amtsrat	A12	gD	3,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)				
Regierungsamtmann	A11	gD	2,00	0,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	2,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; BBI)				
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	1,00	0,00
Zusammen:			16,00	6,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2011

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung			
2,00	A14 hD	Oberregierungsrat	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	A11 gD	Regierungsamtmann	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	A11 gD	Regierungsamtmann	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektor	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
<hr/> 5,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
<hr/> 5,00	Stellen Abgänge insgesamt		
<hr/> <hr/> -5,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
1,00	A15 hD	Regierungsdirektor	Umwandlung nach A15 hD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A13 gD	Oberamtsrat	Umwandlung nach A13 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	A12 gD	Amtsrat	Umwandlung nach A12 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umwandlung nach A10 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
<hr/> 5,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
<hr/> 5,00	Stellen Abgänge insgesamt			
<hr/> <hr/> -5,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

428 79 011 Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer) 0 0 0

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/428 79 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2010	2011
E 15		1,00	0,00
E 14		1,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 13		7,00	6,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)		
	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
E 11		5,00	10,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	1,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)		
	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	5,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 10		6,00	3,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 9		2,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 8		2,00	6,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	2,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)		
E 6		3,00	6,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 5		7,00	10,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	4,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; BBI)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	1,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)		
E 3		1,00	0,00
Zusammen:		35,00	44,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	E 14	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
2,00	E 13	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
3,00	E 10	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 9	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 6	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
3,00	E 5	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 3	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
<hr/>		
12,00		Abgänge durch Personalbedarfsplanung
<hr/>		
12,00		Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>		
-12,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	E 14	Umwandlung von E 14	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 13	Umwandlung von E 13	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 11	Umwandlung von E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
5,00	E 11	Umwandlung von E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 11	Umwandlung von E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 8	Umwandlung von E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 8	Umwandlung von E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
3,00	E 6	Umwandlung von E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
3,00	E 6	Umwandlung von E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 5	Umwandlung von E 5	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
4,00	E 5	Umwandlung von E 5	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 5	Umwandlung von E 5	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

29,00	Umwandlungen / Umsetzungen
29,00	Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	E 15	Umwandlung nach E 15	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 13	Umwandlung nach E 13	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
3,00	E 11	Umwandlung nach E 11	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
2,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 5	Umwandlung nach E 5	Umsetzung von 428 79 nach 428 10 laut Personalbedarfsplanung 2014

8,00	Umwandlungen / Umsetzungen
8,00	Stellen Abgänge insgesamt
21,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 0 0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	124.302	126.100	96.700
--------	-----	--	----------------	----------------	---------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Hardware	
2.	Software	7.500
3.	Unterhaltung	89.200
4.	Kommunikation	
5.	Sonstiges	
Summe		96.700

Weniger wegen der Veranschlagung in 11 020 546 15. Mittel i.H.v. 40.000 € sind aus dem MUGV umgesetzt worden.

518 99 011 Mieten **38.900 38.900 0**

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	0
2.	Mieten für Software	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0
Summe		0

525 99 011 Aus- (und Fort)bildung **593 4.000 17.100**

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	17.100
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		17.100

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 6.000 €.

538 99 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen **129.895 98.000 204.800**

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2011 EUR
1.	DPA- Selektionsgebühren	6.000
2.	IT-Sicherheit	39.200
3.	Juris-Gebühren	5.000
4.	WWI-Anpassungen	15.000
5.	Zeiterfassung	10.400
6.	DMS-EL.DOK	15.000
7.	PERIS	20.900
8.	Nutzungsgebühr Bravors an MfJ	5.600
9.	Informationssystem Ernährungsnotfallsorge	8.200
10.	AMK Internet	1.100
11.	Ökol. Saatgutdatenbank nach RL EU 14/52/2003	4.300
12.	Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung	6.000
13.	Vorgangsinformationssystem mit Wartung	43.300
14.	Schriftgutverwaltung	2.200
15.	LUIS Anteil Landwirtschaft	8.900
16.	Forschungsinformationssystem Agrar/Ernährung	1.000
17.	Futtermitteldatenbank	2.500
18.	Sonstige Fachverfahren	10.200
Summe		204.800

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 538 99

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	201.250	86.300	0
--------	-----	---	----------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen der Veranschlagung von Mitteln bei 11 020, 546 15.

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 **353.300** **318.600**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **3.203.300** **2.889.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	500	500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		500	500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	24.446.200	24.408.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.251.000	6.304.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	113.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	108.900	25.400
Gesamtausgabe		29.806.100	30.851.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-29.805.600	-30.850.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	019	Rückflüsse aus Zuwendungen			0
neu					
119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungs-gesetz Aufbau Ost (IfG)	37.285	0	0
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 25.</i>					
Erläuterungen:					
Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungs-gesetzes Aufbau Ost (IfG).					
119 30	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0	0	0
119 32	528	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen Ziel-1-Gebiet Förderperiode 1994-1999	100.584	0	0
neu					
<i>Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 68 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Rückzahlungen von EU-Mitteln sind nach Abschlussrechnung der Förderperiode 1994 bis 1999 an die EU abzuführen.					
Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/119 32 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).					
119 43	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen GAK, Förderperiode 1994-1999	10.434	0	0
neu					
<i>Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 53 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Der Bundesanteil von Zinsen aus Rückzahlungen ist regelmäßig an den Bund abzuführen.					
Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/119 43 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).					
119 50	011	Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel	17.097	0	0
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 631 10.</i>					
Erläuterungen:					
Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).					
119 53	521	Rückzahlungen von Zuschüssen der GAK, Förderperiode 1994-1999	54.038	0	0
neu					
<i>Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 53 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/119 53 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).					
132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	9.697	5.000	5.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 132 10

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2. Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	5.000
Summe	5.000

162 10	511	Zinsen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	828.151	1.238.300	1.238.300
neu					

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 13 verwendet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/162 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 1.238.300 Euro).

182 10	511	Tilgungen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	2.665.377	2.535.900	2.535.900
neu					

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 13 verwendet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/182 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 2.535.900 Euro).

Summe HGr. 1:	3.779.200	3.779.200
---------------	------------------	------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	5.277.873	0	0
---------------	------------	--	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/359 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

359 11	950	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	6.930.390	0	5.121.300
---------------	------------	---	------------------	----------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Entnahme aus der Personalbudgetrücklage zur Entlastung des Landeshaushalts gem. KV 77/10 i.H.v. 5.121.300 €.

In Höhe der veranschlagten Einnahmen erfolgt eine Kürzung der Rücklage im Personalbudget. Die vereinnahmten Mittel verringern den rücklagefähigen Betrag und werden zum Jahresabschluss 2011 nicht erneut einer Rücklage zugeführt. Sollte die zum Jahresabschluss 2010 gebildete Rücklage die veranschlagten Einnahmen unterschreiten und nicht durch Minderausgaben in 2011 ausgeglichen werden können, wird die Differenz zum Jahresabschluss 2011 als negative Rücklage (Vorgriff) ausgewiesen.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/359 11 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

Summe HGr. 3:	0	5.121.300
---------------	----------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

Erläuterungen:

Die Europäische Union fördert auf der Grundlage der im Rahmen der Initiative URBAN gesammelten Erfahrungen städtische Problemgebiete. Die erfolgreiche Bewerbung der Stadt Luckenwalde wurde durch das Land unterstützt. Ziel der Initiative ist es, der Verelendung gewachsener städtischer Areale entgegenzuwirken. Mit einem integrierten Ansatz sollen u.a. Maßnahmen aus dem Bereich Städtebau und Infrastruktur gefördert sowie neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung initiiert werden. Die EU fördert die notwendigen Maßnahmen mit einem Anteil 75 % der förderfähigen Ausgaben. Den verbleibenden Anteil trägt die Stadt.

Die Förderperiode endete am 31.12.2006. Auszahlungen wurden bis 31.12.2008 geleistet.

282 62	440	Sonstige Einnahmen aus dem Inland	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Siehe Vermerk bei Titel 526 62.

287 62	440	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN	0	750.000	0
---------------	-----	---	----------	----------------	----------

Siehe Vermerk bei Titel 526 62, 633 62, 686 62, 883 62 und 893 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Einnahmen aus der Schlusszahlung der EU-KOM.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	750.000		0
-------------------------------------	----------------	--	----------

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei den Ausgaben der TGr. 64.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

235 64	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0		0
-------------------------------------	----------	--	----------

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt von Kapitel 11 030.

119 68 neu	528	Zinsen aus Rückzahlungen Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 1994-1999	64.264	0	0
----------------------	-----	--	---------------	----------	----------

Siehe Vermerk bei Titel 676 68.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 119 68

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/119 68 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

271 68	528	Erstattungen der EU aus Vorjahren		0	0
neu					

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/271 68 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 68 **0** **0**

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen **750.000** **0**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	1.456.245	1.339.000	1.978.000
---------------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplans. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB).

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

443 10	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	3.543	53.900	53.900
---------------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz erlassen worden.

Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

	2011
	EUR
1. Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	53.900
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	0
3. Sonstiges	0
Summe	53.900

443 30	254	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	5.115	45.400	45.400
---------------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

462 10	989	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

Summe HGr. 4:	1.438.300	2.077.300
---------------	------------------	------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	2.249	2.000	10.600
---------------	-----	---	--------------	--------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 6.900 €.

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	183.588	155.000	190.000
---------------	-----	------------------------------	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 11 010, Titel 119 20 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 531 20

Erläuterungen:

Die Mittel sind zentral bei Kapitel 11 020 veranschlagt.

Veranschlagt sind Ausgaben für:

1. Laufende Veröffentlichungen des Ministeriums (z.B. MIL aktuell), Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Dokumentationen und Informationen über Medien (z.B. Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen) zu fachpolitischen Einzelthemen, Kosten für Besucherbetreuung und interne Bürgerinformation.
2. Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung z.B. zur Modernisierungs- und Instandsetzungs- und Wohnungsbauförderung, zu Mietrecht und Wohngeld, zum Bau- und Planungsrecht, Landesplanung und Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln i.H.v. 30.000 € aus dem MUGV und durch die Integration der Abt. Landwirtschaft.

531 50	013	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	2.197	2.100	2.100
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

534 10	013	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	6.901	20.000	33.800
---------------	------------	--	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Regional- und Stadtentwicklung, des Wohnens und des Verkehrs in der Landwirtschaft. Die Intensivierung der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungs- und Mitarbeiteraustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Projekte, Besuche und den Empfang ausländischer Expertengruppen, Praktikantenaustausch.

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV.

537 10	011	Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten	53.094	50.000	50.000
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Gutachterliche Unterstützung bei Problemstellungen mit dem MIL-Geschäftsbereich insgesamt prägenden bzw. interdisziplinären Charakter, bei der Optimierung der Aufbau- bzw. Prozessorganisation im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung/Aufgabenkritik, bei der Entwicklung des Informationsmanagements und des Verwaltungsmarketings des Ressorts nach Innen und Außen sowie bei der Lösung von ausgewählten Fachaufgaben mit hervorgehobener Bedeutung (insbesondere zu Fragen der öffentlich-privaten Partnerschaft).

542 10	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX).

546 10	011	Sonstiges	0	0	0
---------------	------------	------------------	----------	----------	----------

546 15	014	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	1.414.947	1.238.600	3.007.300
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 546 15

Erläuterungen:

Entgelt an den Dienstleister (ZIT-BB)

			2011 EUR
1	IT-Grundausstattung je Arbeitsplatz		591.400
2	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze		137.300
3	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze		389.800
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Betrieb Fachverfahren		936.500
4.2	LVN-Kosten		679.500
4.3	Kommunikation		70.500
4.4	TK-Verbund		100.700
4.5	Datenverbund		34.600
4.6	IT-Weiterbildung		67.000
Summe			3.007.300

Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln aus dem MUGV i.H.v. 583.100 € und der Veranschlagung des Verrechnungssatzes ZIT.

546 20	440	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung der GI URBAN II	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Seit 2009 sind die Ausgaben für die Unabhängige Stelle beim Ministerium der Finanzen veranschlagt.

Weniger wegen Auslaufen der Verträge zum 31.12.2009. Die in 2009 veranschlagte VE wird nicht in Anspruch genommen.

546 25	011	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	37.285	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Angaben dürfen nur in Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV - IfG sind an den Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) abzuführen.

546 30	791	Vermischte Ausgaben			130.000
--------	-----	----------------------------	--	--	---------

neu

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg hat für die Jahre 2011 und 2012 den Vorsitz für die Durchführung der Verkehrsministerkonferenz (VMK) und der Gemeinsamen Konferenz der Verkehrsabteilungsleiter (GKVS). Es sind je 2 Sitzungen geplant.

549 20	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

aus Titelgruppen:

30.000 27.000

Summe HGr. 5:

1.497.700 3.450.800

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	910	Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung	406.205	400.000	360.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Mehrausgaben dürfen aus Einsparungen in der HG 4 geleistet werden.

613 12	910	Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag	964.900	1.000.000	1.000.000
--------	-----	--	---------	-----------	-----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 613 12

*Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 883 10.
Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:

Von dem Ansatz entfällt ein Betrag von 500.000 € auf Mittel aus dem Steuerverbund gemäß § 5 Abs. 1 Bbg FAG.

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam für konsumtive hauptstadtbedingte Aufwendungen. Grundlage der Veranschlagung ist der zwischen dem Land und der Stadt abgeschlossene Hauptstadtvertrag.

613 13	835	Zuweisung für die übertragene Aufgabe des Fluglärmschutz-beauftragten			100.000
---------------	-----	--	--	--	----------------

neu

Erläuterungen:

In der Vergangenheit wurde die Aufgabe des Lärmschutzbeauftragten durch das LBV wahrgenommen, die nunmehr übertragen werden soll.

631 10	011	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel	17.097	0	0
---------------	-----	--	---------------	----------	----------

*Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.
Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/631 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

631 11	528	Rückzahlungen an den Bund gemäß Lastentragungsgesetz		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

neu

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/676 11 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro), 11 020/676 11 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

632 10	791	Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftskonferenz	2.808	2.500	2.900
---------------	-----	---	--------------	--------------	--------------

neu

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991. Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft getragen.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/632 10 (Ist 2009: 2.808 Euro, Ansatz 2010: 2.500 Euro).

632 20	791	Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung von länderübergreifenden Maßnahmen im Verkehrsbereich			6.200
---------------	-----	--	--	--	--------------

neu

Erläuterungen:

Im Rahmen der VMK und /oder der GKVS werden länderübergreifende Maßnahmen beschlossen, an denen sich das Land Brandenburg beteiligt.

Die Finanzierung erfolgt nach dem für 2010 geltenden Königsteiner Schlüssel. Für 2011 sind Untersuchungen zum Kfz-Wesen und zur Bedarfsermittlung im Rahmen der Revision des Entflechtungsgesetzes vorgesehen.

Mehr wegen finanzieller Beteiligung des Landes Brandenburg an den beschlossenen Maßnahmen.

633 20	422	Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften	1.623.800	1.833.800	1.833.800
---------------	-----	--	------------------	------------------	------------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 633 20

Erläuterungen:

Nach § 10 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) gewährt das Land den fünf Regionalen Planungsgemeinschaften Zuschüsse nach einem in Höhe eines für jede Region nach Einwohnern und Fläche berechneten Betrages sowie einen Festbetrag.

Die RPG nehmen neue Aufgaben seit 2010 im Zusammenhang mit der Realisierung der Ziele der Energie- und Klimastrategie des Landes Brandenburg wahr. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Windenergienutzung.

Es ergeben sich folgende Beträge:

RPG Prignitz-Oberhavel	369.001,03 €
RPG Uckermark-Barnim	353.736,61 €
RPG Oderland-Spree	355.476,74 €
RPG Lausitz-Spreewald	378.342,66 €
RPG Havelland-Fläming	377.242,96 €

671 10	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ELER		1.721.900	1.721.900
---------------	------------	---	--	------------------	------------------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Verwaltungskosten der ILB für die nach Geschäftsbesorgungsvertrag ELER bearbeiteten Fördermaßnahmen des Epl. 11.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/671 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 1.721.900 Euro).

671 11	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds	0	5.000	5.000
---------------	------------	---	----------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die ILB ist für die Förderperiode 2007 bis 2013 durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskomplementärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskomplementärmittel des Einzelplans.

671 12	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskomplementärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Das Entgelt wird von dem MASGF zentral entrichtet.

671 13	511	Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen an den Bund	2.013.159	2.231.700	2.231.700
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 162 10 und 182 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/671 13 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 2.231.700 Euro).

671 53	521	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen GAK, Förderperiode 1994-1999	41.031	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 43 und 119 53 geleistet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/671 53 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

685 10	011	Mitgliedsbeiträge	8.783	9.100	8.800
--------	-----	-------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	600
2. Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen e.V.	600
4. Verein zur Förderung des Elbstromgebietes	130
5. Verein zur Förderung des Oderstromgebietes	620
6. Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation	1.050
7. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.900
8. AG Deutscher Verkehrsflughäfen	1.900
Summe	8.800

Weniger wegen Wegfall der Mitgliedschaft in der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V.

685 20	049	Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik	186.970	199.400	219.500
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung). Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil aus dem Einzelplan 11.

Übersicht über den Haushaltsplanentwurf 2011 des Deutschen Instituts für Bautechnik

Nr.	Einnahmen	Ist 2009	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1.	Eigene Einnahmen	10.518.313	9.880.500	10.312.100
2	Besondere Finanzierungseinnahmen	156.301	152.300	152.300
3	Zuwendungen vom Bund	1.161.000	1.500.000	1.300.000
4	Zuwendungen von anderen Ländern	6.006.680	6.373.800	7.181.200
5	Zuwendungen des Landes	195.040	207.500	233.800
	Summe	18.037.334	18.114.100	19.179.400

Nr.	Ausgaben	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1.	Personalausgaben	11.498.195	12.824.000	13.267.000
2	Sachausgaben	3.713.354	3.292.800	3.565.100
3	Ausgaben für Investitionen	629.994	245.000	345.000
4	Besondere Finanzierungsausgaben	1.774.402	1.752.300	2.002.300
	Summe	17.615.945	18.114.100	19.179.400

	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
Überschuss	421.389	0	0
Summe	421.389	0	0

Die Zuwendungen des Landes werden aus dem Epl. 10 i.H.v. 14.300 € (Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser) und dem Epl. 11 i.H.v. 219.500 € gewährt.

685 30	049	Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. -DIN -	26.367	26.500	26.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

686 10	013	Förderung der internationalen Zusammenarbeit			30.000
--------	-----	--	--	--	--------

neu

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 534 10.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Förderung von Maßnahmen Dritter, die auf die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Partnerländern des Landes Brandenburg, der Zusammenarbeit von Betrieben und Einrichtungen und der Begegnung der Menschen im fachlichen Zuständigkeitsbereich des MIL gerichtet sind.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(676 11) 528 Rückzahlungen an die EU

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 020/631 11 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

aus Titelgruppen: **10.000** **10.000**

Summe HGr. 6: **7.439.900** **7.556.300**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10 910 Zuweisungen an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag für investive Zwecke **2.279.397** **4.000.000** **4.000.000**

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 613 12.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	2.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	2.000.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	2.000.000	2.000.000		4.000.000
2012			2.000.000	2.000.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen	2.000.000	2.000.000	2.000.000	6.000.000

Erläuterungen:

Von dem Ansatz entfällt ein Betrag von 2.000.000 EUR auf Mittel aus dem Steuerverbund gemäß § 5 Abs. 1 BbgFAG. Veranschlagt sind Zuweisungen an die Stadt Potsdam für investive hauptstadtbedingte Aufwendungen. Grundlage der Veranschlagung ist der zwischen dem Land und der Stadt abgeschlossene Hauptstadtvertrag.

aus Titelgruppen: **80.000** **50.000**

Summe HGr. 8: **4.080.000** **4.050.000**

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 35 011 Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" **0** **110.600**

Die Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben beim Personalbudget.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 919 35

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgt die Kalkulation eines Zuschlages zu den in der Gruppe 422 des Einzelplans 11 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamten und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamten und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.

Erstmals im Einzelplan 11 berücksichtigte Beamte Anzahl: 6

Eine Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet wird, findet sich im Vorwort des Einzelplanes.

972 20 989 Globale Minderausgabe 0

Summe HGr. 9: 0 110.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

526 62	440	Ausgaben für Sachverständige	6.593	0	0
---------------	-----	-------------------------------------	--------------	----------	----------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 282 62 und 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der unabhängigen Stelle und der mit den Stichprobenkontrollen beauftragten Stelle. Diese werden zu 75 % durch die EU und zu 25 % durch die Stadt Luckenwalde finanziert.

633 62	440	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

686 62	440	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

883 62	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, deren Maßnahmeträger die Stadt Luckenwalde ist.

893 62	440	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, deren Maßnahmeträger außergemeindliche Dritte sind.

Nachrichtlich:		Summe TGr. 62	0	0	0
-----------------------	--	----------------------	----------	----------	----------

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei dem Titel 235 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan erstmalig in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan (ohne Landesbetriebe):

Stand: 31.12.2009

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Nr.	Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockteilzeit	davon kontinuierliche Teilzeit
1.	11 010	63	60	3
2.	11 101	182	178	4
3.	11 400	45	43	2
Summe		290	281	9

Nachbesetzungen: 40

422 64 950 Bezüge der Beamten in der Altersteilzeitarbeit 772.755 0 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Leerstellen:				
Ministerialdirigent	B6	hD	1,00	1,00
Ministerialrat	B2	hD	2,00	1,00
Ministerialrat	A16	hD	3,00	3,00
Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	2,00
Regierungsrat	A13	hD	0,00	1,00
Oberamtsrat	A13	gD	1,00	3,00
Amtsrat	A12	gD	1,00	4,00
Regierungsamtmann	A11	gD	3,00	6,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	0,00	3,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	1,00	1,00
Zusammen:			13,00	25,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2011

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen			
1,00	A15 hD	Regierungsdirektor	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
1,00	A13 hD	Regierungsrat	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
2,00	A13 gD	Oberamtsrat	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
3,00	A12 gD	Amtsrat	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
3,00	A11 gD	Regierungsamtmann	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
3,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
13,00	Zugänge neue Stellen		
13,00	Stellen Zugänge insgesamt		

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)			
1,00	B2 hD	Ministerialrat	Beendigung Altersteilzeit
1,00	Sonstige Abgänge		
1,00	Stellen Abgänge insgesamt		
12,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 64 950 Entgelte der Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit 1.289.013 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 64

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2010	2011
Leerstellen:		
E 15	1,00	1,00
E 14	3,00	2,00
E 13	3,00	2,00
E 12	0,00	6,00
E 11	10,00	11,00
E 10	6,00	6,00
E 9	10,00	12,00
E 8	7,00	8,00
E 6	4,00	4,00
E 5	4,00	5,00
E 4	0,00	2,00
E 3	2,00	0,00
E 2	0,00	2,00
Zusammen:	50,00	61,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

6,00	E 12	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
1,00	E 11	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
2,00	E 9	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
1,00	E 8	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
1,00	E 5	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
2,00	E 4	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit
2,00	E 2	Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit

15,00	Zugänge neue Stellen
15,00	Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	E 14	Beendigung Altersteilzeit
1,00	E 13	Beendigung Altersteilzeit
2,00	E 3	Beendigung Altersteilzeit

4,00	Sonstige Abgänge
4,00	Stellen Abgänge insgesamt
11,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 0 0

TGr. 66 Baugenehmigungsverfahren online

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für das durch Kabinettsbeschluss vom 10. August 2004 in den Masterplan eGovernment aufgenommene Leitprojekt "Baugenehmigungsverfahren online". Ziel ist, die Geschäftsabläufe im Baugenehmigungsverfahren unter weitest gehender Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 66	013	Projekte des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans	55.951	30.000	27.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 546 66

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel werden für die Ausgaben für den Betrieb der Landesplattform, projektbegleitende Veranstaltungen und Schulungen für die unteren Bauaufsichtsbehörden eingesetzt.

685 66	013	Zuschüsse für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)	1.152	10.000	10.000
--------	-----	---	-------	--------	--------

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden. Hier sind die Zuschüsse für konsumtive Zwecke veranschlagt.

812 66	013	Investive Vorhaben des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans	59.376	10.000	10.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die investiven Maßnahmen des Landes zur Umsetzung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens.

883 66	013	Investive Zuweisungen für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)	56.762	70.000	40.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln (investive Zuschüsse) sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 66			120.000	87.000
-------------------------------------	--	--	---------	--------

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt aus Kapitel 11 030.

676 68 neu	528	Erstattungen an die EU aus Rückzahlungen, Förderperiode 1994-1999	4.751	0	0
---------------	-----	---	-------	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 32 und 119 68 geleistet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/676 68 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 68			0	0
-------------------------------------	--	--	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			120.000	87.000
---	--	--	---------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.779.200	3.779.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	750.000	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	5.121.300
Gesamteinnahme		4.529.200	8.900.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.438.300	2.077.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.497.700	3.450.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.439.900	7.556.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.080.000	4.050.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	110.600
Gesamtausgabe		14.455.900	17.245.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-9.926.700	-8.344.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 34	531	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen	19.082	0	0
---------------	-----	---	---------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 12 verwendet werden.

119 35	531	Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen	180.856	0	0
---------------	-----	--	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 14 verwendet werden.

Summe HGr. 1:			0	0	0
----------------------	--	--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 EU - Mittel zur Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds Landwirtschaft (EAGFL-Ausrichtung) 2000 bis 2006

Erläuterungen:

Die veranschlagte Einnahme ist die Restzahlung für die Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (Ziel 1-Gebiet) in der Förderperiode 2000 bis 2006.

119 61	528	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zinsen Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 2000 bis 2006	781.060	0	0
182 61	528	Rückzahlung von Darlehen	0	0	0
346 61	528	Zuschüsse der EU für Ausgaben des gemeinschaftlichen Förderkonzeptes EAGFL - Ausrichtung	0	36.730.100	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **36.730.100** **0**

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 62 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel werden jährlich mit dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes vom Bund zur Verfügung gestellt.

119 62	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen GAK	373.941	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 62 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die aus Zuweisungen und Zuwendungen zurück gezahlten Bundesmittel sind an den Bund abzuführen.

182 62	521	Rückzahlung von Darlehen	0	0	0
231 62	521	Zuweisungen des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe	10.057.250	24.600.000	14.600.000

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes für nicht investive Maßnahmen für alle Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe vereinnahmt.

331 62	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen für die Gemeinschaftsaufgabe	21.884.580	35.400.000	40.400.000
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes für Investitionen für alle Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe vereinnahmt.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 60.000.000 55.000.000

TGr. 63 Kofinanzierungsmittel für das OP 2000-2006 (EAGFL-Ausrichtung), der Gemeinschaftsinitiativen INTERREG, FIAF, LEADER+ sowie aus der GAK

119 63	529	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	139.521	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 0 0

TGr. 66 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (FIAF)

119 66	542	Rückzahlungen und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen		0	0
--------	-----	---	--	---	---

271 66	542	Erstattungen der EU im Rahmen des FIAF	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0

TGr. 71 Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+

119 71	529	Zinsen und Rückzahlungen aus LEADER+ Maßnahmen	17.025	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

272 71	529	Zuschüsse der EU für LEADER + Maßnahmen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 0 0

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

Die Einnahmen sind Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 72.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 "Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse". Andere Bundesländer beteiligen sich finanziell an diesen Maßnahmen.

119 72	531	Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

232 72	531	Beteiligung anderer Bundesländer an gemeinsamen Projekten zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	346.600	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

272 72	531	Zuschüsse der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	311.255	100.000	100.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 100.000 100.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

TGr. 80 EU - Mittel zur Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2007 - 2013

*Die Einnahmen sind die Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 80.
Die Einnahmen dürfen auch für die Deckung von Ausgaben an anderer Stelle des Einzelplanes eingesetzt werden.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 80 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2007 bis 2013.
Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach den durch die EU festgelegten Interventionssätzen.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist das Land Brandenburg verpflichtet, die aus der Strukturfondsförderperiode 2000 - 2006 resultierenden Beträge i. H. v. 22,643 Mio. EUR aus den Mitteln der Förderperiode 2007 - 2013 anteilig aus EFRE, ESF und ELER an Sachsen-Anhalt zurückzuzahlen.

119 80	528	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zinsen im Rahmen der Förderperiode 2007 bis 2013 (EU-Mittel)	129.223	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 80 verwendet werden.

271 80	528	Erstattungen von der EU	61.464.501	75.008.000	90.342.000
--------	-----	--------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

346 80	528	Erstattungen der EU für Investitionen	61.958.552	145.724.000	130.390.000
--------	-----	--	-------------------	--------------------	--------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			220.732.000	220.732.000	
--	--	--	--------------------	--------------------	--

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

119 81	529	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	38.862	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

282 81	529	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz	359.815	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 537 81 verwendet werden.

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

341 81	529	Beiträge Dritter für Investitionen		0	0
--------	-----	---	--	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben in Titelgruppe 81 verwendet werden.

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 81			0	0	0
--	--	--	----------	----------	----------

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF)

119 84	542	Rückzahlung und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

271 84	542	Erstattungen der EU im Rahmen des EFF	1.829.529	0	0
--------	-----	---------------------------------------	-----------	---	---

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 84 verwendet werden.

346 84	542	Erstattungen der EU für Investitionen im Rahmen des EFF		1.000.000	1.500.000
--------	-----	---	--	-----------	-----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 84 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen im Rahmen des EFF. Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach dem durch die EU festgelegten Interventionsatz.

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe TGr. 84		1.000.000	1.500.000
-----------------------	--	---------------	--	-----------	-----------

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 85 verwendet werden.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.

Berlin stellt dem Land Brandenburg die Mittel für die Durchführung der Programme zur Verfügung.

119 85	528	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	11.958	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

232 85	531	Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes	236.166	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

272 85	531	Erstattungen der EU	46.580	0	0
--------	-----	---------------------	--------	---	---

332 85	528	Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes für Investitionsausgaben	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

346 85	528	Erstattungen der EU für Investitionsausgaben	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe TGr. 85		0	0
-----------------------	--	---------------	--	---	---

TGr. 86 Förderung der Flurbereinigung im Rahmen von LMBV-Verfahren

Erläuterungen:

Gemäß Vertrag mit der Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) finanziert die LMBV Flurbereinigungsverfahren in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz.

282 86	511	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz	221.676	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 86 verwendet werden.

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

341 86	511	Beiträge Dritter für Investitionen		0	0
--------	-----	------------------------------------	--	---	---

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 341 86

Einnahmen dürfen für Ausgaben in Titelgruppe 86 verwendet werden.

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 0 0

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 87 verwendet werden.

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

Erläuterungen:

Auf Antrag der Enteignungsbehörde durchgeführte Flurbereinigungsverfahren gem. § 87 FlurbG, z. B. zur Bereitstellung von Flächen für Straßenbauvorhaben. Der Träger des Unternehmens finanziert einen Anteil an den Verfahrenskosten.

282 87 511 **Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz** 0 0

341 87 511 **Beiträge Dritter für Investitionen** 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 87 0 0

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 318.562.100 277.332.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

676 12	531	Erstattung von Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen an die EU	33.399	0	0
---------------	-----	---	---------------	----------	----------

Angaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Titel 119 34 geleistet werden.

676 14	531	Erstattungen von Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen an die EU	311.727	0	0
---------------	-----	--	----------------	----------	----------

Angaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 35 geleistet werden.

aus Titelgruppen:	105.463.900	103.144.500
--------------------------	--------------------	--------------------

Summe HGr. 6:	105.463.900	103.144.500
----------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Siehe Deckungsvermerk bei Titelgruppe 62 Einnahmen.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 883 62 gilt für alle Titel der Titelgruppe.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 231 62 und 331 62 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes werden jährlich mit dem Rahmenplan vom Bund zur Verfügung gestellt.

429 62	521	Entgelte für Aushilfen		0	0
537 62	521	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
633 62	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
662 62	521	Zinsverbilligungen an private Unternehmen	4.092.944	0	3.600.000
671 62	521	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen an den Bund	374.021	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 62 geleistet werden.</i>					
681 62	521	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
682 62	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
683 62	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	7.816.392	24.600.000	12.000.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011
	EUR
Betrag:	3.750.000
davon fällig:	
2012 bis zu	750.000
2013 bis zu	750.000
2014 bis zu	750.000
2015 ff. bis zu	1.500.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 683 62

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	694.000	750.000		1.444.000
2012	694.000	750.000	750.000	2.194.000
2013	645.000	750.000	750.000	2.145.000
2014	645.000	750.000	750.000	2.145.000
2015 ff.			1.500.000	1.500.000
Summen	2.678.000	3.000.000	3.750.000	9.428.000

686 62 521 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland 188.538 0 0

712 62 521 Baumaßnahmen für die Waldbrandüberwachung 0 0 0

713 62 521 Wasserbautechnische Maßnahmen 6.168.239 5.951.800 11.217.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

883 62 521 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände 7.077.860 1.800.000 11.200.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	40.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	21.000.000
2013 bis zu	11.000.000
2014 bis zu	6.000.000
2015 ff. bis zu	2.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	1.468.000	21.000.000		22.468.000
2012	364.000	11.000.000	21.000.000	32.364.000
2013	220.000	6.000.000	11.000.000	17.220.000
2014	4.000	2.000.000	6.000.000	8.004.000
2015 ff.			2.000.000	2.000.000
Summen	2.056.000	40.000.000	40.000.000	82.056.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
887 62	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	1.703.478	0	6.200.000
Erläuterungen:					
Mehr in Anpassung an den Bedarf.					
892 62	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	4.894.580	27.648.200	10.783.000
Erläuterungen:					
Weniger in Anpassung an den Bedarf.					
893 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62				60.000.000	55.000.000
TGr. 63 Kofinanzierungsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe GAK					
683 63	521	Zuschüsse für die Erstaufforstungsprämie	298.424	0	0
<i>Die Ausgaben werden durch Titelgruppe 81 gedeckt.</i>					
Erläuterungen:					
Die Zuschüsse sind Bewilligungen aus dem Jahr 2006 und früher.					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63				0	0
TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig					
<i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titelgruppe 72 zuzüglich des Landesanteils geleistet werden.</i>					
<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>					
<i>Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>					
<i>Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 72 geleistet werden.</i>					
Erläuterungen:					
EU-Mittel					
Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 11 025 Titel 272 72 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.					
Die EU beteiligt sich an den Ausgaben gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 "Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse".					
Außerdem beteiligen sich andere Bundesländer an den Maßnahmen nach dieser Verordnung.					
671 72	531	Erstattungen der EU an andere Bundesländer für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	142.800	0	0
676 72	531	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0	0	0
686 72	531	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	554.650	200.000	200.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72				200.000	200.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

TGr. 80 EU - Mittel zur Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2007 - 2013

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 80 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.

Erläuterungen:

Die EU stellt im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den Zeitraum 2007 bis 2013 Mittel zur Verfügung.

Das Programm sieht gemäß Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin (EPLR) in der TG 80 folgende Finanzierung vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der TG 85 gebucht.

Nr.

1	Ist 2007	28.854.315
2	Ist 2008	71.983.917
3	Ist 2009	138.425.314
4	Veranschlagt 2010	220.732.000
5	Veranschlagt 2011	220.732.000
6	Verbleiben	458.905.867
Summe		1.139.633.413

Die aufzubringenden Komplementärmittel als nationale Kofinanzierung werden in der Titelgruppe 62 (Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) und der Titelgruppe 81 (Landesmittel) bereit gestellt.

Die nach Maßnahmen bzw. EU-Codes aufgeschlüsselte Indiative Mittelaufteilung ist in Kapitel 7 des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum Brandenburgs unter www.eler.brandenburg.de veröffentlicht.

429 80	528	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
537 80	528	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	5.959.578	9.869.500	6.375.000
Erläuterungen:					
Weniger in Anpassung an den Bedarf.					
547 80	528	Sächliche Verwaltungsausgaben	1.234.702	0	6.142.000
Erläuterungen:					
Mehr in Anpassung an den Bedarf.					
633 80	528	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	29.326	0	0
662 80	528	Zinsverbilligungen an private Unternehmen	0	0	0
681 80	528	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
682 80	528	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

683 80 528 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 53.825.679 65.138.500 77.825.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	25.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	5.000.000
2013 bis zu	5.000.000
2014 bis zu	5.000.000
2015 ff. bis zu	10.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	6.637.700	5.000.000		11.637.700
2012	5.674.700	5.000.000	5.000.000	15.674.700
2013	4.901.800	5.000.000	5.000.000	14.901.800
2014	4.526.500	5.000.000	5.000.000	14.526.500
2015 ff.			10.000.000	10.000.000
Summen	21.740.700	20.000.000	25.000.000	66.740.700

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

686 80 528 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland 0 0 0

713 80 528 Wasserbautechnische Maßnahmen 14.321.868 29.758.900 17.743.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

883 80 528 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände 21.455.423 41.451.800 28.280.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

887 80 528 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände 9.204.733 0 16.220.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

892 80 528 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 30.974.245 74.513.300 68.147.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 892 80

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	92.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	60.000.000
2013 bis zu	20.000.000
2014 bis zu	7.000.000
2015 ff. bis zu	5.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	13.019.800	50.000.000		63.019.800
2012	5.749.500	10.000.000	60.000.000	75.749.500
2013	1.575.300	7.000.000	20.000.000	28.575.300
2014	253.000	5.000.000	7.000.000	12.253.000
2015 ff.			5.000.000	5.000.000
Summen	20.597.600	72.000.000	92.000.000	184.597.600

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

893 80	528	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **220.732.000** **220.732.000**

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben sind deckungsfähig mit dem Titel 683 63.

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 81 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren zur Kofinanzierung von ELER- bzw. EFF-Mitteln geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel

Die veranschlagten Mittel dienen der Kofinanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (VO EG Nr. 1698/2005 vom 20. September 2005 die bei Titelgruppe 80 veranschlagt sind.

Außerdem werden mit diesen Mitteln weitere von der EU aufgelegte Initiativen und Programme kofinanziert.

Bundesmitten

Mit den veranschlagten Ausgaben werden Bundesmittel für Maßnahmen aus dem Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) kofinanziert, die bei Titelgruppe 62 veranschlagt sind.

429 81	511	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
--------	-----	-------------------------------	----------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

532 81 511 Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen 0 0

537 81 511 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben 4.731.694 0 3.740.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 282 81 geleistet werden.

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

547 81 511 Sächliche Verwaltungsausgaben 566.593 0 2.430.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

549 81 011 Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben 0 0

633 81 511 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 2.482 0 0

662 81 511 Zinsverbilligungen an private Unternehmen 2.728.496 0 2.275.300

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

681 81 511 Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen 0 0 0

682 81 511 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen 4.020.387 0 0

683 81 511 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 8.596.370 15.525.400 6.544.200

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	<u>2.500.000</u>
davon fällig:	
2012 bis zu	500.000
2013 bis zu	500.000
2014 bis zu	500.000
2015 ff. bis zu	1.000.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 683 81

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	1.274.400	500.000		1.774.400
2012	1.250.000	500.000	500.000	2.250.000
2013	1.250.000	500.000	500.000	2.250.000
2014	1.250.000		500.000	1.750.000
2015 ff.			1.000.000	1.000.000
Summen	5.024.400	1.500.000	2.500.000	9.024.400

Erläuterungen:

Weniger infolge der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

685 81 011 Globale Minderausgabe Hgr. 6

686 81 511 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland **125.693** **0** **0**

713 81 511 Baumaßnahmen **6.165.243** **0** **0**

883 81 528 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände **4.953.904** **1.808.800** **2.710.700**

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

887 81 511 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände **2.643.146** **0** **1.631.500**

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

892 81 511 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen **9.032.030** **30.117.100** **9.540.300**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	72.500.000
davon fällig:	
2012 bis zu	20.000.000
2013 bis zu	15.000.000
2014 bis zu	12.500.000
2015 ff. bis zu	25.000.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 892 81

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	3.660.200	12.500.000		16.160.200
2012	1.916.500	12.500.000	20.000.000	34.416.500
2013	551.900	1.000.000	15.000.000	16.551.900
2014	87.300	500.000	12.500.000	13.087.300
2015 ff.			25.000.000	25.000.000
Summen	6.215.900	26.500.000	72.500.000	105.215.900

Erläuterungen:

Weniger infolge der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

893 81 511 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige 275.000 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 47.451.300 28.872.000

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 84 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.

Erläuterungen:

Das Programm zur Förderung von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (Förderperiode 2007 - 2013) sieht Maßnahmen für Berlin und Brandenburg vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der TG 85 gebucht.

Das Programm wurde 2010 aus Mitteln von Mecklenburg-Vorpommern zur Durchführung von Teichpflegemaßnahmen, die ehemals über KULAP gefördert wurden, aufgestockt.

537 84 542 Vergabe von Aufträgen an Dritte 746 0 0

683 84 542 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 700.000

neu

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

887 84 542 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände 0 0 0

892 84 542 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 902.365 1.000.000 800.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 892 84

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	3.500.000
davon fällig:	
2012 bis zu	1.200.000
2013 bis zu	900.000
2014 bis zu	700.000
2015 ff. bis zu	700.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	300.000	500.000		800.000
2012		200.000	1.200.000	1.400.000
2013		200.000	900.000	1.100.000
2014		100.000	700.000	800.000
2015 ff.			700.000	700.000
Summen	300.000	1.000.000	3.500.000	4.800.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 84

1.000.000

1.500.000

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

*Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 85 und 346 85 geleistet werden.
 Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.
 Finanziert werden Förderprogramme der EU und des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

532 85	511	Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen	0	0
547 85	528	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0
671 85	528	Rückzahlungen und Erstattungen an Berlin und den Bund	0	0

Erläuterungen:

Die Erstattungen der EU werden dem Landeshaushalt von Berlin wieder zugeführt.
 Die Rückzahlungen der Zuwendungsempfänger werden anteilig der EU, dem Bund und dem Land Berlin zugeführt.

683 85	528	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	109.009	0	0
892 85	528	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	182.371	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 85 0 0

TGr. 86 Förderung der Flurbereinigung im Rahmen von LMBV-Verfahren

*Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei den Titeln 282 86 und 341 86 zuzüglich einer Kofinanzierung aus EU- oder Bundesmitteln geleistet werden.
Die Ausgaben sind übertragbar und können vor Bestätigung des Ausgaberesstes in Anspruch genommen werden.*

Erläuterungen:

Gemäß Vertrag mit der Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) finanziert die LMBV Flurbereinigungsverfahren in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz.

537 86	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	238.837	0	0
883 86	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
887 86	511	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
892 86	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
893 86	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 0 0

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

*Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei den Titeln 282 87 und 341 87 zuzüglich einer Kofinanzierung aus EU- oder Bundesmitteln geleistet werden.
Die Ausgaben sind übertragbar und können vor Bestätigung des Ausgaberesstes in Anspruch genommen werden.*

Erläuterungen:

Auf Antrag der Enteignungsbehörde durchgeführte Flurbereinigungsverfahren gem. § 87 FlurG, z. B. zur Bereitstellung von Flächen für Straßenbauvorhaben. Der Träger der Maßnahme finanziert einen Anteil an den Verfahrenskosten.

537 87	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben		0	0
883 87	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
887 87	511	Zuweisungen für Investitionen für Zweckverbände		0	0
892 87	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		0	0
893 87	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 87 0 0

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 329.383.300 306.304.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.708.000	105.042.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	218.854.100	172.290.000
Gesamteinnahme		318.562.100	277.332.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	9.869.500	18.687.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	105.463.900	103.144.500
HGr. 7	Baumaßnahmen	35.710.700	28.960.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	178.339.200	155.512.500
Gesamtausgabe		329.383.300	306.304.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-10.821.200	-28.972.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

099 14	539	Umlagen der Milchwirtschaft zur Förderung der Güte der Milcherzeugung sowie der Absatzwerbung	398.168	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 683 15 und 892 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Umlage aufgrund § 22 Milch- und Fettgesetz vom 10.12.1952 (BGBl. I S. 811) zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EAO 1977) vom 14.12.1976 (BGBl. I S. 3341).

aus Titelgruppen: **664.600** **664.600**

Summe HGr. 0: **664.600** **664.600**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	511	Gebühren, sonstige Entgelte	154	500	500
--------	-----	------------------------------------	------------	------------	------------

119 10	511	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	---------------------------	----------	----------	----------

119 12	511	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen	217.662	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/119 12 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

119 40	511	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen	-3.709	102.200	102.200
--------	-----	---	---------------	----------------	----------------

162 10	511	Zinsen und Rückzahlungen aus Darlehen	41.640	102.200	102.200
--------	-----	--	---------------	----------------	----------------

aus Titelgruppen: **0** **150.000**

Summe HGr. 1: **204.900** **354.900**

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 10	511	Zuweisungen von der Stiftung für Begabtenförderung	6.695	0	0
--------	-----	---	--------------	----------	----------

neu

Einnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 685 18 verwendet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/281 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 0 Euro).

Summe HGr. 2: **0** **0**

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10	990	Einnahmen aus Weinbergflächenabgabe gem. § 43 (Nr.1) Weingesetz vom 08.07.1994	925	800	800
--------	-----	---	------------	------------	------------

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 982 10 verwendet werden.

382 11	990	Einnahmen aus Absatzfondsbeiträgen gem. § 10 Abs.3 Nr. 6 Absatzfondsgesetz	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 982 11 verwendet werden.

Summe HGr. 3:			800	800	800
----------------------	--	--	------------	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen

119 60 539 Rückzahlung von Zuschüssen 0 0

232 60 539 Zuschüsse des Bundes zur Existenzsicherung 0 0

Einnahmen fließen Titel 683 60 zu.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 0 0

TGr. 81 Fischereiabgabe

099 81 542 Fischereiabgabe 860.245 409.000 409.000

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 81 verwendet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 409.000 409.000

TGr. 82 Jagdabgabe

099 82 549 Jagdabgabe 298.652 255.600 255.600

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 82 verwendet werden.

Erläuterungen:

Jagdabgabe gemäß § 23 Landesjagdgesetz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 82 255.600 255.600

TGr. 83 Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen und Ausstellungen an Dritte

Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 83 zu.

119 83 neu 511 Rückzahlungen, Erstattungen und Einzahlungen aus Beteiligungen an Messen und Ausstellungen 150.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 83 150.000

TGr. 88 Zuschüsse für die Bund/Länder-Finanzierung von Forschungseinrichtungen (Wissenschaftsgemeinschaft G.W. Leibniz)

Einnahmen dürfen für Ausgaben der Titel 687 88 und 894 88 verwendet werden.

Erläuterungen:

Einnahmen des Landes aus Erstattungen der Länder im Rahmen der seit 1997 geltenden multilateralen Finanzierung der Einrichtungen der WGL mit und ohne Servicefunktion. Bisher veranschlagt unter Kapitel 06 030 Titel 232 60 für alle WGL-Einrichtungen des Landes Brandenburg. Anteil der agrarwissenschaftlichen WGL-Institute ca. 1,5 Mio. EUR pro Jahr. Siehe Erläuterungen bei Titel 687 88.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
232 88	164	Erstattungen der Länder zur Refinanzierung von Einrichtungen der WGL		0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 88				0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen				664.600	814.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	511	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	259.021	250.000	225.000
537 10	011	Gutachten			0
neu					

aus Titelgruppen: 1.374.000 1.070.600

Summe HGr. 5: 1.624.000 1.295.600

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10	549	Zuschuss zum Betriebshaushalt der Stiftung "Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt (Dosse)	1.596.108	2.125.800	2.125.800
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Stiftung "Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt/Dosse"

Ausgaben:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Personalausgaben	3.110.300	3.279.600	3.485.400
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	2.174.300	1.755.200	1.755.000
3. Ausgaben für Investitionen	2.935.600	1.888.600	1.917.700
Zusammen:	8.220.200	6.923.400	7.158.100
Abzüglich Einnahmen:	6.624.100	4.797.600	5.032.300
Mithin Zuwendungsbedarf:	1.596.100	2.125.800	2.125.800
Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Zuschuss des Landes	0		0
1.1. aus Titel 682 10	1.596.100	2.125.800	2.125.800
Zusammen:	1.596.100	2.125.800	2.125.800

683 10	153	Zuschüsse für die Durchführung der überbetrieblichen Ausbildung	157.412	245.000	245.000
neu					

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	200.000
davon fällig:	
2012 bis zu	200.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 683 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		200.000		200.000
2012			200.000	200.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		200.000	200.000	400.000

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/683 10 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 245.000 Euro).

EU-Mittel

Mittel bis zur Höhe von 245.000 € werden aus dem MASF, 07 030 TG 74 mit EU-Mitteln i.H.v. 980.000 € aus dem ESF kofinanziert.

683 12	549	Ehrenpreise, Prämien, Auszeichnungen	10.000	10.000
neu				

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/683 12 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 10.000 Euro).

683 13	511	Zuschüsse zur besonderen Ernteermittlung	13.607	16.000	16.000
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Entschädigungen und Auslagenersatz bei Durchführung der besonderen Ernteermittlung nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21.08.1978 (BGBl. I S. 1.509). Bemessungsgrundlage sind 700 - 800 Volldruschproben (Getreide u. Winterraps) und 100 Proberodungen bei Kartoffeln.

683 14	511	Förderung der Verbesserung der Verhältnisse im ländlichen Raum (Beratung)	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

683 15	539	Zuschüsse zur Förderung der Milchwirtschaft und der Güte der Milcherzeugnisse sowie der Öffentlichkeitsarbeit	401.504	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 099 14 geleistet werden.
 Die Ausgaben sind mit Titel 892 10 deckungsfähig.*

Erläuterungen:

Nach § 22 Abs. 1 Milch- und Fettgesetz kann die Landesregierung im Benehmen mit den berufsständischen Organisationen von Milcherfassungs- und Verarbeitungsstellen Umlagen erheben, um die Milchwirtschaft zu fördern. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Maßnahmen:

1. Förderung und Erhaltung der Güte der Milch und Milcherzeugnisse
2. Verbesserung der Hygiene bei der Gewinnung, der Anlieferung, der Be- und Verarbeitung und dem Absatz von Milch und Milcherzeugnissen
3. Milchleistungsprüfungen
4. Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende milchwirtschaftliche Fortbildung des Berufsnachwuchses
5. Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
683 17	549	Zuschüsse für die Entwicklung innovativer Produktionstechnologien "Nachwachsende Rohstoffe"	0	0	0
683 18	531	Zuschüsse des Landes für Obst und Gemüse	0	0	0
685 18 neu	153	Förderung der beruflichen Bildung	81.848	118.000	118.000

In Höhe der Einnahmen bei Titel 281 10 können Mehrausgaben geleistet werden.
Der Titel ist mit der TG 89 deckungsfähig und Einsparungen bei Titel 683 10 dienen der Deckung von Mehrausgaben.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	110.000
davon fällig:	
2012 bis zu	110.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		110.000		110.000
2012			110.000	110.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		110.000	110.000	220.000

Erläuterungen:

Mittel sind zur Förderung von Einzelmaßnahmen zur Fachkräftesicherung und für Maßnahmen der Berufswerbung und -information bestimmt, die nicht aus der Bildungsrichtlinie und dem ESF gefördert werden können sowie zur Förderung von Netzwerken - Zusammenschlüsse von Ausbildungsbetrieben - zur Ausbildung von Fachkräften in den Grünen Berufen, mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität betrieblicher Ausbildung.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/685 18 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 118.000 Euro).

686 10	511	Beiträge an Vereine und Organisationen	91.509	142.800	145.600
--------	-----	--	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Beiträge und Kostenbeteiligungen des Landes Brandenburg an deutschen und internationalen Einrichtungen:

- Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde e. V.
- Arbeitskreis Betriebswirtschaft im Gartenbau
- Verband der Landwirtschaftskammern mit Sitz in Bonn
- Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V.
- Zentralstelle der Länder für EDV-gestützte Programme im Pflanzenschutz (ZEPP)
- Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstelle und Sachverständigen
- Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft
- Versuchsstation Dethlingen
- Reiser Muttergarten Magdeburg

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
686 11 neu	549	Zuschüsse zur Förderung von Verbänden und Organisationen		481.200	481.200
Erläuterungen:					
Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 030/686 11 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 481.200 Euro).					
686 13	511	Zuschüsse an den Landesverband Gartenbau für Bundesgartenschauen	102.000	0	65.000
Erläuterungen:					
Zuschüsse für die Teilnahme brandenburgischer Gärtner an Bundesgartenschauen.					
Mehr in Anpassung an den Bedarf.					
686 14	511	Zuschüsse für Landesgartenschauen	300.000	0	0
aus Titelgruppen:				18.782.600	18.967.100
Summe HGr. 6:				21.921.400	22.173.700
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
892 10	539	Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Milchwirtschaft und der Güte der Milcherzeugnisse	0	0	0
<i>Siehe Deckungsvermerk bei Titel 683 15.</i>					
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 099 14 geleistet werden.</i>					
892 17	539	Zuschüsse für Investitionen für Modellvorhaben "Nachwachsende Rohstoffe"	0	0	0
894 10	549	Investitionen für das Gestüt	1.552.241	0	0
Erläuterungen:					
Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 020/894 10 (Ist 2008: 2.000.000 Euro, Ansatz 2009: 0 Euro).					
aus Titelgruppen:				976.000	976.000
Summe HGr. 8:				976.000	976.000
HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben					
982 10	990	Abführung an den Deutschen Weinfonds	925	800	800
<i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.</i>					
982 11	990	Abführung an den Absatzfonds	0	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 382 11 geleistet werden.</i>					
Summe HGr. 9:				800	800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen

671 60	539	Rückzahlungen an den Bund		0	0
683 60	539	Zuschüsse zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen	-9.709	0	0

Ausgaben können in Höhe der Einnahmen bei Titel 232 60 und durch Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden. Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 232 60 geleistet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 0 0

TGr. 81 Fischereiabgabe

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 81 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 22 Fischereigesetz wird eine Fischereiabgabe erhoben, die zur Förderung des Fischereiwesens zu verwenden ist.

537 81	542	Aufträge zur Förderung des Fischereiwesens	27.886	0	0
686 81	542	Zuschüsse zur Förderung des Fischereiwesens	1.127.575	409.000	409.000
893 81	542	Zuschüsse für Investitionen zur Förderung des Fischereiwesens	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 409.000 409.000

TGr. 82 Jagdabgabe

Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 82 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 23 Landesjagdgesetz wird eine Jagdabgabe erhoben, die zur Förderung des Jagdwesens zu verwenden ist.

537 82	549	Aufträge zur Förderung des Jagdwesens	0	0	0
681 82	549	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an natürliche Personen	329.213	100.000	100.000
685 82	549	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an öffentliche Einrichtungen	24.244	55.600	55.600
686 82	549	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an Stiftungen und Vereine	300.065	100.000	100.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 82 **255.600** **255.600**

TGr. 83 **Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen und Ausstellungen an Dritte, Absatzförderung**

Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei TG 83 geleistet werden.

541 83 511 Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung **1.138.742** **1.339.000** **1.039.100**

Einnahmen aus Titel 119 83 fließen den Ausgaben zu.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	680.000
davon fällig:	
2012 bis zu	680.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		680.000		680.000
2012			680.000	680.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		680.000	680.000	1.360.000

Erläuterungen:

Im Interesse der brandenburgischen Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft beteiligt sich das Land an Messen, Ausstellungen, Kongressen und Wettbewerben mit eigenen Beiträgen u. a. für:

1. Internationale Grüne Woche,
2. Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung in Paaren,
3. Internationale Messen.

Weniger wegen Verschiebung innerhalb der Titelgruppe und den Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

683 83 511 Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen, Ausstellungen und Projekte der Absatzförderung an Dritte **327.855** **115.500** **300.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse an Verbände und Unternehmen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus zu deren Beteiligung an Messen, Wettbewerben, Ausstellungen und für Projekte zur Absatzförderung.

Mehr wegen Verschiebung innerhalb der Titelgruppe.

Nachrichtlich: Summe TGr. 83 **1.454.500** **1.339.100**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

TGr. 88 Zuschüsse für die Bund/Länder-Finanzierung von Forschungseinrichtungen (Wissenschaftsgemeinschaft G.W. Leibniz)

Ausgaben von bis zu 2,5 v.H. ohne Bauinvestitionen (DFG-Abgabe) dienen zur Deckung der Mehrausgaben im Kapitel 06 030 Titel 685 30.

Die Titel 683 88 und 686 88 sind gegenseitig und mit der Hauptgruppe 6 des Einzelplans 11 deckungsfähig. Die Haushaltsansätze der TG 88 sind gegenseitig deckungsfähig.

Bei bis zu 10 v.H. des Stellensolls für Arbeitnehmer, die unter 4. der Erläuterungen zum Stellenplan zusammengefasst sind, können vorübergehend kostenneutral höhere tarifliche Entgelte gezahlt werden, als es der Wertigkeit der Stelle entspricht. Den WGL-Einrichtungen wird gestattet, Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von bis zu 20 v.H. des Zuwendungsbeitrages zu nutzen. Diese Mittel werden nicht auf nachfolgende Zuwendungen angerechnet und dürfen nicht über mehrere Jahre kumuliert werden. Sie müssen nachweislich im zweiten Jahr ihrer Nutzung verausgabt sein. Der Bund und der Freistaat Thüringen für IGZ stimmen diesen Regelungen zu.

Die WGL-Institute legen ein Programmbudget gemäß den Festlegungen der Bund-Länder-Kommission (Beschluss 31.03.2003 und Ausschuss Forschungsförderung vom 01.10.2004) vor.

Die Gestaltung der Haushalte und deren Umsetzung erfolgt auf der Grundlage der WGL Beschlüsse ("Beschlüsse zur Umsetzung der AV-WGL" vom 28.04.2009, zuletzt geändert am 29. September 2009) in der Fassung vom 1.1.2010.

Entsprechend der Beschlüsse der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz und der Konferenz der Regierungschefin und der Regierungschefs der Länder vom 04.06.2009 und 16.12.2009 werden für die WGL - Einrichtungen in den Jahren 2011 und 2012 Kernhaushalte aufgestellt. Die Umsetzung erfolgt gemäß des GWK Dokuments A 10.29 zur gemeinsamen Finanzierung der WGL Einrichtungen im Haushaltsjahr 2011. Die Haushaltsjahre 2011 und 2012 gelten als Übergangszeitraum.

Erläuterungen:

Nach der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung gemäß Artikel 91b GG werden die Einrichtungen der WGL von Bund und allen Ländern multilateral finanziert. Die WGL-Einrichtungen ohne Servicefunktion, zu denen die WGL-Institute im Land Brandenburg zuzurechnen sind, finanzieren der Bund 50%, die Ländergemeinschaft 12,5% und das Sitzland 37,5% des Zuschussbedarfs für den Betrieb und laufende Investitionen der Einrichtungen. Bauinvestitionen incl. Erstausrüstungen werden vom Bund und vom jeweiligen Sitzland im Verhältnis 50:50 finanziert. Im Haushalt des Landes wird jeweils der gesamte Länderanteil an den Zuschüssen für die WGL-Einrichtungen im Land veranschlagt. Die Anteile der Ländergemeinschaft an der Finanzierung der WGL-Einrichtungen werden auf der Grundlage der von Bund und Ländern in der GWK für das Haushaltsjahr anerkannten Zuschussbedarfe vorläufig festgesetzt und miteinander verrechnet. Die endgültige Festsetzung und Verrechnung der Länderleistungen für die WGL-Einrichtungen erfolgt auf der Grundlage der in diesem Jahr tatsächlich geleisteten Zuschüsse des Bundes und des Sitzlandes an die einzelnen WGL-Einrichtungen im folgenden Haushaltsjahr. Entsprechende Einnahmen sind bei Titel 232 88 zu veranschlagen. Die WGL und GWK- Beschlüsse werden finanziell für 2011 nicht umgesetzt.

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden Bundesmittel kofinanziert, die nicht im Landeshaushalt veranschlagt sind.

683 88	164	Zuschüsse im wettbewerblichen Verfahren	172.331	250.000	250.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		200.000		200.000
2012				
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		200.000		200.000

Erläuterungen:

Zuschüsse werden ab 2011 im Rahmen des Paktes von Bund und Ländern für Forschung und Innovation als zweckgebundene Mitgliedsbeiträge den WGL - Einrichtungen zusätzlich zugewendet. Die bis 2011 vergebenen Projekte sind abschließend zu finanzieren. Grundlage sind die Beschlüsse der GWK ("Beschlüsse zur Umsetzung der AV- WGL" vom 28.04.2009, zuletzt geändert am 29. September 2009) in der ab 01.01.2010, geltenden Fassung und gemeinsamen Beschluss der Regierungschefs/in der Ländervom 04. Juni 2010.

686 88	164	Zuschüsse für den Betriebshaushalt	11.017.211	13.816.500	13.816.500
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 686 88

Erläuterungen:

Die Einrichtungen werden durch den Bund, den Freistaat Thüringen (IGZ) und das Land Brandenburg gemeinsam finanziert. Der Landesanteil Brandenburg beträgt:

		2011 EUR
1	Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren/Erfurt e. V. (IGZ)	2.414.900
2	Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e. V. (ATB)	3.871.100
3	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg e. V. (ZALF)	7.530.500
Summe		13.816.500

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren/Erfurt e.V. (IGZ)

Ausgaben:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Personalausgaben (incl. Personalverstärkungsmittel)	4.612.050	5.690.700	5.690.700
2. sächliche Verwaltungsausgaben	1.259.550	1.327.700	1.327.700
3. Ausgaben für Investitionen	631.800	1.674.200	1.674.200
Zusammen:	6.503.400	8.692.600	8.692.600
Abzüglich Einnahmen:	166.500	1.348.900	1.348.900
Mithin Zuwendungsbedarf:	6.336.900	7.343.700	7.343.700

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Zuwendung des Bundes	0	3.663.400	3.663.400
2. Zuwendungen des Landes Brandenburg	0		0
2.1 aus Titel 683 88			
2.2. aus Titel 686 88	0	2.414.900	2.414.900
2.3. aus Titel 893 88	0	187.400	187.400
3. Zuwendung des Freistaates Thüringen	0	1.078.000	1.078.000
Zusammen:	0	7.343.700	7.343.700

Stellenplan:	Soll 2010 Stellenanzahl	Soll 2011 Stellenanzahl
Arbeitnehmer		
1. S (W3)	1,00	1,00
2. S (W2)	5,00	5,00
3. AT* (TVL 15Ü)	1,00	2,00
4. Stellen tarifliche Arbeitnehmer (nachrichtlich)	83,50	88,50
Zusammen:	90,50	96,50
Insgesamt:	90,50	96,50

Personalausgaben für außertarifliche Arbeitnehmer dürfen 2011 bis zur Obergrenze von 860.000 € geleistet werden. Die Anzahl der Stellen S (W3), S (W2) und AT (WE1) ist verbindlich.

Personalausgaben für tarifliche Arbeitnehmer dürfen 2011 bis zur Obergrenze von 4.830.700 € geleistet werden. Die Verbindlichkeit des Stellenplans ist hinsichtlich der Zahl und Wertigkeit der Stellen aufgehoben.

Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen außerhalb des Stellenplans bis zu 4 Mitarbeiter mit einem unbefristeten Vertrag beschäftigt werden, soweit eine Kostendeckung aus Drittmitteln gesichert ist.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 686 88

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e.V. (ATB)

Ausgaben:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Personalausgaben	5.206.800	6.414.400	6.414.400
2. sächliche Verwaltungsausgaben	1.280.000	1.327.800	1.327.800
3. Ausgaben für Investitionen	1.625.000	1.429.800	1.429.800
Zusammen:	8.111.800	9.172.000	9.172.000
Abzüglich Einnahmen:	1.145.000	910.000	910.000
Mithin Zuwendungsbedarf:	6.966.800	8.262.000	8.262.000

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Zuwendung des Bundes	0	4.131.000	4.131.000
2. Zuwendungen des Landes	0		0
2.1 aus Titel 683 88			
2.2. aus Titel 686 88	0	3.871.100	3.871.100
2.3. aus Titel 893 88	0	259.900	259.900
3. Zuwendung des Freistaates Thüringen	0	0	0
Zusammen:	0	8.262.000	8.262.000

Stellenplan:	Soll 2010 Stellenanzahl	Soll 2011 Stellenanzahl
Arbeitnehmer		
1. S (W3)	1,00	1,00
2. S (W2)	6,00	6,00
3. AT* (TVL 15Ü)	0,00	1,00
4. Stellen tariflicher Arbeitnehmer (nachrichtlich)	107,50	110,00
Zusammen:	114,50	118,00
Insgesamt:	114,50	118,00

Personalausgaben für außertarifliche Arbeitnehmer dürfen 2011 bis zur Obergrenze von 860.000 € geleistet werden. Die Anzahl der Stellen S (W3), S (W2) und AT ist verbindlich.

Personalausgaben für tarifliche Arbeitnehmer dürfen 2011 bis zur Obergrenze von 5.554.400 € geleistet werden. Die Verbindlichkeit des Stellenplans ist hinsichtlich der Zahl und Wertigkeit der Stellen aufgehoben.

Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen außerhalb des Stellenplans bis zu 4 Mitarbeiter mit einem unbefristeten Vertrag beschäftigt werden, soweit eine Kostendeckung aus Drittmitteln gesichert ist.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 686 88

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Leibniz-Institut für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V. Müncheberg

Ausgaben:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Personalausgaben	0	13.145.000	13.145.000
2. sächliche Verwaltungsausgaben	0	2.161.000	2.161.000
3. Ausgaben für Investitionen	0	2.625.400	2.625.400
Zusammen:	0	17.931.400	17.931.400
Abzüglich Einnahmen:	0	2.185.000	2.185.000
Mithin Zuwendungsbedarf:	0	15.746.400	15.746.400

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2009 EUR	Soll 2010 EUR	Soll 2011 EUR
1. Zuwendung des Bundes	0	7.873.200	7.873.200
2. Zuwendung des Landes Brandenburg	0		0
2.1 aus Titel 683 88			
2.2. aus Titel 686 88	0	7.530.500	7.530.500
2.3. aus Titel 893 88	0	342.700	342.700
3. Zuwendung des Freistaates Thüringen	0	0	0
Zusammen:	0	15.746.400	15.746.400

Stellenplan:	Soll 2010 Stellenanzahl	Soll 2011 Stellenanzahl
Arbeitnehmer		
1. S (W3)	1,00	1,00
2. S (W2)	6,00	6,00
3. AT* (TVL 15Ü/W 1)	3,00	3,00
4. Stellen tariflicher Arbeitnehmer (nachrichtlich)	204,50	204,50
Zusammen:	214,50	214,50
Insgesamt:	214,50	214,50

Personalausgaben für außertarifliche Arbeitnehmer dürfen 2011 bis zur Obergrenze von 1.071.500 € geleistet werden. Die Anzahl der Stellen S (W3), S (W2) und AT ist verbindlich.

Personalausgaben für tarifliche Arbeitnehmer dürfen 2011 bis zur Obergrenze von 12.073.500 € geleistet werden. Die Verbindlichkeit des Stellenplans ist hinsichtlich der Zahl und Wertigkeit der Stellen aufgehoben.

Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen außerhalb des Stellenplans bis zu 4 Mitarbeiter mit einem unbefristeten Vertrag beschäftigt werden, soweit eine Kostendeckung aus Drittmitteln gesichert ist.

687 88 164 Finanzierung eines Nachwuchswissenschaftlerpools 0 0

Mehreinnahmen bei Titel 232 88 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden. Es ist gestattet, Selbstbewirtschaftungsmittel i.H.v. bis zu 20 v.H. des Titelansatzes zu nutzen.

893 88 164 Zuschüsse für Investitionen 1.007.817 790.000 790.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 893 88

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		500.000		500.000
2012		337.000		337.000
2013		300.000		300.000
2014				
2015 ff.				
Summen		1.137.000		1.137.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zuschüsse für Investitionen der WGL-Institute, insbesondere große und kleine Baumaßnahmen sowie Geräteausstattungen. Mit den veranschlagten Ausgaben werden auch die bei Kapitel 08 050 veranschlagten EU-Mittel für Bauinvestitionen/Große Baumaßnahmen kofinanziert.

Die Einrichtungen werden durch den Bund, den Freistaat Thüringen (IGZ) und das Land Brandenburg gemeinsam finanziert. Der Landesanteil Brandenburg beträgt:

	2011 EUR
1. Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren/Erfurt e. V. (IGZ)	187.400
2. Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam- Bornim e. V. (ATB)	259.900
3. Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg e. V. (ZALF)	342.700
Summe	790.000

EU-Mittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei MWE im Kapitel 08 050 Titelgruppe 94 veranschlagten EU-Mittel bis zur Höhe von 6,3 Mio EUR in 2011 kofinanziert.

894 88 164 **Zuschüsse für Investitionen** 0 0

Mehreinnahmen bei Titel 232 88 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden. Es ist gestattet, Selbstbewirtschaftungsmittel i.H.v. bis zu 20 v.H. des Titelansatzes zu nutzen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 88 14.856.500 14.856.500

TGr. 89 Zuschüsse für die Finanzierung von Forschungseinrichtungen, an der sich andere Länder beteiligen sowie Zuschüsse für Investitionen und Projektförderung zur Entwicklung neuer Technologien und zur Vergabe von Aufträgen zur Technologiefolgenabschätzung

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe 89 sind gegenseitig deckungsfähig mit der Hauptgruppe 6 des Epl. 11 deckungsfähig. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen in der Titelgruppe 88 geleistet werden. Den Einrichtungen wird gestattet, Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von bis zu 20 v.H. des Zuwendungsbetrages zu nutzen.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b GG vom 28.11.1975 und auf Empfehlung des Wissenschaftsrates zur außeruniversitären Agrarforschung im Land Brandenburg beteiligt sich das Land an der Finanzierung.

537 89 332 **Vergabe von Aufträgen zur Technologiefolgenabschätzung** 43.000 35.000 31.500

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Technikfolgenabschätzung, Ökobilanzanalyse Rechtsfolgenabschätzung, insbesondere zum Verbraucherschutz, zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes, zur Bewertung des stofflichen und energetischen Einsatzes nachwachsender Rohstoffe, zum Klima-, Wasser- und Bodenschutz in der Landwirtschaft für die entsprechenden Fachabteilungen des Ressorts.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

686 89 165 **Zuschüsse für den Betriebshaushalt** 3.112.667 2.116.000 2.116.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011
	EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2012 bis zu	
2013 bis zu	
2014 bis zu	100.000
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		177.100		177.100
2012		177.100		177.100
2013		177.100		177.100
2014			100.000	100.000
2015 ff.				
Summen		531.300	100.000	631.300

Erläuterungen:

Die Finanzierung der nachfolgend genannten Einrichtungen erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom September 1991 und der sich darauf beziehenden Kabinettsbeschlüsse 476/92, 1014/92, sowie von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Grundstücke des allgemeinen Grundvermögens dürfen im Wege der Bestellung eines Erbbaurechtes an gemeinnützige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen unentgeltlich zur Nutzung und Belegung überlassen werden.

Infrastrukturkosten (ISK)

Die Infrastrukturkosten der nachfolgend genannten Einrichtungen können durch Betriebskostenzuschüsse gefördert werden. Additiv besteht die Möglichkeit, durch ergänzende Projektförderung ausgewählte Forschungsthemen zu unterstützen. Aus dem Titel dürfen Entgelte für bis zu 16 Auszubildende finanziert werden.

Veranschlagt sind Fördermittel für folgende Einrichtungen:

- A Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e.V.
- B Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V.
- C Institut für Binnenfischerei Potsdam-Sacrow e.V.
- D Milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Oranienburg e.V.
- E Lehranstalt für Gartenbau und Floristik Großbeeren e.V.
- F Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere Schönow e. V.

687 89 165 **Zuschüsse zur Projektförderung für ausgewählte Forschungsthemen** 1.820.000 1.820.000

Erläuterungen:

Fachprojekte (FP)

Förderung von Fachprojekten in den nachfolgend genannten Einrichtungen, die in Abstimmung mit den Fachreferaten gefördert werden sollen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 687 89

Veranschlagt sind Fördermittel für folgende Einrichtungen:

A Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e. V.

Aufgaben: Schaffung von Grundlagen für eine ökologisch und ökonomisch orientierte Wiederherstellung funktionsfähiger Landschaften in gestörten Gebieten vor allem des Braunkohlebergbaus durch Landschaftsentwicklung, Rekultivierung und Sanierung, Aufbau von Agro- und Forstökosystemen, Gewässerökologie und -sanierung gemäß EU-WRR.

B Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V.

Aufgaben: Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen auf allen Gebieten der Bienenkunde nach Bienenzuchtgesetz und Belegstellen VO (u. a. Bienenzuchtwertschätzung), Genetik und Zucht, Diagnostik und Vermeidungsstrategien für Bienenkrankheiten, Bestäubung als wirtschaftlicher und ökologischer Faktor, Honiganalytik für Verbraucherschutz und -aufklärung, praxisorientierte Weiterbildung/Beratung, Fachkräfte- und Nachwuchssicherung sowie Verbändeberatung.

C Institut für Binnenfischerei Potsdam-Sacrow e. V.

Aufgaben: Ökologische Aspekte der fischwirtschaftlichen Gewässernutzung, Gewässer- und Fischartenschutz, praxisbezogene Fischereiforschung (Binnenfischerei, Fischgesundheit, Handlungsempfehlungen zur Erzeugung des hochwertigen Lebensmittels Fisch) in Verbindung mit Verbraucherschutz und -aufklärung, Wiedereinbürgerung gefährdeter Fischarten (Lachsprogramm), Entwicklung und Anwendung der Aquakultur, praxisorientierte Weiterbildung und Beratung, Nachwuchssicherung.

D Milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Oranienburg e. V.

Aufgaben: Ausbildung von Milchlaboranten/-innen, Molkereifachmann/-frau in der überbetrieblichen Ausbildung, gesetzliche Aufgaben (Pflichtaufgaben nach Butter-, Käse-, Schulmilch- und Güteprüfungsverordnung), fachbezogene Untersuchungen zum Gesundheits- und Verbraucherschutz, Qualität von Milch und Milcherzeugnissen, Forschung resultierend aus o. g. Verordnungen.

E Lehranstalt für Gartenbau und Floristik Großbeeren e. V.

Aufgaben: Gärtnerische Erstausbildung in der überbetrieblichen Ausbildung für die Länder Brandenburg und Berlin, berufliche Fort- und Weiterbildung für alle Sparten des Gartenbaus, Fachkräfte- und Nachwuchssicherung.

F Institut für Getreideverarbeitung GmbH Bergholz-Rehbrücke

Aufgaben: Industrienahes Forschungsinstitut für die Landwirtschaft und das mittelständische Verarbeitungsgewerbe auf den Gebieten Bio- und Lebensmitteltechnologie, Backwarentechnologie und Analytik sowie Biogene Rohstoffe. Forschungsschwerpunkte im öffentlichen Interesse: Verbraucherschutz, gesunde Ernährung, Qualitätsanalysen für Agrarrohstoffe und -produkte, Algenforschung, Wertstoffgewinnung.

G Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere Schönow e. V.

Aufgaben: Gendiagnostische Untersuchungen (Abstammungskontrolle, Erbgesundheit) nach Tierzuchtgesetz und Zuchtbuchordnungen der Tierzuchtverbände, Effektivierung des Reproduktionsmanagements landwirtschaftlicher Nutztiere, Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Reproduktion, Fachkräfte- und Nachwuchssicherung, praxisorientierte Beratung.

H Lehr- und Versuchsanstalt für Tierzucht und Tierhaltung Ruhlsdorf/Groß Kreuz e. V.

Aufgaben: Etablierung innovativer Zuchtverfahren bei Rind, Schwein und Schaf

893 89	174	Zuschüsse für Investitionen	231.707	186.000	186.000
--------	-----	------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Mittel dienen der Bauunterhaltung/kleine Baumaßnahmen unter 1 Mio. EUR der genutzten Liegenschaften und Gebäude sowie der Beschaffung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen für die Forschung über einem Beschaffungswert von 5.000 EUR.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 89		4.157.000	4.153.500
-----------------------	---------------	--	------------------	------------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen		21.132.600	21.013.700
-----------------------	---------------------------------	--	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	664.600	664.600
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	204.900	354.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	800	800
Gesamteinnahme		870.300	1.020.300

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.624.000	1.295.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	21.921.400	22.173.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	976.000	976.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	800	800
Gesamtausgabe		24.522.200	24.446.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-23.651.900	-23.425.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	440	Sonstige Einnahmen	553	0	0
119 15	440	Rückflüsse aus Zuwendungen	862.751	500.000	250.000

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 10.

Erläuterungen:

Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen des 2004 eingestellten Landesprogramms und aus der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen u.a. des Hauptstadtvertrages werden vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

173 25	440	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	16.931	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 631 10.

Erläuterungen:

Zurückgezahlte Darlehen werden nicht mehr ausgereicht, sondern an den Bund abgeführt.

173 26	440	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)	13.545	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Summe HGr. 1:	500.000	250.000
---------------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

272 10	422	Zuschüsse von der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B)	87.800	74.300	
--------	-----	---	--------	--------	--

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 537 21 verwendet werden.

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 537 21 zu.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 537 21. Die Ausgaben zur Finanzierung des INTERREG IV B - Projektes "URBAN Energy" werden von der EU zu 75 v.H. erstattet. Im Zeitraum 2009 bis 2011 werden Einnahmen i.H.v. insgesamt 240.000 € erwartet.

Summe HGr. 2:	87.800	74.300
---------------	--------	--------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 17	440	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 17 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 17.

331 20	195	Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen	15.667.000	12.690.900	13.558.000
--------	-----	---	------------	------------	------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 331 20

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 27	440	Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt	3.068.000	3.125.500	3.404.000
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 27 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 30	440	Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	15.720.000	12.020.400	9.979.000
---------------	-----	--	-------------------	-------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 30 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30.
 Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 40	440	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus	16.804.000	17.042.600	18.628.000
---------------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 40 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 40.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 45	440	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Innenentwicklung	413.000	863.800	1.784.000
---------------	-----	--	----------------	----------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 45 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 50	440	Zuweisungen des Bundes zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	2.445.000	4.614.800	5.142.000
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 50 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 50.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 55 neu	440	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden			245.000
----------------------	-----	--	--	--	----------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 55 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 55.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 3: **50.358.000** **52.740.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	440	Ausgaben für Gutachten	192.614	44.100	72.000
--------	-----	-------------------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Es sind Gutachten insbesondere zur Ausgestaltung der neuen Programme "Kleinere Städte und Gemeinden" und "Stadtumbau II" in der Städtebauförderung, zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens sowie im Rahmen der Novelle des BauGB zu energetischen Fragen und Fragen zum Gesundheits- und Umweltschutz vorgesehen.

Mehr infolge Verschiebung innerhalb des Verwaltungsbudgets.

537 21	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - EU-Mittel	50.030	74.300	78.000
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 10 geleistet werden.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	90.000			90.000
2012				
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen	90.000			90.000

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind die EU-Mittel für die Ausgaben zur Mitfinanzierung des Projektes "URBAN Energy" im Rahmen von INTERREG IV B. Ziel des Projektes ist die Organisation eines Informationsaustausches zur nachhaltigen, energetischen Sanierung von Wohngebieten und Stadtquartieren in Mitteleuropa.

Die EU beteiligt sich an den Gesamtausgaben mit einem Anteil von 75 v.H. Der Ansatz ergibt sich aus den im Jahr 2008 eingegangenen Verpflichtungen.

537 22	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - Landesmittel	16.677	24.800	26.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	26.000			26.000
2012				
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen	26.000			26.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 537 22

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Titel 537 21. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titel 537 21 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

541 10 440 Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe 234.984 70.400 99.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	70.000
davon fällig:	
2012 bis zu	70.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		70.000		70.000
2012			70.000	70.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		70.000	70.000	140.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Durchführung des Innenstadt Wettbewerbs sowie für Veranstaltungen zum Stadtumbau, der Innenentwicklung, zu neuen städtebaulichen Aufgaben und zur Weiterentwicklung von Fragen der Energieeinsparung und zum Klimaschutz in der Stadtentwicklung.

Mehr infolge Verschiebung innerhalb des Verwaltungsbudgets.

546 10 440 Sonstiges 0 0 0

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen zur Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen). Die Höhe der notwendig werdenden Ausgaben ist nicht planbar.

546 20 440 Stadt- und Baukultur 0 45.000

Erläuterungen:

Baukultur dient u.a. der Stärkung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik. Veranschlagt sind die Ausgaben wie Ausstellungen, Wettbewerbe, Fachforen, Projekte in Kooperation mit der Kulturland-Initiative und der Bundesstiftung Baukultur.

Mehr infolge Verschiebung innerhalb des Verwaltungsbudgets.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

547 10 440 Sächliche Verwaltungsausgaben zur Umsetzung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der nachhaltigen Stadtentwicklung **9.233 10.500 20.400**

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Durchführung von Wettbewerbsverfahren zur Vergabe der Zuwendungen aus dem ESF im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der anschließenden Betreuung der Wettbewerbssieger.

Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Kapitel 07 030 Titel 547 76 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Mehr gemäß ESF-Programmplanung.

Summe HGr. 5: 224.100 340.400

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10 440 Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund 16.931 0 0

Angaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 173 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die von den Zuwendungsempfängern zurückgezahlten Darlehen sind an den Bund abzuführen.

632 00 440 Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der Geschäftsstelle der ARGEBAU 7.567 8.500 8.500

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die Höhe des Anteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

633 00 440 Förderung der Kulturlandkampagne Brandenburg 100.000
 neu

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Durchführung von Projekten der Kulturlandkampagne Brandenburg unter Schirmherrschaft des MIL und des MWFK mit den Themenschwerpunkten Verkehr, Mensch und Kommunikation, Architektur und Städtebau, Produktion in Stadt und Land sowie Landwirtschaft im Spannungsfeld von Tradition und Moderne.

Summe HGr. 6: 8.500 108.500

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 17 440 Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung) 0 0 0

Angaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 17 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen seines Bundesforschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" Mittel als Vollfinanzierung zur Verfügung. Derzeit ist nicht absehbar, welche Projekte vom Bund gefördert werden.

883 20 195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil) 15.667.000 12.690.900 13.558.000

Angaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und VE bei den Titeln 883 27, 883 30, 883 40, 883 45, 883 50 und 883 55.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 20

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	11.730.000
davon fällig:	
2012 bis zu	3.108.000
2013 bis zu	3.730.000
2014 bis zu	3.108.000
2015 ff. bis zu	1.784.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	9.884.000	3.762.000		13.646.000
2012	5.253.000	4.514.000	3.108.000	12.875.000
2013	2.167.000	3.762.000	3.730.000	9.659.000
2014		2.275.000	3.108.000	5.383.000
2015 ff.			1.784.000	1.784.000
Summen	17.304.000	14.313.000	11.730.000	43.347.000

Erläuterungen:

Gemäß den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Danach beträgt der Bundes- und Landesanteil jeweils 40 % und der Kommunalanteil 20%. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2011.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Mehr wegen höherer Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2011 EUR
Vorhalten	28.560.000
Hiervon veranschlagt	12.844.000
Vorhalten bleiben	15.716.000
davon für	
Hj. 2012	8.805.000
Hj. 2013	5.127.000
Hj. 2014	1.784.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuwendungen	12.444.000
Hiervon veranschlagt	714.000
Vorhalten bleiben	11.730.000
Veranschlagt zusammen	13.558.000
Vorhalten bleiben	27.446.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 20

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	30.462.000
davon fällig	
Hj. 2010	13.158.000
Hj. 2011	9.884.000
Hj. 2012	5.253.000
Hj. 2013	2.167.000

883 21 195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil) 15.667.000 12.666.200 10.600.700

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und VE bei Titel 883 28, 883 31, 883 41, 883 46, 883 51 und 883 56.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	11.730.000
davon fällig:	
2012 bis zu	3.108.000
2013 bis zu	3.730.000
2014 bis zu	3.108.000
2015 ff. bis zu	1.784.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	9.884.000	3.762.000		13.646.000
2012	5.253.000	4.514.000	3.108.000	12.875.000
2013	2.167.000	3.762.000	3.730.000	9.659.000
2014		2.275.000	3.108.000	5.383.000
2015 ff.			1.784.000	1.784.000
Summen	17.304.000	14.313.000	11.730.000	43.347.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 20 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Weniger infolge der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 21

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

2011

EUR

Vorbehalten	28.560.000
Hiervon veranschlagt	12.844.000
Vorbehalten bleiben	15.716.000
davon für	
Hj. 2012	8.805.000
Hj. 2013	5.127.000
Hj. 2014	1.784.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	12.444.000
Hiervon veranschlagt	714.000
Vorbehalten bleiben	11.730.000
Veranschlagt zusammen	13.558.000
Vorbehalten bleiben	27.446.000

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	30.462.000
00davon fällig	
Hj. 2010	13.158.000
Hj. 2011	9.884.000
Hj. 2012	5.253.000
Hj. 2013	2.167.000

883 27 440 Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil) 3.068.000 3.125.500 3.404.000

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden.
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	3.153.000
davon fällig:	
2012 bis zu	836.000
2013 bis zu	1.003.000
2014 bis zu	836.000
2015 ff. bis zu	478.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	2.427.000	935.000		3.362.000
2012	1.346.000	1.121.000	836.000	3.303.000
2013	538.000	935.000	1.003.000	2.476.000
2014		565.000	836.000	1.401.000
2015 ff.			478.000	478.000
Summen	4.311.000	3.556.000	3.153.000	11.020.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 27

Erläuterungen:

Der Bund stellt seit dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf- "Die soziale Stadt" - bereit. Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2011.

Die Ausgaben dürfen anteilig auch für konsumtive Zwecke im Rahmen von Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt nach Maßgabe der jeweiligen Verwaltungsvereinbarung eingesetzt werden.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	7.336.000
Hiervon veranschlagt	3.223.000
Vorbehalten bleiben	4.113.000
davon für	
Hj. 2012	2.301.000
Hj. 2013	1.334.000
Hj. 2014	478.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	3.334.000
Hiervon veranschlagt	181.000
Vorbehalten bleiben	3.153.000
Veranschlagt zusammen	3.404.000
Vorbehalten bleiben	7.266.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	7.659.000
davon fällig	
Hj. 2010	3.348.000
Hj. 2011	2.427.000
Hj. 2012	1.346.000
Hj. 2013	538.000

883 28 440 Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil) 3.068.000 3.125.500 2.516.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Siehe Zweckbindungsvermerk bei Titel 883 27.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011
	EUR
Betrag:	<u>3.153.000</u>
davon fällig:	
2012 bis zu	836.000
2013 bis zu	1.003.000
2014 bis zu	836.000
2015 ff. bis zu	478.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 28

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	2.427.000	935.000		3.362.000
2012	1.346.000	1.121.000	836.000	3.303.000
2013	538.000	935.000	1.003.000	2.476.000
2014		565.000	836.000	1.401.000
2015 ff.			478.000	478.000
Summen	4.311.000	3.556.000	3.153.000	11.020.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 27 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	7.336.000
Hiervon veranschlagt	3.223.000
Vorbehalten bleiben	4.113.000
davon für	
Hj. 2012	2.301.000
Hj. 2013	1.334.000
Hj. 2014	478.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	3.334.000
Hiervon veranschlagt	181.000
Vorbehalten bleiben	3.153.000
Veranschlagt zusammen	3.404.000
Vorbehalten bleiben	7.266.000

	EUR
Nachrichtlich:	
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	7.659.000
davon fällig	
Hj. 2010	3.348.000
Hj. 2011	2.427.000
Hj. 2012	538.000
Hj. 2013	

883 30	440	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	15.720.000	12.020.400	9.979.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	------------------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 30 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 30

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	4.539.000
davon fällig:	
2012 bis zu	1.203.000
2013 bis zu	1.444.000
2014 bis zu	1.203.000
2015 ff. bis zu	689.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	8.288.000	1.992.000		10.280.000
2012	4.284.000	2.390.000	1.203.000	7.877.000
2013	1.147.000	1.992.000	1.444.000	4.583.000
2014		1.204.000	1.203.000	2.407.000
2015 ff.			689.000	689.000
Summen	13.719.000	7.578.000	4.539.000	25.836.000

Erläuterungen:

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes- und Landesanteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 %. Der Kommunalanteil beträgt ebenfalls 33 1/3%.

Der Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung der Innenstadtentwicklung einschließlich des Wohnens in den Innenstädten durch bedeutsame Stadtentwicklungsprojekte in Sanierungsgebieten nach § 136 BauGB. Insbesondere wird die Instandsetzung und Modernisierung von städtebaulich relevanten Gebäuden und von Einrichtungen der Infrastruktur sowie die Neugestaltung des öffentlichen Raumes gefördert (Straßen, Wege, Plätze, Spielplätze, Grün- und Freizeitanlagen sowie die Kosten von vorbereitenden Untersuchungen, Planungen und von Sanierungsträgern).

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2011.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	18.075.000
Hiervon veranschlagt	9.434.000
Vorbehalten bleiben	8.641.000
davon für	
Hj. 2012	5.659.000
Hj. 2013	2.293.000
Hj. 2014	689.000
Hj. 2015ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuwendungen	5.084.000
Hiervon veranschlagt	545.000
Vorbehalten bleiben	4.539.000
Veranschlagt zusammen	9.979.000
Vorbehalten bleiben	13.180.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 30

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	26.429.000
davon fällig	
Hj. 2010	12.710.000
Hj. 2011	8.288.000
Hj. 2012	4.284.000
Hj. 2013	1.147.000

883 31 440 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil) 15.720.000 12.020.400 9.979.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	4.539.000
davon fällig:	
2012 bis zu	1.203.000
2013 bis zu	1.444.000
2014 bis zu	1.203.000
2015 ff. bis zu	689.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	8.288.000	1.992.000		10.280.000
2012	4.284.000	2.390.000	1.203.000	7.877.000
2013	1.147.000	1.992.000	1.444.000	4.583.000
2014		1.204.000	1.203.000	2.407.000
2015 ff.			689.000	689.000
Summen	13.719.000	7.578.000	4.539.000	25.836.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 30 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 31

Von den Gesamtzuschwendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	18.075.000
Hiervon veranschlagt	9.434.000
Vorbehalten bleiben	8.641.000
davon für	
Hj. 2012	5.659.000
Hj. 2013	2.293.000
Hj. 2014	689.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuschwendungen	5.084.000
Hiervon veranschlagt	545.000
Vorbehalten bleiben	4.539.000
Veranschlagt zusammen	9.979.000
Vorbehalten bleiben	13.180.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	28.429.000
davon fällig	
Hj. 2010	12.710.000
Hj. 2011	8.288.000
Hj. 2012	4.284.000
Hj. 2013	1.147.000

883 40	440	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	16.804.000	17.042.600	18.627.500
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 40 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	16.461.000
davon fällig:	
2012 bis zu	4.361.000
2013 bis zu	5.232.000
2014 bis zu	4.361.000
2015 ff. bis zu	2.507.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	13.661.000	5.534.000		19.195.000
2012	7.969.000	6.640.000	4.361.000	18.970.000
2013	3.531.000	5.532.000	5.232.000	14.295.000
2014		3.346.000	4.361.000	7.707.000
2015 ff.			2.507.000	2.507.000
Summen	25.161.000	21.052.000	16.461.000	62.674.000

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung seit dem Programmjahr 2002 jährlich Mittel für den Stadtumbau zur Verfügung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 40

Die Schwerpunkte der Förderung liegen auf Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weiteren investiven Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtumbau stehen. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtumbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachgefallenden Flächen. Die Bewilligung erfolgt als Projektförderung auf der Grundlage der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2011.

Mehr wegen gestiegener Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	40.957.000
Hiervon veranschlagt	17.814.000
Vorbehalten bleiben	23.143.000
davon für	
Hj. 2012	12.952.000
Hj. 2013	7.684.000
Hj. 2014	2.507.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	17.274.500
Hiervon veranschlagt	813.500
Vorbehalten bleiben	16.461.000
Veranschlagt zusammen	18.627.500
Vorbehalten bleiben	39.604.000

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	43.802.000
davon fällig	
Hj. 2010	18.641.000
Hj. 2011	13.661.000
Hj. 2012	7.969.000
Hj. 2013	3.531.000

883 41	440	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	16.804.000	17.042.600	18.627.500
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Deckungsvermerke bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	<u>16.461.000</u>
davon fällig:	
2012 bis zu	4.361.000
2013 bis zu	5.232.000
2014 bis zu	4.361.000
2015 ff. bis zu	2.507.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 41

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	13.661.000	5.534.000		19.195.000
2012	7.969.000	6.640.000	4.361.000	18.970.000
2013	3.531.000	5.532.000	5.232.000	14.295.000
2014		3.346.000	4.361.000	7.707.000
2015 ff.			2.507.000	2.507.000
Summen	25.161.000	21.052.000	16.461.000	62.674.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei 883 40. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 40 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	40.957.000
Hiervon veranschlagt	17.814.000
Vorbehalten bleiben	23.143.000
davon für	
Hj. 2012	12.952.000
Hj. 2013	7.684.000
Hj. 2014	2.507.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	17.274.500
Hiervon veranschlagt	813.500
Vorbehalten bleiben	16.461.000
Veranschlagt zusammen	18.627.500
Vorbehalten bleiben	39.604.000
Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	43.802.000
davon fällig	
Hj. 2010	18.641.000
Hj. 2011	13.661.000
Hj. 2012	7.969.000
Hj. 2013	3.531.000

883 45	440	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)	413.000	863.800	1.784.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	------------------

Angaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 45 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 45

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	3.120.000
davon fällig:	
2012 bis zu	828.000
2013 bis zu	993.000
2014 bis zu	828.000
2015 ff. bis zu	471.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	815.000	418.000		1.233.000
2012	601.000	501.000	828.000	1.930.000
2013	240.000	418.000	993.000	1.651.000
2014		240.000	828.000	1.068.000
2015 ff.			471.000	471.000
Summen	1.656.000	1.577.000	3.120.000	6.353.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorhalten	4.651.000
Hiervon veranschlagt	1.604.000
Vorhalten bleiben	3.047.000
davon für	
Hj. 2012	1.547.000
Hj. 2013	1.029.000
Hj. 2014	471.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	3.300.000
Hiervon veranschlagt	180.000
Vorhalten bleiben	3.120.000
Veranschlagt zusammen	1.784.000
Vorhalten bleiben	6.167.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	2.459.000
davon fällig	
Hj. 2010	803.000
Hj. 2011	815.000
Hj. 2012	601.000
Hj. 2013	240.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 45

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund seit dem Programmjahr 2008 Finanzhilfen zur Förderung der Innenentwicklung über das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 v.H..

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung investiver Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von zentralen Versorgungsbereichen als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2011.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Mehr wegen höherer Einnahmen vom Bund.

883 46	440	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)	413.000	863.800	904.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	3.120.000
davon fällig:	
2012 bis zu	828.000
2013 bis zu	993.000
2014 bis zu	828.000
2015 ff. bis zu	471.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	815.000	418.000		1.233.000
2012	601.000	501.000	828.000	1.930.000
2013	240.000	418.000	993.000	1.651.000
2014		240.000	828.000	1.068.000
2015 ff.			471.000	471.000
Summen	1.656.000	1.577.000	3.120.000	6.353.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2011 EUR
Vorbehalten	4.651.000
Hiervon veranschlagt	1.604.000
Vorbehalten bleiben	3.047.000
davon für	
Hj. 2012	1.547.000
Hj. 2013	1.029.000
Hj. 2014	471.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	3.300.000
Hiervon veranschlagt	180.000
Vorbehalten bleiben	3.120.000
Veranschlagt zusammen	1.784.000
Vorbehalten bleiben	6.167.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 46

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	2.459.000
davon fällig	
Hj. 2010	803.000
Hj. 2011	815.000
Hj. 2012	601.000
Hj. 2013	240.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 45 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen höherer Einnahmen vom Bund.

883 50	440	Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Bundesanteil)	2.445.000	4.614.800	5.142.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 50 geleistet werden.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	5.142.000	1.940.000		7.082.000
2012	3.013.100	2.717.000		5.730.100
2013	1.411.000	1.553.000		2.964.000
2014		1.109.000		1.109.000
2015 ff.				
Summen	9.566.100	7.319.000		16.885.100

Erläuterungen:

Von den Gesamtzwendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorhalten	9.566.000
Hiervon veranschlagt	5.142.000
Vorhalten bleiben	4.424.000
davon für	
Hj. 2012	3.013.025
Hj. 2013	1.410.975
Hj. 2014	0
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzwendungen	0
Hiervon veranschlagt	0
Vorhalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	5.142.000
Vorhalten bleiben	4.424.000

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	14.544.000
davon fällig	
Hj. 2010	4.978.000
Hj. 2011	5.142.000
Hj. 2012	3.013.025
Hj. 2013	1.410.975

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 50

Der Bund stellt im Rahmen des Investitionspakts zwischen Bund, Ländern und Gemeinden jährlich Mittel zur energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Kommunen mit angespannter Haushaltslage und in den Fördergebieten der Bundesländer-Programme zur Städtebauförderung zur Verfügung. Die Finanzhilfen werden über jährliche Verwaltungsvereinbarungen mit einem Verfügungsrahmen über 5 Jahre gewährt und durch das Land als Projektförderung ausgereicht. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Mehr wegen gestiegener Einnahmen aus Bundesmitteln.

883 51 440 Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Landesanteil) 2.445.000 4.614.800 5.142.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	5.142.000	1.940.000		7.082.000
2012	3.013.100	2.717.000		5.730.100
2013	1.411.000	1.553.000		2.964.000
2014		1.109.000		1.109.000
2015 ff.				
Summen	9.566.100	7.319.000		16.885.100

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorbehalten	9.566.000
Hiervon veranschlagt	5.142.000
Vorbehalten bleiben	4.424.000
davon für	
Hj. 2012	3.013.025
Hj. 2013	1.410.975
Hj. 2014	0
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	0
Hiervon veranschlagt	0
Vorbehalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	5.142.000
Vorbehalten bleiben	4.424.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	14.544.000
davon fällig	
Hj. 2010	4.978.000
Hj. 2011	5.142.000
Hj. 2012	3.013.025
Hj. 2013	1.410.975

Siehe Erläuterung bei Titel 883 50. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 50 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen gestiegener Einnahmen aus Bundesmitteln.

883 55 440 Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden 245.000
 neu **(Bundesanteil)**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 55

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 55 geleistet werden.

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	798.000
davon fällig:	
2012 bis zu	213.000
2013 bis zu	255.000
2014 bis zu	213.000
2015 ff. bis zu	117.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			213.000	213.000
2013			255.000	255.000
2014			213.000	213.000
2015 ff.			117.000	117.000
Summen			798.000	798.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2011
	EUR
Vorhalten	1.455.000
Hiervon veranschlagt	203.000
Vorhalten bleiben	1.252.000
davon für	
Hj. 2012	446.000
Hj. 2013	446.000
Hj. 2014	320.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	878.000
Hiervon veranschlagt	45.000
Vorhalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	248.000
Vorhalten bleiben	1.252.000

Nachrichtlich:

Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	EUR
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	0
davon fällig	0
Hj. 2010	0
Hj. 2011	0
Hj. 2012	0
Hj. 2013	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 55

Der Bund gewährt im Rahmen der jährlichen Verwaltungsvereinbarung seit dem Programmjahr 2010 Finanzhilfen zur Förderung des ländlichen Raums im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich jeweils auf 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt jeweils 33 1/3 v.H.

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung kleinerer Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Der Ansatz ergibt sich aus den eingegangenen Verpflichtungen und der VV 2011.

883 56 440 Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil) 245.000
 neu

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	798.000
davon fällig:	
2012 bis zu	213.000
2013 bis zu	255.000
2014 bis zu	213.000
2015 ff. bis zu	117.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			213.000	213.000
2013			255.000	255.000
2014			213.000	213.000
2015 ff.			117.000	117.000
Summen			798.000	798.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2011 EUR
Vorbehalten	1.455.000
Hiervon veranschlagt	203.000
Vorbehalten bleiben	1.252.000
davon für	
Hj. 2012	446.000
Hj. 2013	446.000
Hj. 2014	320.000
Hj. 2015 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	878.000
Hiervon veranschlagt	45.000
Vorbehalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	248.000
Vorbehalten bleiben	1.252.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 56

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2009 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	0
davon fällig	
Hj. 2010	0
Hj. 2011	0
Hj. 2012	0
Hj. 2013	0

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 55. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 55 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

892 10	440	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaues	162.649	162.700	162.700
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	162.700			162.700
2012	162.700			162.700
2013	162.700			162.700
2014				
2015 ff.				
Summen	488.100			488.100

Erläuterungen:

Das MIL lässt auf der Grundlage von Submissionsergebnissen einen sog. Kostenkatalog für den Bereich der Städtebauförderung seit 1992 erstellen und kontinuierlich fortschreiben. Die hierbei gewonnenen Daten sind Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der beantragten und abgerechneten Förderungen. Sie dienen gleichzeitig als vom Land vorgegebene Richtsätze im Zusammenhang mit der Baufachlichen Prüfung nach Nr. 6.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO.

Die Fortführung dieser Datensammlung ist somit integraler Bestandteil des Förderverfahrens. Außer dem MIR greifen neben anderen Ressorts auch das Ministerium der Finanzen und der Landesrechnungshof (kostenfrei) auf diesen Katalog zurück.

Summe HGr. 8:	100.854.000	100.916.400
---------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	500.000	250.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	87.800	74.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	50.358.000	52.740.000
Gesamteinnahme		50.945.800	53.064.300

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	224.100	340.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.500	108.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	100.854.000	100.916.400
Gesamtausgabe		101.086.600	101.365.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-50.140.800	-48.301.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	419	Gebühren, sonstige Entgelte	7.049	5.500	4.500
--------	-----	------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen.

119 10	419	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	---------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Straf- und Verzugszinsen u.ä.

119 15	419	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0
--------	-----	-----------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

182 10	411	Darlehensrückflüsse aus der Wohnraumförderung	1.656.605	0	1.500.000
--------	-----	--	------------------	----------	------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 892 10 und 893 13.

Erläuterungen:

Die Rückflüsse aus ab 2007 ausgereichten Darlehen aus Kompensationsleistungen auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes werden vereinnahmt und wieder für die Wohnraumförderung eingesetzt. Die Kompensationsmittel des Bundes sind zweckgebunden.

siehe Erläuterung zu Titel 893 13

Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

Summe HGr. 1:	5.500	1.504.500
---------------	--------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld	27.952.899	28.000.000	25.000.000
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 681 00.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 2:	28.000.000	25.000.000
---------------	-------------------	-------------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	411	Zuweisungen des Bundes zur Wohnraumförderung	26.287.500	28.039.000	27.904.000
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 893 11 und 893 13 verwendet werden.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Die Zuweisungen dienen der Finanzierung neuer Fördermaßnahmen im Wege der Projektförderung.

Weniger wegen Veranschlagung bei Titel 331 20.

331 20	411	Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	3.989.500	2.238.000	2.373.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 893 11 und 893 12 verwendet werden.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zur Ausfinanzierung der bis zum 31. Dezember 2006 eingegangenen Verpflichtungen zu. Die zweckgebundenen Einnahmen werden über die Titel 893 11 und 893 12 dem Wohnungsbauvermögen direkt zugeführt.

331 40	440	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung von Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren	557.000	555.000	555.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 893 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die zweckgebundenen Einnahmen werden über den Titel 893 20 dem Wohnungsbauvermögen zugeführt.

siehe Erläuterungen bei Titel 893 20

Summe HGr. 3:			30.832.000	30.832.000	30.832.000
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10 419 **Kosten für Gutachten** 105.043 76.900 69.200

Erläuterungen:

Es sind Gutachten zur Weiterentwicklung der Wohnungspolitik, zur Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen der zukünftigen Wohnraumförderung und zur Vereinfachung des Wohngeldverfahrens vorgesehen.

541 10 419 **Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen** 173.107 60.600 54.500

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	50.000
davon fällig:	
2012 bis zu	50.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		50.000		50.000
2012			50.000	50.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		50.000	50.000	100.000

Erläuterungen:

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Fachveranstaltungen und Workshops zu Schwerpunktthemen der Wohnungspolitik im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des generationsgerechten Wohnens vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

Die Ergebnisse und Auswertungen von Tagungen sollen für Wohnungsunternehmen, Gemeinden und Fachöffentlichkeit durch Ausstellungen und Dokumentationen zugänglich gemacht werden.

541 20 419 **Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen** 9.000 20.000 18.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 541 20

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	10.000
davon fällig:	
2012 bis zu	10.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		10.000		10.000
2012			10.000	10.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		10.000	10.000	20.000

Erläuterungen:

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind Fortbildungsveranstaltungen zum Wohnungs- und Wohngeldrecht.

546 10 419 Sonstiges **0 0 0**

546 40 419 Sonstige Gebühren und Entgelte im Zusammenhang mit der Durchführung des Wohngeldgesetzes **0 6.500 3.600**

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren sowie Entgelte für den verpflichtenden Datenabgleich zwischen IT-Dienstleister und der Datenstelle der Rentenversicherung bei der Durchführung des Wohngeldgesetzes.

Summe HGr. 5: **164.000 145.300**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

661 10 411 Zinszuschüsse entsprechend des Altschuldenhilfegesetzes **0 0 0**

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Entsprechend § 7 des Altschuldenhilfegesetzes übernehmen Bund und Land für die Wohnungsunternehmen oder privaten Vermieter für die auf Altverbindlichkeiten zu zahlenden Zinsen jeweils 50 v.H.. Berechnungsgrundlage sind die der Wohnfläche des Unternehmens oder des privaten Vermieters nach § 4 Abs. 1 des ASHG zuzuordnenden Altverbindlichkeiten. Die Abwicklung erfolgt auf der Grundlage des 2. Nachtrages zum Mandatarvertrag voraussichtlich bis 2010.

663 11 411 Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke **4.395.937 0 0**

Minderausgaben im Epl. 11 können zum jeweiligen Jahresabschluss mit Einwilligung des MdF zur Leistung von Mehrausgaben, soweit sie der Deckung von Altverbindlichkeiten dienen, herangezogen werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 663 11

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

681 00 233 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz 55.900.660 56.000.000 50.000.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Das Wohngeld ist keine Leistung im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 34 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

682 30 411 Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen 2.005.973 2.100.000 2.300.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	2.300.000			2.300.000
2012	1.200.000			1.200.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen	3.500.000			3.500.000

Erläuterungen:

Ausfinanzierung der im Rahmen des KfW-Wohnraummodernisierungsprogramms II auf der Grundlage des Vertrages vom 8. Februar 2000 (letztmalig geändert am 27. Februar 2001) zwischen dem Bund, den neuen Bundesländern, Berlin und der KfW eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen zur Vergabe von Zuschüssen für die 10-jährige Zinsverbilligung von Darlehen zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum für die Programmjahre 2000, 2001 und 2002.

Summe HGr. 6: 58.100.000 52.300.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10 411 Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln 329.987 350.000 0

Ausgaben dürfen aus Einnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	380.000
davon fällig:	
2012 bis zu	160.000
2013 bis zu	220.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 892 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	238.000	155.000		393.000
2012		238.000	160.000	398.000
2013			220.000	220.000
2014				
2015 ff.				
Summen	238.000	393.000	380.000	1.011.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die bautechnische Prüfung im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung als Voraussetzung für die Bewilligung von Fördermitteln, die Baukontrolle und die Schlussrechnungsprüfung einschließlich Verwendungsnachweisprüfung. Die Begleitung der Fördermaßnahmen erfolgt regelmäßig über einen Zeitraum von rd. 3 Jahren.

Siehe Erläuterungen bei Titel 893 13.

Die Ausgaben werden ab 2011 aus den Darlehensrückflüssen der Wohnraumförderung finanziert.

893 11	411	Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Siehe Vermerk bei den Titeln 331 10 und 331 20.

Erläuterungen:

Erläuterungen zu den Titeln 663 11 und 893 11:

Mit dem Gesetz über das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17. Dezember 1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 1. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg verwaltet.

Veranschlagt sind die anteiligen Mittel des Landes sowie Kompensationsmittel des Bundes zur Ausfinanzierung der bis zur Errichtung des Sondervermögens entstandenen Verpflichtungen. Das Land beteiligt sich ab 2009 nicht mehr an der Ausfinanzierung.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 893 11

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

Titel	Ist 2009 EUR	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2011 EUR
Einnahmen			
111 Gebühren und sonstige Entgelte	92.912	60.000	80.000
112 Geldstrafen, Geldbußen	0	0	C
119 Sonstige Verwaltungseinnahmen	1.122.588	250.000	250.000
162 Zinseinnahmen	607.880	0	5.248.000
182 Darlehensrückflüsse	143.053.988	97.000.000	95.000.000
185 Rückforderung von Fördermitteln ausgereichter Darlehen	120.892	0	C
222 Konsumtive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	15.855.775	0	C
davon:			
Schuldendiensthilfen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	15.855.775	0	C
251 Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	C
325 Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	365.000.000	191.500.000	565.500.000
332* Investive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	4.426.525	2.703.000	2.838.000
davon			
1. Zuweisungen für die Wohnungsbauprogramme 1991-1996	0	0	C
2. Zuweisungen LWV zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes 1997 - 2006 - Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG	0	0	2.033.000
3. Zuweisungen LWV zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes 1991 - 2006 - Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG	3.989.500	2.238.000	340.000
4. Bundesfinanzhilfen nach Art. 104a (alt) GG (Städtebaul. Maßnahmen - innerstädt. Wohneigentumsbildung)	437.025	465.000	465.000
Zusammen	530.280.559	291.513.000	668.916.000
(darunter Bundesfinanzhilfen 2010 gesamt)	4.426.525	2.703.000	2.838.000

* Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 143c GG (Wohnungsbauprogramme 1997 bis 2006 und städtebauliche Maßnahmen - innerstädtisches Wohneigentum ab 2004) erfolgt über investive Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 893 11

Titel	Ist 2009 EUR	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2011 EUR
Ausgaben			
546 Sonstige Verwaltungsausgaben	252.990	0	0
575 Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen	88.294.706	104.403.300	102.787.629
davon:			
1. Zinsausgaben für Kontokorrentkredite	0	100.000	100.000
2. Zinsausgaben für zinssichernde Maßnahmen - Zinsswap	0	1.500.000	20.310.250
3. Zinsausgaben für Termingeld - außerhalb Zinsswap	0	0	854.000
4. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 1997-2008	88.294.706	80.665.000	67.934.352
5. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2009	0	20.900.000	2.424.500
6. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2010	0	1.238.300	9.556.000
7. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2011	0	0	1.608.527
595 Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen	295.510.505	99.262.700	551.467.091
davon:			
1. Tilgungsausgaben für Zinsswap	0	0	164.688.200
2. Tilgungsausgaben für Termingeld - außerhalb Zinsswap	0	0	41.500.000
3. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 1997-2008	295.510.505	88.382.700	341.887.391
4. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2009	0	10.500.000	0
5. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2010	0	380.000	2.891.500
6. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2011	0	0	500.000
651 Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
663 Schuldendiensthilfen (Ausfinanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschl. 1996)	115.829.325	59.846.500	0
671 Erstattungen an Inland (Umsatzsteuer)	174.852	200.000	200.000
685 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
863 Darlehen	11.854.377	16.521.700	9.152.280
davon:			
1. Wohnungsbaudarlehen (Ausfinanzierung der Haushaltsdarlehen bis 1996)	5.790.564	4.985.300	3.048.000
2. Auszahlung aus Plafondsdarlehen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	268.111	1.624.700	257.700
3. Wohnungsbaudarlehen LWV 1997-2006	5.795.702	9.911.700	5.846.580
893 Investive Zuschüsse	9.272.378	11.278.800	5.309.000
davon:			
1. Wohnungsbauzuschüsse (Ausfinanzierung der Programme bis 1996)	8.195.056	10.000.000	4.200.000
2. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Ausfinanzierung der Programmjahre 1997-2006)	1.077.322	1.278.800	1.109.000
912 Zuführungen an Rücklagen	0	0	0
Zusammen	521.189.132	291.513.000	668.916.000

893 12 411 **Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes und des Landes** **3.989.500** **2.238.000** **2.373.000**

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Ausfinanzierung der im Rahmen der Kompensationszahlungen nach Art. 143c GG übernommenen Altverpflichtungen des Bundes und des Landes für die Soziale Wohnraumförderung für die Programmjahre bis einschließlich 2006. Die Mittel werden dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt. Siehe Erläuterung bei Titel 331 20.

Mehr infolge der zusätzlichen Ausfinanzierung von Altverpflichtungen des Landes.

893 13 411 **Zuweisungen zur Wohnraumförderung** **23.355.953** **28.039.000** **27.904.000**

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 893 13

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	31.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	16.000.000
2013 bis zu	15.000.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	7.681.600	17.800.000		25.481.600
2012		11.000.000	16.000.000	27.000.000
2013			15.000.000	15.000.000
2014				
2015 ff.				
Summen	7.681.600	28.800.000	31.000.000	67.481.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Wohnraumförderung beginnend ab 2007. Es handelt sich um Kompensationsleistungen des Bundes nach Art. 143c GG. Vorgesehen ist der Einsatz für die Förderung von Wohneigentum und Mietwohnungen im Wege der Projektförderung.

Gefördert wird selbst genutztes Wohneigentum in Innenstädten mit Zuschüssen und Darlehen, die generationsgerechte Anpassung von Mietwohngebäuden durch Modernisierung und Instandsetzung mit Darlehen sowie die Nachrüstung barrierefreier Zugänge mit Zuschüssen. Des Weiteren werden Maßnahmen zur behindertengerechten Wohnraumanpassung und der Erwerb von Geschäftsanteilen an Wohnungsgenossenschaften mit Zuschüssen gefördert. Die Förderung ist in den jeweiligen Richtlinien geregelt.

893 20 440 **Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen zur Wohneigentumbildung in innerstädtischen Altbauquartieren** **603.449** **645.000** **645.000**

Siehe Vermerk bei Titel 331 40.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	170.000			170.000
2012	90.000			90.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen	260.000			260.000

Erläuterungen:

Ausfinanzierung eingegangener Verpflichtungen.

Das Programm wurde 2006 vollständig bewilligt. Für die Ausfinanzierung der Bewilligungen bis 2003 werden Mittel aus dem Landeshaushalt zur Komplementierung bereitgestellt. Für die Ausfinanzierung der Bewilligungen ab 2004 erfolgt die Komplementierung der Bundesmittel aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Siehe Erläuterungen bei Titel 893 11.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 8: **31.272.000** **30.922.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	5.500	1.504.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	28.000.000	25.000.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	30.832.000	30.832.000
Gesamteinnahme		58.837.500	57.336.500

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	164.000	145.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	58.100.000	52.300.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	31.272.000	30.922.000
Gesamtausgabe		89.536.000	83.367.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-30.698.500	-26.030.800

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 080 **Forstwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	512	Sonstige Einnahmen	0	0	0
125 12	812	Verrechnungstitel Holzeinnahmen	0	0	0

Erläuterungen:

Der Titel wird zur Gewährleistung der Skontoverrechnung im Holzgeschäft über das HKR-Verfahren angesprochen.

Summe HGr. 1:	0	0
---------------	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

286 10	528	Erstattungen der EU für Leistungen im Landes- und Gesamtwald	446.394	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 682 15 und 891 10.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(272 10)	528	Zuschüsse der EU für forstliche Maßnahmen im Landes- und Gesamtwald	0	0	
----------	-----	---	---	---	--

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

352 10	950	Entnahme aus der Risikorücklage Wirtschaftsbetrieb	2.117.991	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Siehe Titel 912 10 und Erläuterung Nr. 4 und 5 bei HGr. 6.

352 11	950	Entnahme aus der Rücklage für Drittmittelprojekte	936.875	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

Siehe Titel 912 11 und Erläuterung Nr. 4 und 5 bei HGr. 6.

356 10	950	Entnahme aus der Rücklage zur Unterhaltung der Forstliegenschaften	4.755.334	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Siehe Titel 916 10 und Erläuterung Nr. 4 und 5 bei HGr. 6.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 20)	950	Entnahme aus der Investitionsrücklage	0	0	
----------	-----	---------------------------------------	---	---	--

(382 10)	990	Einnahmen aus Beiträgen nach dem Holzabsatzfondsgesetz	23	0	
----------	-----	--	----	---	--

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	---	---

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 080 Forstwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 72 Walderhaltungsabgabe

099 72	549	Walderhaltungsabgabe	288.582	0	0
---------------	-----	-----------------------------	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zu Leistungen von Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.

Erläuterungen:

Walderhaltungsabgabe gemäß § 8 Abs. 4 Landeswaldgesetz.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 72	0	0
-----------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

518 25	512	Mietzahlungen an den BLB	1.193.123	1.283.500	1.545.100
---------------	-----	---------------------------------	------------------	------------------	------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume
 Anschrift des Objektes (Nutzer)

		2011 EUR
1.	LFB, BT LFE, Alfred-Möller-Straße 1, 16225 Eberswalde	442.100
2.	LFB, BT LFE, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke	146.500
3.	LFB, BT Alt Ruppín, Friedrich-Engels-Straße 33a, 16827 Neuruppín OT Alt Ruppín	71.500
4.	LFB, BT Templín, Vietmannsdorfer Straße 39, 17268 Templín	76.700
5.	LFB, BT Eberswalde, Tramper Chaussee, 16255 Eberswalde	115.400
6.	LFB, BT Belzig, Forstweg 8, 14806 Belzig	75.800
7.	LFB, BT Müllrose, Bahnhofstraße 57, 15299 Müllrose	56.800
8.	LFB, BT Lübben, Bergstraße 25, 15907 Lübben (Spreewald)	104.500
9.	LFB, BT Peitz, August-Bebel-Straße 27, 03185 Peitz	98.200
10.	LFB, BT Wünsdorf, Steinplatz, 15838 Waldstadt	97.600
11.	LFB, Betriebszentrale, Zeppelinstraße 136, 14471 Potsdam	260.000
12.	LFB, BT Kyritz, Karnzow Nr. 4, 16866 Kyritz	0
13.	LFB, BT Doberlug Kirchhain, Lindenaer Str. 5b, 03253 Doberlug Kirchhain	0
14.	LFB, BT, Eberswalder Chaussee 3, 15377 Waldsiefersdorf	0
	Summe	1.545.100

Mehr wegen Veranschlagung von Mietzahlungen an den BLB auf der Grundlage der abgeschlossenen Einzelnutzungsvereinbarungen (ENV).

Die Deckung des Mehraufwandes für Fremdanmietung und Betriebskostenerhöhung erfolgt durch Reduzierung im Titel 682 10. Im Zuge der Umsetzung der Betriebsanweisung des Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) wird es 2011 zu Veränderungen in der Mietobjektstruktur kommen, weshalb die Positionen 12, 13 und 14 vorsorglich aufgeführt werden.

546 15	512	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	0	0
---------------	-----	--	----------	----------

aus Titelgruppen:	92.000	77.900
--------------------------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:	1.375.500	1.623.000
----------------------	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Die Erläuterungen in Punkt 1 bis 7 sind verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Gem. Kabinettsbeschlüsse 400/06 und 537/07 erhält der Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) ab 2015 keinen Zuschuss mehr zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (Titel 682 10). Bis dahin ist der Zuschuss schrittweise zurückzuführen. Die Zuweisungen für die gemeinwohlorientierten und hoheitlichen Aufgaben (Titel 682 15) sind jährlich um 2,5 % zu reduzieren, incl. bisheriger Tarifierhöhungen auf 48,13 Mio. € im Jahr 2015.

Da der LFB erst ab 2011 eine doppelte Buchführung einführt und eine Eröffnungsbilanz erstellt, erfolgt die Aufstellung des Wirtschaftsplanes abweichend von den VV Nr. 1.3 und Nr. 1.6 zu § 26 LHO (Anlage 6 und 7 zur Bilanzierungsrichtlinie) in der bisher üblichen Form.

Mit den folgenden Erläuterungen werden die Bestimmungen aus Errichtungserlass und Betriebsanweisung für den LFB im Haushaltsplan aufgenommen.

LFB, Titel 682 10 bis 682 57 - Siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080.

Zuweisungen und Zuschüsse an den Wirtschaftsplan des LFB

- Die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Produktbereiche und Produktgruppen sind verbindlich. Nach diesen erfolgt die Planung und Abrechnung auf der Grundlage einer Kostenleistungsrechnung. Die im Wirtschaftsplan enthaltenen Mittel sind auf das nächste Jahr übertragbar.
- Der LFB erhält Globalzuweisungen getrennt für die Bereiche "Landeswaldbewirtschaftung" (Titel 682 10) und für "Gemeinwohl und Hoheit" (Titel 682 15). Die Forstliegenschaften (Titel 682 55) sind aus eigenen Einnahmen zu finanzieren.
- Die Titel der HGr. 6 sind mit Ausnahme Titel 682 55, Liegenschaften, gegenseitig deckungsfähig. Titel 682 55 kann aus den Titeln 682 10 und 682 15 einseitig verstärkt werden. Titel 891 10 kann aus den Titeln 682 10, 682 15 und 682 55 verstärkt werden.
Mehreinnahmen sowie über- und außerplanmäßige Zuweisungen Dritter können in der HGr. 6 zur Verstärkung der Aufwendungen herangezogen werden.
- Gemäß § 8 Abs. 3 der Betriebsanweisung für den LFB kann unter den dort genannten Voraussetzungen eine Risikorücklage für die Landeswaldbewirtschaftung gebildet werden. Die Zuführung wird im Titel 912 10, die Entnahme aus Titel 352 10 vorgenommen. Einnahmen bei Titel 352 10 dienen somit zur Deckung konjunkturbedingter Mehrausgaben bei Titel 682 10.
Einnahmen im Liegenschaftsbereich, Titel 682 55, die im Laufe des Haushaltsjahres noch nicht für Flächenarrondierungen oder für die Bauunterhaltung verwendet wurden, bzw. nach rechtlicher Bindung noch nicht abgeflossen sind, werden einer Rücklage im Titel 916 10 zugeführt. Die Entnahme erfolgt aus Titel 356 10. Soweit die Rücklage aus Flächenverkäufen resultiert, sind die Mittel für Arrondierungsankäufe einzusetzen, ansonsten für die Sanierung des Gebäudebestandes. Soweit projektbezogene Zuweisungen Dritter im laufenden Haushaltsjahr nicht vollständig verbraucht werden, sind diese einer Rücklage im Titel 912 11 zuzuführen. Die Entnahme erfolgt aus Titel 352 11 und dient zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 682 15 für drittfinanzierte Projekte.
- Die am Jahresende nachgewiesenen Mehreinnahmen bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes können bis zu einer Höhe von 20 % der durchschnittlichen Jahreseinnahmen aus Holzverkäufen der letzten 5 Jahre der Risikorücklage im Titel 912 10 zugeführt werden. Der im Titel 682 15 auf drittfinanzierte Projekte entfallende Anteil sowie Überschüsse im Titel 682 55, Liegenschaften, werden zu 100 % der Rücklage zugeführt.
- Die Verwaltung der dem LFB in das wirtschaftliche Eigentum übertragenen Liegenschaften hat kostendeckend zu erfolgen. Aufkommende Einnahmen bei Titel 682 55 können zur Deckung der Aufwendungen für den Bereich Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bei Forstgebäuden, 0011171111 des Investitionsplanes Teil B verwendet werden. Verkäufe von Landeswaldflächen sind ausschließlich zur Arrondierung und für Investitionen im Sinne des Investitionsvorranggesetzes zulässig.
Die daraus resultierenden Einnahmen sind für Arrondierungsankäufe zur Erhaltung und Verbesserung der Struktur des Landeswaldes einzusetzen.
- Der Stellenplan (vgl. Anlage zum Kapitel 11 080) ist verbindlich.
Die Finanzierung der in den Titeln 682 52, 682 53 und 682 56 veranschlagten Personalausgaben soll durch zusätzliche Einnahmen über Titel 682 57 erfolgen (siehe Vermerk unter Titel 682 57).

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landesbetrieb Forst Brandenburg (HGr. 6 ohne Titelgruppen einschließlich Investitionen, Titel 891 10)

	Zuwendungsbedarf	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Personalausgaben	91.888.192	107.458.000	96.984.500
2.	Sachausgaben	46.983.001	50.259.600	50.554.000
3.	Ausgaben für Investitionen	3.689.040	2.400.000	2.400.000
4.	Planmäßige eigene Einnahmen	-69.456.849	-64.682.400	-65.975.000
5.	Zusätzliche Einnahmeziele	-1.442.856	-21.451.600	-16.775.700
	Summe	71.660.528	73.983.600	67.187.800

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 080 **Forstwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Zuwendungen der EU	0	0	0
2.	Zuweisungen des Landes	67.971.487	71.583.600	64.787.800
3.	Investitionszuweisung des Landes	3.689.040	2.400.000	2.400.000
Summe		71.660.527	73.983.600	67.187.800

Die Auswirkungen der Tarifabschlüsse sind bis auf Einmalzahlungen im Waldarbeiterbereich eingearbeitet.

682 10	812	Zuschüsse für die Bewirtschaftung des Landeswaldes	8.728.698	17.523.800	13.788.100
---------------	------------	---	------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Ausgaben		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Personalausgaben Verwaltung	17.137.598	13.093.400	17.850.000
2.	Sachausgaben Verwaltung	2.801.058	5.200.000	3.403.000
3.	Steuern und Abgaben Wirtschaftsbetrieb	3.996.642	4.070.000	4.000.000
4.	Personalausgaben Waldarbeiter	14.418.830	20.560.400	16.065.100
5.1	Sachausgaben Wirtschaftsbetrieb Material	2.812.755	2.800.000	2.800.000
5.2	Sachausgaben Wirtschaftsbetrieb Unternehmerleistungen	20.564.615	23.800.000	23.800.000
Summe		61.731.498	69.523.800	67.918.100

Finanzierung der Ausgaben		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Eigene Einnahmen	53.002.800	52.000.000	54.130.000
2.	Zuschüsse des Landes	8.728.698	17.523.800	13.788.100
Summe		61.731.498	69.523.800	67.918.100

Zur Darstellung der Aufwendungen und Beträge nach Produktbereichen und Produktgruppen siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080.

siehe Vermerk und Erläuterungen zu HG 6.

682 15	512	Zuweisungen zur Wahrnehmung von Gemeinwohl- und hoheitlichen Leistungen	56.554.119	52.935.300	52.465.200
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Mehrausgaben dürfen in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 286 10 geleistet werden, soweit sie nicht bereits bei Titel 891 10 geleistet wurden.

Erläuterungen:

Ausgaben		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Personalausgaben Verwaltung für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen	34.943.288	35.363.300	28.854.200
2.	Sachausgaben Verwaltung für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen	8.832.731	8.608.500	8.550.000
3.	Steuern und Abgaben für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen	6.000	30.000	6.000
4.	Personalausgaben Waldarbeiter für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen	17.976.884	14.798.500	18.000.000
5.1	Sachausgaben Material für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen	2.482.300	1.475.000	2.000.000
5.2	Sachausgaben Unternehmer für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen	3.835.500	3.360.000	3.500.000
Summe		68.076.703	63.635.300	60.910.200

Finanzierung der Ausgaben		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Eigene Einnahmen	11.522.583	10.700.000	8.445.000
2.	Zuschüsse des Landes	56.554.120	52.935.300	52.465.200
Summe		68.076.703	63.635.300	60.910.200

Zur Darstellung der Aufwendungen und Beträge nach Produktbereichen und Produktgruppen siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080.

682 51	812	Entgelte der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeit (aktive Phase)	10.709.300	0
---------------	------------	---	-------------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 682 51

Erläuterungen:

Nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit (TV ATZ) i.V.m. der jeweils geltenden Umsetzungsvereinbarung befinden sich ab dem 01.01.2011 378 Mitarbeiter des LFB in der aktiven Phase der Altersteilzeit. Mit der Umorganisation 2011 arbeiten diese Mitarbeiter in der Zielstruktur (Titel 682 10, 682 15) oder in Projekten (Titel 682 56). Eine gesonderte Personalausgabenveranschlagung erfolgt insofern nicht mehr.

		Beamte	Beschäftigte	Waldarbeiter
1.	Altersteilzeit aktiv 2011	58	123	197
	Summe	58	123	197

682 52 512 Entgelte der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeit (passive Phase) 0 3.314.400

Erläuterungen:

Die erforderlichen Personalausgaben sollen gemäß Erläuterung Nr. 7 aus Titel 682 57 finanziert werden.

Nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit (TV ATZ) i.V.m. der jeweils geltenden Umsetzungsvereinbarung befinden sich ab dem 01.01.2011 159 Mitarbeiter des LFB in der passiven Phase der Altersteilzeit.

		Beamte	Beschäftigte	Waldarbeiter
1.	Altersteilzeit passiv 2011	16	63	80
	Summe	16	63	80

682 53 512 Ausgaben für Mitarbeiter in Umschulung 0 1.690.000

Erläuterungen:

Die erforderlichen Personalausgaben sollen gemäß Erläuterung Nr. 7 zu HGr. 6 aus Titel 682 57 finanziert werden

Veranschlagt sind personalbezogene Ausgaben für Mitarbeiter, die sich mit der Absicht eines Wechsels in andere Bereiche der Landesverwaltung umschulen oder für die nach der Umschulung in den aufnehmenden Verwaltungen noch keine Stellen und Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen.

Eine anteilige Finanzierung aus Kapitel 20 020, TGr. 60 oder aus den aufnehmenden Dienststellen fließt Titel 682 57 zu.

		Beschäftigte	Waldarbeiter
1.	Ausbildung mittlerer Polizeidienst	1	7
2.	Ausbildung zum mittleren feuerwehrtechnischen Dienst	0	5
3.	Ausbildung zum Finanzwirt und Diplomfinanzwirt	14	0
4.	Ausbildung zum Justizvollzugsdienst	0	2
5.	Ausbildung Pflanzenschutz	5	5
	Summe	20	19

682 55 512 Forstliegenschaften -1.248.567 0 0

Erläuterungen:

	Ausgaben	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Personalausgaben für Verwaltung und Liegenschaftsbewirtschaftung	2.031.500	1.032.700	905.000
2.	Sachausgaben für Liegenschaften	1.554.284	830.600	2.400.000
3.	Steuern und Abgaben für Liegenschaftsbewirtschaftung	97.116	85.500	95.000
4.	Personalausgaben Waldarbeiter für Liegenschaftsbewirtschaftung	0	33.600	0
	Summe	3.682.900	1.982.400	3.400.000

	Finanzierung der Ausgaben	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Eigene Einnahmen	4.931.467	1.982.400	3.400.000
2.	Zuweisungen des Landes	-1.248.567	0	0
	Summe	3.682.900	1.982.400	3.400.000

Zur Darstellung der Aufwendungen und Beträge nach Produktbereichen und Produktgruppen siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

682 56	812	Ausgaben für Personal in Projekten	5.380.092	11.866.800	10.305.800
---------------	-----	---	------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Die erforderlichen Personalausgaben sollen gemäß Erläuterung Nr. 7 zu HGr. 6 aus Titel 682 57 finanziert werden.

Mitarbeiter, die nach der vorgesehenen Umorganisation nicht zur Wahrnehmung der Aufgaben Landeswaldbewirtschaftung oder Gemeinwohl / Hoheit eingesetzt sind, werden in Projekten innerhalb des LFB oder in der Landesverwaltung eingesetzt.

siehe Vermerk und Erläuterung zu HG 6.

682 57	812	Einnahmezielstellung zur Deckung der Personalausgaben der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit, Umschulung und Projekten	-1.442.856	-21.451.600	-16.775.700
---------------	-----	---	-------------------	--------------------	--------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der im Vergleich zu den Personalzielzahlen in den Betriebsteilen des LFB bestehende Personalmittelmehrbedarf in den Titeln 682 52, 682 53 und 682 56 soll über zusätzliche Einnahmen finanziert werden.

Soweit die Finanzierung des Personalmittelmehrbedarfes nicht durch Mehreinnahmen aus Holzabsatz, Einsatz bei den Wasser- und Bodenverbänden oder anderen Projektfinanzierungen (siehe Erläuterungen zu Titel 682 53) abgesichert werden kann, ist die Finanzierung über Einzelplan 11, ggf. durch Personalverstärkungsmittel über das MdF, abzusichern.

Siehe auch Erläuterungen zu HG 6.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(682 21)	812	EU kofinanzierte Maßnahmen im Landes- und Gesamtwald	0	0	
-----------------	-----	---	----------	----------	--

aus Titelgruppen:			130.400	135.900	
--------------------------	--	--	----------------	----------------	--

Summe HGr. 6:			71.714.000	64.923.700	
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080.

Zuschüsse für Investitionen des LFB

1. Die Ansätze für Investaufwendungen im Finanzplan sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Einsparungen oder Mehrerträge gegenüber den im Haushaltsplan unter HGr. 6 ausgewiesenen Ansätze dürfen zur Verstärkung der Investitionsaufwendungen herangezogen werden.

891 10	812	Zuschüsse für Investitionen des Landesbetrieb Forst Brandenburg	3.689.040	2.400.000	2.400.000
---------------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 286 10 geleistet werden, soweit sie nicht bereits im Titel 682 15 geleistet wurden.

Erläuterungen:

	Ausgaben	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Ersatzinvestitionen	613.996	1.520.000	1.520.000
2.	Investitionen	3.075.044	880.000	880.000
	Summe	3.689.040	2.400.000	2.400.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 891 10

Nr.	Finanzierung der Ausgaben	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Zuschüsse des Landes	3.689.040	2.400.000	2.400.000
2.	Zuschüsse EU / Bund	0	0	0
	Summe	3.689.040	2.400.000	2.400.000

Übersicht Invest nach Haushaltssystematik		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
1.	Dekontaminierung TÜP Lieberose	2.882.048	0	0
2.	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	35.839	155.000	360.000
3.	Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen (Verwaltung)	67.237	75.000	75.000
4.	Erwerb von Technik für die Bewirtschaftung des Landes- waldes	424.937	1.400.000	1.250.000
5.	Erwerb von Geräten für die Bewirtschaftung des Landes- waldes	33.101	120.000	50.000
6.	Investitionen für IT-Fachverfahren	245.878	650.000	665.000
	Summe	3.689.040	2.400.000	2.400.000

Summe HGr. 8: **2.400.000** **2.400.000**

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

912 10 950 Zuführung zu der Risikorücklage Wirtschaftsbetrieb 0 0 0

Siehe Titel 352 10 und Erläuterung Nr. 4 und 5 bei HGr. 6.

912 11 950 Zuführung zu der Rücklage für Drittmittelprojekte 724.078 0 0

Siehe Titel 352 11 und Erläuterung Nr. 4 und 5 bei HGr. 6.

916 10 950 Zuführung zu der Rücklage zur Unterhaltung der Forstliegen-
schaften 5.228.656 0 0

Siehe Titel 356 10 und Erläuterung Nr. 4 und 5 bei HGr. 6.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 20) 950 Zuführung zu der Investitionsrücklage 0 0

(982 10) 990 Abführungen der Beiträge nach dem Holzabsatzfondsgesetz 23 0

Summe HGr. 9: 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 71 Oberste Forst- und Jagdbehörde

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

526 71	512	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	9.468	41.000	32.000
---------------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Kooperationsvereinbarung Phönix	10.000
2. Bleifreimonitoring	5.500
3. Sonstiges	16.500
Summe	32.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 71	512	Sonstiges	47.898	51.000	45.900
---------------	-----	------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Wildursprungsscheine	11.000
2. Wildmarken	22.000
3. Vermischte Ausgaben	12.900
Summe	45.900

683 71	512	Zuschuss bei Waldbränden	51.704	52.800	52.800
---------------	-----	---------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Bei Waldbrandschäden in Körperschafts- und Privatwald erhält der Waldbesitzer auf Antrag nach Maßgabe des Haushaltes 80 vom Hundert der entsprechenden Wiederaufforstungskosten als Zuschuss durch das Land, soweit vom Schädiger kein Ersatz zu erlangen ist.

686 71	512	Beiträge an Vereine und Organisationen	80.407	77.600	83.100
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Beiträge und Kostenbeteiligungen des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft an forstwirtschaftlichen Vereinen und Organisationen:

	2011 EUR
1. Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.	3.700
2. Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e.V.	68.900
3. Tarifgemeinschaft Deutscher Länder - Projektgruppe Tarifpflege	4.800
4. Landesbeirat Holz	5.700
Summe	83.100

Die Veranschlagung erfolgte in Höhe der Beitragssätze.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 71	222.400	213.800
--	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

TGr. 72 Walderhaltungsabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 72 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Verwendungsmöglichkeiten der Walderhaltungsabgabe sind: Maßnahmen für Waldstabilisierung, Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes, Erstaufforstung, Anlage von Waldrändern und Rekultivierung zum Zwecke der Erstaufforstung

633 72	549	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
682 72	549	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an den Landesbetrieb Forst Brandenburg	0	0	0
686 72	549	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an Privatwaldbesitzer	0	0	0
821 72	549	Zuschüsse für den Grunderwerb mit dem Ziel der Erstaufforstung an den Landesbetrieb Forst Brandenburg	0	0	0
883 72	549	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
891 72	549	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an den Landesbetrieb Forst Brandenburg	0	0	0
893 72	549	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an Privatwaldbesitzer	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 0 0

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 222.400 213.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	0	0
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.375.500	1.623.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	71.714.000	64.923.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.400.000	2.400.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		75.489.500	68.946.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-75.489.500	-68.946.700

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Erfolgsplan					
Erträge					
<u>Landeswaldbewirtschaftung</u>					
68210	10.1.1	Holz	47.602.300	47.552.000	48.730.000
68210	10.1.2	Sonstige forstliche Produkte	2.481.500	1.388.000	2.480.000
68210	10.1.3	Jagd	2.632.400	2.700.000	2.630.000
68210	10.1.4	Waldliegenschaften	286.600	360.000	290.000
68210	10.1.9	Zuschüsse des Landes	8.728.698	17.523.800	13.788.100
Summe zu Kto.Grp. 68210:			61.731.498	69.523.800	67.918.100
Summe zu Landeswaldbewirtschaftung			61.731.498	69.523.800	67.918.100
<u>Gemeinwohl und Hoheit</u>					
68215	15.2.1	Natur- und Landschaftsschutz	8.200	10.000	8.000
68215	15.2.2	Biotop- und Artenschutz	31.700	20.000	31.000
68215	15.2.3	Sicherung besonderer Waldfunktionen	4.000	6.000	4.000
68215	15.2.4	Sanierung bestimmter Waldgebiete	726.400	45.000	700.000
68215	15.2.5	Waldumbau	16.300	20.000	16.000
68215	15.3.1	Erholung im Wald	21.000	40.000	21.000
68215	15.3.2	Öffentlichkeitsarbeit	85.900	20.000	85.000
68215	15.3.3	Waldpädagogik	161.200	50.000	160.000
68215	15.4.1	BgA "Forstliche Dienstleistungen"	783.200	1.400.000	820.000
68215	15.4.2	Leistungen für Dritte außerhalb von BgA	4.006.680	5.500.000	4.000.000
68215	15.4.3	Aus-, Fort- und Weiterbildung	1.167.300	910.000	1.167.000
68215	15.4.4	Leistungen des BT LFE (betriebsintern)	722.703	40.000	10.000
68215	15.4.5	Betriebsleitung LFB	0	0	0
68215	15.5.1	Hoheitliche Aufgaben	533.100	800.000	533.000
68215	15.5.2	Sonstige behördliche Aufgaben	3.254.900	1.839.000	890.000
68215	15.1.8	Zuschuss EU	0	0	0
68215	15.1.9	Zuweisungen des Landes	56.554.119	52.935.300	52.465.200
Summe zu Kto.Grp. 68215:			68.076.702	63.635.300	60.910.200
Summe zu Gemeinwohl und Hoheit			68.076.702	63.635.300	60.910.200
<u>Sonderfinanzierung Personal</u>					
68250	51.1.9	Zuweisungen des Landes für ATZ aktive Phase	0	0	0
68250	52.1.9	Zuweisungen des Landes für ATZ passive Phase	0	0	0
68250	53.1.9	Zuweisungen des Landes für Mitarbeiter in Umschulung	0	0	0
68250	56.1.9	Zuweisungen des Landes für Personal in Projekten	1.442.856	1.124.500	0
68250	50.0.0	kalkulierter Mehraufwand Personal			1.465.500
Summe zu Kto.Grp. 68250:			1.442.856	1.124.500	1.465.500
Summe zu Sonderfinanzierung Personal			1.442.856	1.124.500	1.465.500

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz
Grp			2009	2010	2011
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6
		<u>Geschäftsfeld Liegenschaften</u>			
68255	55.6.1	Verwaltung der Nichtwaldliegenschaften und Immobilien	66.000	2.500	15.000
68255	55.6.2	Bauunterhaltung	5.000	0	0
68255	55.6.3	An- und Verkauf von Liegenschaften	2.403.467	400.000	1.065.000
68255	55.6.4	Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften	1.977.500	1.279.900	2.000.000
68255	55.6.5	Gestattungen und Vermarktung von Bodenschätzen	479.500	300.000	320.000
68255	55.6.9	Fehlbedarf	-1.248.567	0	0
		Summe zu Kto.Grp. 68255:	3.682.900	1.982.400	3.400.000
		Summe zu Geschäftsfeld Liegenschaften	3.682.900	1.982.400	3.400.000
		Gesamtsumme Erträge	134.933.956	136.266.000	133.693.800
		Aufwendungen			
		<u>Landeswaldbewirtschaftung</u>			
68210	10.1.1	Holz	43.315.998	52.500.000	50.418.100
68210	10.1.2	Sonstige forstliche Produkte	4.433.000	2.373.800	4.000.000
68210	10.1.3	Jagd	8.045.100	8.650.000	7.500.000
68210	10.1.4	Waldliegenschaften	5.937.400	6.000.000	6.000.000
		Summe zu Kto.Grp. 68210:	61.731.498	69.523.800	67.918.100
		Summe zu Landeswaldbewirtschaftung	61.731.498	69.523.800	67.918.100
		<u>Gemeinwohl und Hoheit</u>			
68215	15.2.1	Natur- und Landschaftsschutz	410.800	600.000	600.000
68215	15.2.2	Biotop- und Artenschutz	2.790.600	2.000.000	2.000.000
68215	15.2.3	Sicherung besonderer Waldfunktionen	431.600	300.000	300.000
68215	15.2.4	Sanierung bestimmter Waldgebiete	5.973.200	3.555.100	3.600.000
68215	15.2.5	Waldumbau	4.644.600	7.300.000	7.300.000
68215	15.3.1	Erholung im Wald	1.079.300	1.726.700	1.500.000
68215	15.3.2	Öffentlichkeitsarbeit	2.086.700	2.100.000	2.100.000
68215	15.3.3	Waldpädagogik	3.382.900	4.100.000	4.100.000
68215	15.4.1	BgA "Forstliche Dienstleistungen"	1.709.900	1.500.000	2.200.000
68215	15.4.2	Leistungen für Dritte außerhalb von BgA	2.900.400	6.000.000	2.905.000
68215	15.4.3	Aus-, Fort- und Weiterbildung	7.452.400	7.350.000	7.350.000
68215	15.4.4	Leistungen des BT LFE (betriebsintern)	6.294.019	6.105.000	6.000.000
68215	15.4.5	Betriebsleitung LFB	0	878.500	1.105.000
68215	15.5.1	Hoheitliche Aufgaben	12.463.683	10.820.000	10.800.200
68215	15.5.2	Sonstige behördliche Aufgaben	16.456.600	9.300.000	9.050.000
		Summe zu Kto.Grp. 68215:	68.076.702	63.635.300	60.910.200
		Summe zu Gemeinwohl und Hoheit	68.076.702	63.635.300	60.910.200

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<u>Sonderfinanzierung Personal</u>					
68250	51.1.9	Aufwendungen für Beschäftigte in aktiver ATZ	0	10.709.300	0
68250	52.1.9	Aufwendungen für Beschäftigte in passiver ATZ	0	0	3.314.400
68250	53.1.9	Aufwendungen für Mitarbeiter in Umschulung	0	0	1.690.000
68250	56.1.9	Aufwendungen für Personal in Projekten	5.380.092	11.866.800	10.305.800
68250	50.0.0	kalkulierter Mehrauswand Personal			1.465.500
Summe zu Kto.Grp. 68250:			5.380.092	22.576.100	16.775.700
Summe zu Sonderfinanzierung Personal			5.380.092	22.576.100	16.775.700
<u>Geschäftsfeld Liegenschaften</u>					
68255	55.6.1	Verwaltung der Nichtwaldliegenschaften und Immobilien	264.000	200.000	200.000
68255	55.6.2	Bauunterhaltung	1.641.700	550.000	1.967.000
68255	55.6.3	An- und Verkauf von Liegenschaften	294.400	190.000	190.000
68255	55.6.4	Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften	1.175.200	862.400	863.000
68255	55.6.5	Gestattungen und Vermarktung von Bodenschätzen	307.600	180.000	180.000
Summe zu Kto.Grp. 68255:			3.682.900	1.982.400	3.400.000
Summe zu Geschäftsfeld Liegenschaften			3.682.900	1.982.400	3.400.000
Gesamtsumme Aufwendungen			138.871.192	157.717.600	149.004.000
Abschluss					
Erträge			134.933.956	136.266.000	133.693.800
Aufwendungen			138.871.192	157.717.600	149.004.000
Ablieferungen					
Zuführungen			3.937.236	21.451.600	15.310.200
Finanzplan					
Deckungsmittel					
68210	A	Erlöse aus Wirtschaftsbereich	53.002.800	52.000.000	54.130.000
68210	C	Zuweisungen EU / Bund	0	0	0
68210	D	Entnahmen aus der Rücklage	0	0	0
68210	E	Zuschüsse des Landes	8.728.698	17.523.800	13.788.100
Summe zu Kto.Grp. 68210:			61.731.498	69.523.800	67.918.100
68215	A	Erlöse aus Gemeinwohl- und hoheitlichen Leistungen	11.522.584	10.700.000	8.445.000
68215	A1	Zuweisungen des Landes	56.554.119	52.935.300	52.465.200
68215	C	Zuweisungen EU / Bund	0	0	0
68215	D	Entnahmen aus der Rücklage	0	0	0
Summe zu Kto.Grp. 68215:			68.076.703	63.635.300	60.910.200
68250	A51	Zuweisungen des Landes für ATZ aktive Phase	0	10.709.300	0
68250	A52	Zuweisungen des Landes für ATZ passive Phase	0	0	3.314.400

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz
Grp			2009	2010	2011
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6
68250	A53	Zuweisungen des Landes für Mitarbeiter in Umschulung	0	0	1.690.000
68250	A56	Zuweisungen des Landes für Personal in Projekten	1.442.856	11.866.800	10.305.800
68250	A00	kalkulierter Mehraufwand Personal			1.465.500
68250	A57	Einnahmezielstellung zur Decklung der Personalkosten für die Alters- teilzeit, Umschulung und Projekte	0	-21.451.600	-16.775.700
		Summe zu Kto.Grp. 68250:	1.442.856	1.124.500	0
68255	A	Erlöse aus Forstliegenschaften	4.931.467	1.982.400	3.400.000
68255	A2	Fehlbedarf	-1.248.567	0	0
68255	C	Zuweisungen EU / Bund	0	0	0
68255	D	Entnahmen aus der Rücklage	0	0	0
		Summe zu Kto.Grp. 68255:	3.682.900	1.982.400	3.400.000
89110	Inv. L	Investzuschüsse des Landes	3.689.040	2.400.000	2.400.000
89110	Inv. S	Investzuschüsse EU / Bund	0	0	0
		Summe zu Kto.Grp. 89110:	3.689.040	2.400.000	2.400.000
		Zusammen	138.622.997	138.666.000	134.628.300
		Finanzbedarf			
68210	B	Wirtschaftsbereich (Landeswald)	61.731.498	69.523.800	67.918.100
		Summe zu Kto.Grp. 68210:	61.731.498	69.523.800	67.918.100
68215	B	Gemeinwohl und Hoheit	68.076.703	63.635.300	60.910.200
		Summe zu Kto.Grp. 68215:	68.076.703	63.635.300	60.910.200
68250	B	Besonderes Personal	5.380.092	22.576.100	16.775.700
		Summe zu Kto.Grp. 68250:	5.380.092	22.576.100	16.775.700
68255	B	Geschäftsfeld Liegenschaften	3.682.900	1.982.400	3.400.000
		Summe zu Kto.Grp. 68255:	3.682.900	1.982.400	3.400.000
89110	Inv. 1	Ersatzinvestitionen	613.996	1.520.000	1.520.000
89110	Inv. 2	Investitionen	3.075.044	880.000	880.000
		Summe zu Kto.Grp. 89110:	3.689.040	2.400.000	2.400.000
		Zusammen	142.560.233	160.117.600	151.404.000

Stellenplan/-übersicht

			Stellenanzahl	
			Soll 2010	Soll 2011
Planmäßige Beamte				
B4	hD	Direktor des Landesbetrieb Forst Brandenburg	1,00	1,00
B2	hD	Abteilungsleiter	1,00	1,00
A16	hD	Leitender Forstdirektor	10,00	7,00
A15	hD	Forstdirektor	34,00	33,00
A14	hD	Oberforstrat	79,00	79,00

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
A13	hD	Forstrat		20,00	20,00
A12	gD	Forstamtsrat		100,00	100,00
A11	gD	Forstamtmann		197,00	194,00
A10	gD	Forstoberinspektor		139,00	137,00
A9	gD	Forstinspektor		13,00	13,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektor		1,00	1,00
Zusammen:				595,00	586,00
Arbeitnehmer					
E 14				26,00	24,00
E 11				20,00	20,00
E 10				188,00	174,00
E 9				72,00	72,00
E 8				64,00	186,00
E 6				43,00	98,00
E 7				0,00	14,00
E 5				90,00	891,00
E 4				25,00	24,00
E 3				8,00	8,00
W 9				128,00	0,00
W 7				14,00	0,00
W 6				58,00	0,00
W 5				867,00	0,00
Zusammen:				1.603,00	1.511,00
Stellen Auszubildende:					
AZUBI				180,00	160,00
Zusammen:				180,00	160,00

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Begründung der Änderungen im Stellenplan-/in der Stellenübersicht					
Aufgrund der Änderung des TV-Forst sind die W-Gruppen W 9, W 7, W 6 und W 5 in E-Gruppen überführt worden.					
Übersicht zu Leerstellen					
Leerstellen ATZ – Freistellungsphase					
				ATZ- Freistellung sphase am 07.01.2010	ATZ- Freistellung sphase am 01.01.2011
Beamte					
	A16			1	3
	A14			0	1
	A11			7	8
	A10			3	4
	Zusammen:			11	16
Tarifbeschäftigte					
	E14			3	5
	E10			9	17
	E 9			13	12
	E8			3	3
	E6			0	4
	E5			24	17
	E4			2	2
	E3			4	3
	Zusammen Tarifbeschäftigte			58	63
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)					
	E8 (vorher W9)			4	5
	E6 (vorher W6)			9	10
	E5 (vorher W5)			47	65
	Zusammen:			60	80
	Gesamt:			129	159
Der Zugang an Leerstellen ergibt sich aus dem Anstieg der Anzahl der Beschäftigten, die sich in der Altersteilzeit – Freistellungsphase befinden. 129 Leerstellen – 27 Ende der ATZ -Freistellungsphase + 57 Eintritt in die ATZ –Freistellungsphase ergibt zum 01.01.2011 159 Leerstellen ATZ – Freistellungsphase.					
Leerstellen Sonderurlaub					
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)					
	E 5			69	32
	Zusammen:			69	32
	Gesamt:			69	32
32 Leerstellen sind in 2011 für die Beschäftigten eingerichtet, die Sonderurlaub (ohne Bezügezahlung) für einen Zeitraum von mehr als 2 Jahren in Anspruch nehmen (insbesondere WBV - Projekte mit voraussichtlicher Rückkehr 2012/2013). Die 69 Leerstellen Sonderurlaub in 2010 reduzieren sich auf 32 Leerstellen Sonderurlaub wegen des Auslaufens langfristiger Sonderurlaubsverträge.					

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Übersicht zu kw-Vermerken					
Die Zuordnung der personenbezogenen kw-Vermerke ist bis zum 31. Dezember 2011 vorzunehmen.					
Zeigt sich im Rahmen der Zuordnung der personenbezogenen kw-Vermerke, dass andere Stellen als die im Haushaltsplan mit einem personenbezogenen kw-Vermerk versehenen künftig nicht mehr Bestandteil der Zielstruktur des Landesbetriebs sein sollen, kann der kw-Vermerk mit Zustimmung des MdF an einer anderen Stelle angebracht werden. Bezüglich der personenbezogenen kw-Vermerke, die durch Altersabgänge oder den Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit frei werden, besteht keine Umsetzungsverpflichtung gemäß § 47 LHO.					
Personenbezogene kw-Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung nach § 47 LHO (Beginn der ATZ - Freistellungsphase bis zum 31.12.2014 und Altersausscheiden bis zum 31.12.2014)			Soll 2010	Soll 2011	
Beamte					
A16			5	2	
A14			10	11	
A12			5	5	
A11			21	21	
A10			21	19	
Zusammen:			62	58	
Tarifbeschäftigte					
E 14			16	15	
E 11			5	6	
E 10			44	34	
E 9			22	18	
E 8			17	17	
E 6			15	11	
E 5			15	13	
E 4			4	3	
E 3			6	6	
Zusammen			144	123	
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)					
E 8 (vorher W9)			11	10	
E 7 (vorher W7)			5	5	
E 6 (vorher W6)			11	8	
E 5 (vorher W5)			201	174	
Zusammen:			228	197	
Gesamt:			434	378	
Die Änderung der personenbezogenen kw -Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung ergibt sich aus dem Übergang von 57 Mitarbeitern in eine Leerstelle ATZ Freistellungsphase und dem Altersausscheiden von 7 Mitarbeitern und einem Zugang von 8 ATZ – Verträgen, die zur Planaufstellung 2010 noch nicht bekannt waren.					
Ausbringung von personenbezogenen kw-Vermerken gem. § 47 LHO und TV-Umbau mit Umsetzungsverpflichtung innerhalb der Landesverwaltung					
Hinsichtlich der folgenden kw-Vermerke besteht eine Umsetzungsverpflichtung innerhalb der gesamten Landesverwaltung gemäß § 47 LHO mit der Maßgabe, dass die personalwirtschaftliche Um- oder Versetzung der Tarifbeschäftigten gemäß TV-Umbau zulässig sein muss. Die Umsetzung im Beamtenbereich besteht im gesetzlichen Umfang, wobei auch Laufbahnwechsel einzuleiten sind.					
Beamte					
A 13*			0	7	
Tarifbeschäftigte					
E 14*			16	9	
E 5*			4	4	
E 4*			10	4	
Zusammen			30	24	

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
		Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)			
		E 5 (vorher W5)		218	179
		Zusammen Waldarbeiter		218	179
		Gesamt		248	203
		*Wertigkeiten sind vorläufig und nach Festlegung der Zielstruktur des LFB anzupassen			
		Die Änderungen im Bereich der kw-Vermerke mit Umsetzungsverpflichtung ergeben sich aus folgender Tabelle:			
		kw – Vermerke 2010	248		
		Abgänge 2010 Versetzung zum LS	- 70		
		Abgänge 2010 sonstige Versetzungen	- 2		
		Sonstige Abgänge 2010 (EU-Rente, Auflösungsvertrag)	- 2		
		Altersteilzeitverträge zusätzlich zu Verträgen 2010	- 8		
		Zugang aus Leerstellen Sonderurlaub	+ 37		
		kw – Vermerke 2011	203		
		Übersicht zum Stellenplan-/Stellenübersicht in Bezug zur PBP 2014			
		Planstellen Beamte			586
		Stellen Arbeitnehmer			1.511
		Zusammen			2.097
		davon kw-Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung			378
		davon kw-Vermerke mit Umsetzungsverpflichtung			203
		Plan-/Stellen 2015			1.516

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	511	Gebühren, sonstige Entgelte	603.254	593.000	593.000
--------	-----	------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Einnahmen im Zusammenhang mit den Aufgaben des Landesamtes für:

- Pflanzenschutz
- Saatgutenerkennung
- Tierzucht und Tierhaltung
- Grenzeinlassdienst

111 13	511	Einnahmen aus dem Prüfungswesen	46.072	70.000	70.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 539 10.

112 10	511	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	3.965	0	0
--------	-----	---	--------------	----------	----------

119 10	511	Sonstige Einnahmen	12.449	8.800	8.800
--------	-----	---------------------------	---------------	--------------	--------------

119 12	011	Zweckgebundene Einnahme Güterfelde	106.600	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Einnahmen dienen den Ausgaben bei Titel 711 12 in voller Höhe.

119 30	511	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		0	0
--------	-----	---------------------------------------	--	----------	----------

124 10	511	Mieten und Pachten	190.646	140.000	140.000
--------	-----	---------------------------	----------------	----------------	----------------

Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 546 40.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen) Wohnungen	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	11.000
3.	Sonstige Einnahmen (Fischereipacht)	129.000
Summe		140.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(111 40)	511	Einnahmen im Rahmen gentechnikrechtlicher Verfahren			
----------	-----	--	--	--	--

Summe HGr. 1:			811.800	811.800
---------------	--	--	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10	511	Erstattungen durch andere Länder	198.100	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 232 10

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.

Erläuterungen:

Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin.

261 20	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Übertragungsstelle OST	10.828	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

Summe HGr. 2:			0	0
----------------------	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Technische Zentrale

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 61)	511	Einnahmen aus dem Verkauf von Druckerzeugnissen	272	0	0
----------	-----	---	-----	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 0 0

TGr. 62 Übertragungsstelle OST gemäß Milchabgabenverordnung (MilchAbgV)

In Höhe der Einnahmen bei den Titeln 111 62 und 382 62 können Ausgaben in der Titelgruppe 62 geleistet werden.

111 62	511	Gebühren	220.799	0	0
--------	-----	----------	---------	---	---

382 62	990	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	7.906.259	0	0
--------	-----	---	-----------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0 0

TGr. 66 Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten, einschließlich Erntearbeiten

Einnahmen dürfen für Ausgaben der Titelgruppe 66 verwendet werden.

119 66	511	Einnahmen aus Untersuchungsaufträgen Dritter	404.791	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

125 66	511	Einnahmen aus Ernteprodukten	41.986	0	0
--------	-----	------------------------------	--------	---	---

235 66	511	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.544.830	2.850.200	2.850.200
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.850.200
2. Aufwandsentschädigung	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	2.850.200

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Präsident des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung	B4	hD	1,00	1,00
Abteilungsleiter	B2	hD	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4,00	4,00
Regierungsdirektor	A15	hD	4,00	4,00
Oberregierungsrat	A14	hD	11,00	11,00
Regierungsrat	A13	hD	13,00	13,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	1,00	1,00
Amtsrat	A12	gD	6,00	6,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	2,00	2,00
Regierungsamtmann	A11	gD	24,00	24,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	25,00	19,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	2,00	2,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	5,00	5,00
Regierungsobersekretär	A7	mD	1,00	0,00
Zusammen:			100,00	93,00

Leerstellen:

Regierungshauptsekretär	A8	mD	1,00	1,00
Zusammen:			1,00	1,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2011

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
6,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umwandlung nach A10 gD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A7 mD	Regierungsobersekretär	Umwandlung nach A7 mD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
7,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
7,00	Stellen Abgänge insgesamt			
-7,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

427 10	511	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

427 20 511 Entgelte für Aushilfen 622.240 332.400 332.400

427 49 511 Entgelte für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung 0 0 0

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Entgelten bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zu Förderung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

428 10 511 Entgelte der Arbeitnehmer 18.830.242 20.614.900 20.767.800

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2010	2011
AT I	1,00	1,00
E 15	12,00	12,00
E 14	16,00	16,00
E 13	9,00	5,00
E 11	20,00	20,00
E 10	51,00	51,00
E 9	98,00	92,00
E 8	28,00	25,00
E 6	45,00	44,00
Zusammen:	280,00	266,00
Auszubildende:		
AZUBI	16,00	16,00
Zusammen:	16,00	16,00
Leerstellen:		
E 13	1,00	1,00
E 9	6,00	6,00
E 8	3,00	3,00
E 5	8,00	8,00
E 4	2,00	2,00
Zusammen:	20,00	20,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen			
4,00	E 13	Umwandlung nach E 13	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
6,00	E 9	Umwandlung nach E 9	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
3,00	E 8	Umwandlung nach E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

14,00	Umwandlungen / Umsetzungen
14,00	Stellen Abgänge insgesamt
-14,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

429 20 511 Personalausgaben für Zivildienstleistende 0 0 0

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

453 10 511 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen 5.424 25.000 25.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Trennungsgeld	17.000
2. Umzugskostenvergütungen	8.000
3. Auslandsbeschäftigungvergütungen	0
Summe	25.000

aus Titelgruppen: 270.000 270.000

Summe HGr. 4: 24.092.500 24.245.400

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 511 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 219.115 314.000 282.600

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Geschäftsbedarf	70.000
2. Bücher, Zeitschriften	70.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	112.600
4. Sonstiges	30.000
Summe	282.600

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

511 20 511 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 235.568 202.500 202.500

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Postgebühren	73.500
2. Mobilfunkanschlüsse	20.000
3. Fernmeldegebühren	79.000
4. Sonstiges	30.000
Summe	202.500

514 10 511 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 477.581 527.000 384.300

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 514 10

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	217.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	5.000
3.	Verbrauchsmittel	122.300
4.	Sonstiges	40.000
Summe		384.300

Anpassung an Bestandsverringierung.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2010		Soll 2011	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	2	0	2	0
Personenwagen	0	0	0	0
PKW	80	53	54	40
LKW	1	0	1	0
Anhänger	30	0	24	0
Arbeitsmaschine	23	0	19	0
Gabelstapler	2	0	2	0
Geländefahrzeug	1	0	0	0
Mehrzweckfahrzeug	8	0	8	0
Messwagen	4	0	4	0
Parzellenmähdrescher	5	0	5	0
Traktor	18	0	18	0
Zusammen	174	53	137	40

514 25 511 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB **0 65.000 65.000**

517 10 511 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **360.605 367.000 330.300**

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Heizung	110.000
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	75.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	100.000
4.	Grundbesitzabgaben	1.500
5.	Bewachungskosten	43.300
6.	Sonstiges	500
Summe		330.300

Für

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 bzw. 518 25 zu veranschlagen sind.

518 10 511 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume **21.222 64.000 40.000**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 518 10

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche m ²	Jahresmiete EUR
1. Anmietung von Schulungsräumen		20.000
2. 6 Objekte		20.000
Summe		40.000

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

518 20 511 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 214 9.000 9.000

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Miete für Mähdrescher	4.500
2. Miete für Kopierer	2.500
3. Miete für Stahlflaschen	2.000
Summe	9.000

518 25 511 Mietzahlungen an den BLB 1.690.190 2.186.000 2.186.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2011 EUR
1. 03050 Cottbus, Vom-Stein-Straße 30	32.800
2. 12521 Schönefeld, Flughafen	136.700
3. 14513 Teltow, OT Ruhlsdorf, Dorfstraße 1	187.400
4. 14532 Stahnsdorf, OT Güterfelde, Berliner Straße	137.400
5. 14641 Paulinenaue, Gutshof 7	189.200
6. 14656 Brieselang, Thälmannstraße 11	99.200
7. 15236 Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 50	238.900
8. 15236 Frankfurt (Oder), Am Halbleiterwerk 1	318.000
9. 15236 Frankfurt (Oder), Buckower Str. 27	74.000
10. 15517 Fürstenwalde, Rathausstraße 6	86.800
11. 15806 Zossen, OT Wünsdorf, Steinplatz 1	313.900
12. 15926 Luckau, Karl-Marx-Straße 21	84.500
13. 16816 Neuruppin, Fehrbelliner Straße 4 e	174.000
14. 16816 Neuruppin, Fehrbelliner Straße 31	2.000
15. 17291 Prenzlau, Grabower Straße 33	111.200
Summe	2.186.000

518 30 511 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 110.381 104.000 81.000

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2010		2011	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW	53	40	40	0
Zusammen	53	40	40	0

Weniger wegen Bestandsminderung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

519 10 511 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 76.856 75.500 68.000

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	33.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	35.000
	Summe	68.000

525 10 511 Aus- (und Fort)bildung 69.000 62.100

526 10 511 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 4.020 23.600 21.200

527 10 511 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 145.809 136.000 104.400

Erläuterungen:

Weniger wegen geringeren Bedarfs.

531 10 511 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation 3.285 7.200 31.500

Erläuterungen:

Mehr wegen Auflösung der Technischen Zentrale und somit Vergabe von Druckaufträgen an Dritte.

537 12 511 Aufwendungen für Versuche 284.480 184.500 166.000

Erläuterungen:

Um eine eigene Tierhaltung bei der Durchführung von Futtermittelversuchen sowie von Versuchen für eine optimale Tierhaltung zu vermeiden, wird auf Vertragsbasis der Tierbestand der Lehr- und Versuchsanstalt Tierproduktion Ruhlsdorf/Groß Kreuz genutzt und eine entsprechende Aufwandsersatzung vorgenommen.

537 13 511 Aufträge an Dritte, insbesondere für die berufliche Fort- und Weiterbildung 102.298 102.300 92.000
 neu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		102.300		102.300
2012				
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		102.300		102.300

Erläuterungen:

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 020/537 13 (Ist 2009: 0 Euro, Ansatz 2010: 102.300 Euro).

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

539 10 511 Prüfungswesen gemäß § 34 ff Berufsbildungsgesetz **439.475** **605.700** **545.100**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

	2011 EUR
Tagungen der zentralen Prüfungsausschüsse	43.400
Prüfungen zum Abschluss der Berufsausbildung (veranschlagt sind die Kosten für Abschluss- und Wiederholungsprüfungen sowie Zwischenprüfungen)	501.700
Summe	545.100

541 10 511 Aufwendungen für Veranstaltungen **11.576** **13.600** **12.300**

Erläuterungen:

Fachveranstaltungen des LELF

- 20 Jahre LELF
- Winterschulungen (Informationsveranstaltungen des Pflanzenschutzes)
- Milchrindtag
- Stallbautag
- Brandenburger Feldtage
- Tage der offenen Tür
- Milchschaaf- und Ziegenzüchtertag
- Forum Nutztierhaltung
- Brandenburger Fleischrindertag
- Groß Kreuzer Schaftag
- Paulinenauer Maistag
- Brandenburger Pferdetag
- Veranstaltungen der Beruflichen Bildung mit den Unterausschüssen, den Fachausschüssen und dem Berufsbildungsausschuss

546 10 511 Sonstiges **205.163** **64.000** **57.600**

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Bodenprobenuntersuchungen gemäß Düngemittelverordnung	12.500
2. Untersuchung Rückstandsproben	15.000
3. Mitgliedsbeiträge	8.000
4. Sonstiges	22.100
Summe	57.600

546 30 511 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen **1.163** **45.300** **30.000**

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

546 40 511 Ausgaben für Umsatzsteuer **55.326** **25.000** **25.000**

Ausgaben dürfen in Höhe der Mehrwertsteuereinnahme bei Titel 124 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Hier sind die Ausgaben für Umsatzsteuer im Rahmen der gewerblichen Tätigkeit veranschlagt.

546 50 511 Vergabe an Dritte **85.000** **289.800**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 546 50

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	559.000
davon fällig:	
2012 bis zu	237.000
2013 bis zu	322.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		85.000		85.000
2012		85.000	237.000	322.000
2013			322.000	322.000
2014				
2015 ff.				
Summen		170.000	559.000	729.000

Erläuterungen:

Durch Auflösung von Versuchsstationen ist zur Absicherung der fachrechtlichen Aufgaben im Rahmen der amtlichen Sortenprüfung sowie beim Pflanzenschutz eine externe Vergabe von Sortenprüfungen und Feldversuchen an geeigneten Standorten im Land Brandenburg notwendig.
 Mehr wegen tatsächlicher Entwicklung.

aus Titelgruppen: **1.017.400** **615.800**

Summe HGr. 5: **6.292.600** **5.701.500**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

683 16 511 Zuschüsse für die Durchführung der Leistungsprüfung lt. Tierzuchtgesetz (TZG) **623.700** **840.000** **840.000**

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(671 11) 511 Verwaltungsaufwendungen für Tierarzneimitteluntersuchungen **8** **0**

Summe HGr. 6: **840.000** **840.000**

HGr. 7: Baumaßnahmen

711 12 011 Baumaßnahme Güterfelde **0** **0**

*Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen in Titel 119 12 geleistet werden.
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

Summe HGr. 7: **0** **0**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 511 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 205.540 138.000 138.000

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

2011		2011	EUR
2	Arbeitsmaschine		81.000
2	Mehrzweckfahrzeug		40.000
1	Personenwagen		17.000
Zusammen			<u>138.000</u>

Aussonderung:

2011	
6	Anhänger
4	Arbeitsmaschine
1	Geländefahrzeug
13	PKW
24	Zusammen

Davon werden 10 PKW, 1 Geländewagen und 3 Anhänger in das Kapitel 10 105 umgesetzt (Ausgliederung Verbraucherschutz).

812 10 511 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 130.422 228.000 228.000

Erläuterungen:

		2011	EUR
1.	Neubeschaffungen		
1.1	Ausstattungen		48.000
	Summe zu 1.		<u>48.000</u>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Ausstattungen		180.000
	Summe zu 2.		<u>180.000</u>
	Summe		<u><u>228.000</u></u>

aus Titelgruppen: 70.000 45.000

Summe HGr. 8: 436.000 411.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Technische Zentrale

*Einnahmen aus Titel 119 61 fließen der Titelgruppe zu.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.*

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(511 61)	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation	55.895	38.000	
(514 61)	511	Verbrauchsmaterial	21.946	0	
(517 61)	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	
(518 61)	511	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	0	0	
(812 61)	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	
<hr/>					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 61				38.000	0

TGr. 62 Übertragungsstelle OST gemäß Milchabgabenverordnung (MilchAbgV)

*In Höhe der Einnahmen bei den Titeln 111 62 und 382 62 können Ausgaben geleistet werden.
 Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.*

427 62	511	Beschäftigungsentgelte	44.009	0	0
511 62	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation	106	0	0
514 62	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.		0	0
517 62	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		0	0
518 62	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0	0
525 62	511	Aus- und Fortbildung	0	0	0
526 62	511	Sachverständige und Gerichtskosten	-1.471	0	0
527 62	511	Reisekosten für Dienstreisen	8	0	0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
538 62	511	Software	2.832	0	0
546 62	511	Sonstiges	374	0	0
812 62	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		0	0
982 62	990	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	7.906.132	0	0
<u>Nachrichtlich: Summe TGr. 62</u>				0	0

TGr. 63 Zentraler technischer Prüfdienst für Ausgaben aus dem EAGFL und kofinanzierten Maßnahmen des ELER

Erläuterungen:

Veranschlagung der Mittel für die Aufgaben des Zentralen technischen Prüfdienstes als notwendige Voraussetzung zur Vermeidung von Anlastungen der EU (VOEG 1290/2005).
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.

427 63	511	Personalkostenerstattung für Saisonkräfte	91.066	270.000	270.000
511 63	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.067	25.000	22.500

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Geschäftsbedarf	2.000
2.	Bücher, Zeitschriften	1.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.500
4.	Postgebühren	1.000
5.	Mobilfunkanschlüsse	5.000
6.	Fernmeldegebühren	5.000
7.	Sonstiges	1.000
Summe		22.500

514 63	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	79.078	135.000	109.400
--------	-----	---	--------	---------	---------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	99.400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	8.000
3.	Verbrauchsmittel	2.000
4.	Sonstiges	
Summe		109.400

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 514 63

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2010		Soll 2011	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Geländewagen	30	0	27	0
Zusammen	30	0	27	0

Bestandsverringerung

525 63	511	Aus- (und Fort)bildung	20.092	30.000	27.000
527 63	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	14.205	25.000	22.500
538 63	511	ADV-Hardware, Unterhaltung	4.702	10.000	9.000
546 63	511	Sonstiges	13.000	50.000	27.000

Erläuterungen:

Vergabe an Dritte
 Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

811 63	511	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0	0	0
--------	-----	-----------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Aussonderung:

2011

3	Geländewagen
3	Zusammen

Davon wird 1 Geländewagen in das Kapitel 10 105 umgesetzt (Ausgliederung Verbraucherschutz).

812 63	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	50.000	30.000
--------	-----	---	---	--------	--------

Erläuterungen:

		2011 EUR
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Ausstattungen	30.000
	Summe zu 2.	30.000
	Summe	30.000

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63	595.000	517.400
-------------------------------------	---------	---------

TGr. 66 Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten, einschließlich Erntearbeiten

Die Ausgaben sind übertragbar.
 Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei der Titelgruppe 66 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.

427 66	511	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	24.426	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		
428 66	511	Entgelte der Arbeitnehmer	27.332	0	0
511 66	511	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen	4.565	0	0
514 66	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	9.593		
525 66	511	Aus- und Fortbildung	0	0	0
527 66	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.112	0	0
546 66	511	Sonstiges	340.376	0	0
811 66	511	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0	0	0
812 66	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 66				0	0
TGr. 72 Zusammenarbeit mit dem Land Berlin					
<i>Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.</i>					
<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>					
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden.</i>					
428 72	511	Entgelte der Arbeitnehmer	0	0	0
511 72	511	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausrüstungen und Ausstattungen	0	0	0
527 72	511	Reisekostenvergütungen	0	0	0
538 72	511	Software	0	0	0
546 72	511	Sonstiges	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72				0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.
 Der Ausweisung der kw-Vermerke wurden Aufgabenausgliederungen in den Bereichen des Fördermittelmanagements und des Gartenbaus zugrunde gelegt.

422 79	011	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Regierungsoberinspektor	A10	gD	1,00	7,00
davon kw:				
3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)				
3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)				
1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
Regierungshauptsekretär	A8	mD	0,00	0,00
Regierungsobersekretär	A7	mD	1,00	2,00
davon kw:				
1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)				
Zusammen:			2,00	9,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2011

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
6,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umwandlung von A10 gD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
1,00	A7 mD	Regierungsobersekretär	Umwandlung von A7 mD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
<hr/> 7,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
<hr/> 7,00	Stellen Zugänge insgesamt			
<hr/> <hr/> 7,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

428 79	011	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2010	2011
E 15		2,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011) 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 14		2,00	0,00
E 13		16,00	19,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013) 6,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011) 9,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012) 2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 9		34,00	40,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014) 14,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011) 3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013) 20,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 8		4,00	7,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013) 3,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011) 2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014) 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 6		10,00	11,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014) 4,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011) 6,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 5		9,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 4		6,00	4,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011) 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 2		1,00	0,00
Zusammen:		84,00	85,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
2,00	E 14	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 13	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
7,00	E 5	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
2,00	E 4	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 2	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
<hr/>		
13,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
<hr/>		
13,00	Stellen Abgänge insgesamt	
<hr/> <hr/>		
-13,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

4,00 E 13

Umwandlung von E 13

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

6,00 E 9

Umwandlung von E 9

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

3,00 E 8

Umwandlung von E 8

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

1,00 E 6

Umwandlung von E 6

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

14,00 Umwandlungen / Umsetzungen

14,00 Stellen Zugänge insgesamt

14,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79

0

0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.

511 99	511	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	150.678	125.000	27.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Hardware	17.000
2.	Software	10.000
3.	Unterhaltung	0
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	0
Summe		27.000

Weniger, weil Ansatz gem. KV nach Verrechnungsmodell in Titel 546 15 einget.

518 99	511	Mieten	119.119	239.700	0
---------------	------------	---------------	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger, weil Ansatz gem. KV nach Verrechnungsmodell in Titel 546 15 einget.

525 99	511	Aus- (und Fort)bildung	1.440	20.000	18.000
---------------	------------	-------------------------------	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	18.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		18.000

538 99	511	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	444.269	319.700	353.400
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 538 99

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2011 EUR
1.	Landentwicklungsfachinformationssystem	80.700
2.	System landwirtschaftliche Betriebsberatung	8.600
3.	Digitale Feldbonitur	20.000
4.	FAKOL	25.000
5.	Pflege Fachverfahren	60.000
6.	Pflege PIAF (incl. SAS)	20.000
7.	Pflege Kleinverfahren	20.000
8.	Neubeschaffung Kleinsoftware für Fachverfahren	40.000
9.	Sicherheitskonzept	10.000
10.	VIS-Projektentwicklung	45.000
11.	Vermessungssystem für Bodenordnungsverfahren	15.000
12.	GIS-Projektpflege	9.100
Summe		353.400

Mehr wegen Umsetzung aus zentralen IT-Mitteln des MUGV.

812 99	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0	20.000	15.000
---------------	------------	---	----------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Beschaffung von Servern.

		2011 EUR
2.	Ersatzbeschaffung	
2.1.	Hardware	10.000
2.2.	Systemsoftware	5.000
2.3.	Kommunikation	0
<i>Summe zu 2.</i>		<i>15.000</i>
Summe		15.000

Weniger wegen Anpassung an Bedarf.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	724.400	413.400
-----------------------	---------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.357.400	930.800
-----------------------	---------------------------------	------------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	811.800	811.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		811.800	811.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	24.092.500	24.245.400
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.292.600	5.701.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	840.000	840.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	436.000	411.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		31.661.100	31.197.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-30.849.300	-30.386.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	422	Sonstige Einnahmen	9.462	20.000	20.000
---------------	------------	---------------------------	--------------	---------------	---------------

Summe HGr. 1:	20.000	20.000
---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	422	Erstattungen von Personalausgaben für Härteausgleichsstelle	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 10.

231 20	422	Zuweisungen vom Bund für INTERREG III B und EFRE Ziel 3 Projekte	18.500	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerke bei Titel 537 21 und 537 22.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung von INTERREG III B Ausgaben im Titel 537 21 (Förderperiode 2000 bis 2006) sowie EFRE Ziel 3 Ausgaben im Titel 537 22 (Förderperiode 2007 bis 2013).

232 10	422	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern -Gemeinsame Verwaltungseinrichtung	895.112	1.027.000	1.027.000
---------------	------------	--	----------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Landesplanungsabteilung in Höhe von 50 v. H. der Ausgaben.

Im Erstattungsbetrag sind 50 v. H. der Kosten für 5 Schreibkräfte = 96.750 EUR enthalten.

272 10	422	Sonstige Zuschüsse von der EU für verschiedene Projekte des INTERREG II C und III B Programmes	236.963	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 537 21.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung der INTERREG-Ausgaben im Titel 537 21 und Ausgaben für Ziel 3/INTERREG IV-Projekte im Titel 537 22 mit einem Förderanteil 75%.

Die EU Förderperiode endete am 31.12.2006 (Ausfinanzierung des Programms).

272 20	422	Sonstige Zuschüsse der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE Ziel 3/INTERREG IV)	0	365.000	371.000
---------------	------------	---	----------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 537 22.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung der Ausgaben für EFRE Ziel 3/INTERREG IV B und C-Projekte im Titel 537 22 mit einem Förderanteil von 75%.

Mehr in Anpassung an die tatsächliche Einnahmeerwartung.

Summe HGr. 2:	1.392.000	1.398.000
---------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

119 61	631	Sonstige Einnahmen	2.296.057	0	0
---------------	------------	---------------------------	------------------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 61.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 61	0	0	0
-----------------------	---------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
-----------------------	----------------------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

427 10	422	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Angaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Summe HGr. 4:	0	0
---------------	---	---

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	422	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	34.088	34.000	31.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Geschäftsbedarf	13.000
2.	Bücher, Zeitschriften	6.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.000
4.	Sonstiges	500
	Summe	31.500

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

511 20	422	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	13.279	18.000	18.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Postgebühren	8.000
2.	Mobifunkanschlüsse	500
3.	Fernmeldegebühren	8.500
4.	Sonstiges	1.000
	Summe	18.000

514 10	422	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	192	2.300	400
--------	-----	---	-----	-------	-----

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0
3.	Verbrauchsmittel	400
4.	Sonstiges	0
	Summe	400

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

514 25	422	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	28.744	18.000	41.500
--------	-----	--	--------	--------	--------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 514 25

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

	2011 EUR
1. personengebundenen Fahrdienst	
2. allgemeinen Fahrdienst	41.500
Summe	41.500

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB für den Fahrzeugpool in Potsdam.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

517 10 422 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 71.188 76.000 11.700

Erläuterungen:

Weniger durch Umschichtung nach Titel 518 25.

518 10 422 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** 195.528 215.000 14.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		248.000		248.000
2012		248.000		248.000
2013		248.000		248.000
2014		248.000		248.000
2015 ff.				
Summen		992.000		992.000

Erläuterungen:

Weniger durch Umschichtung nach Titel 518 25.

518 20 422 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 0 1.000 500

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

518 25 719 **Mietzahlungen an den BLB** 105.551 105.000 367.900

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2011 EUR
1. Müllroser Chaussee 50, Frankfurt (Oder), GL6 , Fläche 554,85 qm	55.600
2. Gulbener Str.24, Cottbus, GL7 , Fläche 631,16 qm	51.400
3. Lindenstr. 34 A Potsdam, Fläche 1755,43 qm	260.900
Summe	367.900

Mehr wegen Umschichtung aus Titel 517 10 und 518 10.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

519 10 422 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** 1.022 15.000 9.000

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	0
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	9.000
Summe		9.000

Der Mietvertrag für die Räume in der Lindenstraße sieht Schönheitsreparaturen zulasten des Mieters vor.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

525 10 422 **Aus- (und Fort)bildung** 19.726 21.000 18.900

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	18.900
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		18.900

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

526 10 422 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 350.374 320.000 189.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2012 bis zu	100.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		100.000		100.000
2012			100.000	100.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		100.000	100.000	200.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 526 10

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Rechtsstreitverfahren	25.000
2.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	25.000
3.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten des Raumordnungsprogramms und der Raumordnungspläne	40.000
4.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumentwicklung und Strukturpolitik	39.000
5.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	40.000
6.	Sachverständige und rechtliche Beratung Braunkohle- und Sanierungsplanung	20.000
Summe		189.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

527 10	422	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	23.409	24.000	23.400
531 10	422	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	51.649	75.000	90.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	20.000
davon fällig:	
2012 bis zu	20.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		20.000		20.000
2012			20.000	20.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		20.000	20.000	40.000

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Kosten für gesetzliche Veröffentlichungen der Raumordnung, Landesentwicklung, Regionalplanung und andere Publikationen.	90.000
Summe		90.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

535 10	422	Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung	20.804	70.000	67.500
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 535 10

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	30.000
davon fällig:	
2012 bis zu	30.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		30.000		30.000
2012			30.000	30.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		30.000	30.000	60.000

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Kosten für kartographische Arbeiten zur Schaffung von Landesplanungsgrundlagen	15.000
2. Kartographieaufwand und Digitalisierung des Raumordnungskatasters	35.000
3. Kartographische Aufwendungen für die Braunkohlen- und Sanierungsplanung	17.500
Summe	67.500

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

537 10	422	Braunkohle- und Sanierungsplanung	134.652	50.000	135.000
---------------	------------	--	----------------	---------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	300.000
davon fällig:	
2012 bis zu	150.000
2013 bis zu	150.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 537 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		20.000		20.000
2012			150.000	150.000
2013			150.000	150.000
2014				
2015 ff.				
Summen		20.000	300.000	320.000

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Kosten für den Braunkohlenausschuss	5.000
2. Erarbeitung von Beschlussvorlagen durch Mitwirkung Dritter für den Braunkohlenausschuss zu den Tagebauen und Umsiedlungsplanungen sowie Sanierungsgebieten	70.000
3. Kosten für die gutachterliche Bearbeitung von Braunkohleplänen	60.000
Summe	135.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 20 422 Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen 196.959 250.000 317.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	80.000
davon fällig:	
2012 bis zu	50.000
2013 bis zu	30.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	20.000	70.000		90.000
2012		20.000	50.000	70.000
2013			30.000	30.000
2014				
2015 ff.				
Summen	20.000	90.000	80.000	190.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 537 20

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Gutachten in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	20.000
2.	Gutachten in Angelegenheiten des Raumentwicklungsprogramms und der Raumordnungspläne	100.000
3.	Gutachten in Angelegenheiten der Raumentwicklung und der Strukturpolitik	92.000
4.	Gutachten in Angelegenheiten von Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	60.000
5.	Raumordnungsbericht, Raumb Beobachtung, Monitoring	45.000
Summe		317.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 21	422	Ausgaben für INTERREG III B Projekte	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 231 20 und 272 10 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

537 22	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV)	236.589	625.000	644.100
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 20 und 272 20 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	800.000
davon fällig:	
2012 bis zu	250.000
2013 bis zu	300.000
2014 bis zu	250.000
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	800.000	100.000		900.000
2012	180.000	100.000	250.000	530.000
2013	160.000	100.000	300.000	560.000
2014	260.000		250.000	510.000
2015 ff.				
Summen	1.400.000	300.000	800.000	2.500.000

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Finanzierung von Projekten der transnationalen Zusammenarbeit INTERREG IV B und C	484.100
2.	Technische Hilfe transnationale Zusammenarbeit INTERREG IV	160.000
Summe		644.100

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 537 22

Das Land beabsichtigt, sich am Förderprogramm der EU zur transnationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Die Maßnahmen werden mit EU- Mitteln bis zu 75% gefördert. Das Land kann in Vorleistung treten.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

538 10	422	Ausgaben für Datenverarbeitung	79.546	120.000	108.000
--------	-----	--------------------------------	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Softwarekosten für das Planungsinformationssystem (PLIS) insbesondere das digitalisierte Raumordnungskataster sowie Wartung und Pflege der eingesetzten Software im sonstigen Verwaltungsbereich sowie Ersatzbeschaffungen im Hardwarebereich.

541 10	422	Aufwendungen für Veranstaltungen	2.907	53.000	94.500
--------	-----	----------------------------------	-------	--------	--------

Erläuterungen:

		2011
		EUR
1.	Technische Ausstattung	20.000
2.	Bewirtung und Organisation	69.500
3.	Sonstiges	5.000
Summe		94.500

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

546 10	422	Sonstiges	8.941	7.300	13.500
--------	-----	-----------	-------	-------	--------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 5:	2.099.600	2.195.500
---------------	-----------	-----------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	422	Zuschüsse an Gebietskörperschaften sowie gemeinnützige Träger	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln 526 10, 535 10, 537 20 und 537 21 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuschüsse an die Projektträger im Rahmen der von der EU geförderten Transnationalen Zusammenarbeit in europäischen Großräumen sowie für regionale Entwicklungsvorhaben.

aus Titelgruppen:	4.125.800	4.125.800
--------------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 6:	4.125.800	4.125.800
---------------	-----------	-----------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	422	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	2.170	10.000	10.000
--------	-----	---	-------	--------	--------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
1.1	Büroausstattung	1.000
1.2	Präsentations- und Dokumentationstechnik	3.000
1.3	Informationstechnik	1.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<u>5.000</u>
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Büroausstattung	3.000
2.2	Bürotechnik	2.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<u>5.000</u>
	Summe	<u><u>10.000</u></u>

aus Titelgruppen: **34.124.200** **31.674.200**

Summe HGr. 8: **34.134.200** **31.684.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

Ausgaben dürfen nur zur Komplementierung der entsprechend dem ergänzenden Verwaltungsabkommen zu finanzierenden Maßnahmen geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben bei Titel 685 61 sind übertragbar.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 893 61 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der im Titel 119 61 erzielten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Maßnahmen nach § 2 des Vierten Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung (VA IV Braunkohlesanierung)

Aufgrund des dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV Braunkohlesanierung) vom 2. Juli 2007 zwischen der Bundesregierung und den neuen Ländern wurde festgelegt, dass im Zeitraum 2008 bis 2012 eine Plafondsumme i.H.v. 630, 2 Mio. Euro für die bergbauliche Sanierung, Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung eingesetzt wird. Diese Summe wird im Verhältnis 75 % / 25 % zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. Ferner stellt der Projektträger, die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) Eigenanteile i.H.v. 33,3 Mio. Euro zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2011 teilen sich der Bund und die Länder den Plafond zu 79,6 Mio. Euro und 26,55 Mio. Euro. Von dem Länderanteil stellt das Land Brandenburg 12,0 Mio. Euro bereit.

Maßnahmen nach § 3 VA IV Braunkohlesanierung

Im § 3 des VA IV Braunkohlesanierungs wurde für den Zeitraum 2008 bis 2012 festgelegt, dass für die Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem bergbaubedingten Wiederanstieg des Grundwassers der Bund und die Länder zu gleichen Anteilen einen Betrag i.H.v. 262,1 Mio. Euro zur Verfügung stellen, davon der Bund und die Länder jeweils 131, 05 Mio. Euro

Für das Haushaltsjahr 2011 werden zugunsten von Maßnahmen des Landes Brandenburg insgesamt 23,6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, davon durch den Bund und das Land Brandenburg jeweils 11,8 Mio. Euro. Projektträger ist die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV).

Maßnahmen nach § 4 VA IV Braunkohlesanierung einschließlich Fördermittel der Europäischen Union

Für weitere Maßnahmen der Braunkohlesanierung, insbesondere zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards stellen die Länder einen Finanzrahmen i.H.v. 100 Mio. Euro bereit. Im Haushaltsjahr 2011 stellt das Land Brandenburg einen Betrag in Höhe von 12,0 Mio. Euro bereit.

Neben der Projektträgerschaft der LMBV werden kommunale oder gleichwertige Projektträgerschaften zugelassen.

Für Investitionsvorhaben im Lausitzer Seenland (Land Brandenburg) sind im Zeitraum der EU-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) i.H.v. insgesamt 5 Mio. Euro vorgesehen. Die Mittel sind im Einzelplan 08 veranschlagt und werden durch Bewirtschaftungsbefugnis an die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) übertragen. Sie sind dem Förderprogramm Gemeinschaftsaufgabe Regionales Wachstum - Infrastruktur (GRW-I) zugeordnet.

Hinzu kommen über den Zeitraum der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 Fördermittel aus dem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Berlin-Brandenburg (EPLR) i.H.v. insgesamt 5 Mio. Euro. Diese Mittel sollen im Wesentlichen zu Gunsten von Maßnahmen im Lausitzer Seenland (Land Brandenburg) eingesetzt werden. Die Mittel sind im Einzelplan 11 veranschlagt und werden dem Landesamt für Verbraucherschutz und Flurneuordnung (LVFL) zur Bewirtschaftung übertragen.

685 61	631	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige im Inland	3.149.962	4.125.800	4.125.800
883 61	631	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	865.676	300.000	300.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

893 61 631 **Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland** **33.210.807** **33.824.200** **31.374.200**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	67.708.900
davon fällig:	
2012 bis zu	
2013 bis zu	34.250.000
2014 bis zu	33.458.900
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	33.800.000	2.000.000		35.800.000
2012	32.250.000	2.000.000		34.250.000
2013			34.250.000	34.250.000
2014			33.458.900	33.458.900
2015 ff.				
Summen	66.050.000	4.000.000	67.708.900	137.758.900

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2013 und 2014 werden für Maßnahmen und Projekte der §§ 2, 3 und 4 mit unabweisbarem Mehrbedarf und mittelfristiger Laufzeit benötigt. Sie sind im VA IV Braunkohlesanierung begonnen worden und können aufgrund von Umfang und Komplexität nicht innerhalb des VA IV abgeschlossen werden.

Das VA IV Braunkohlesanierung beginnt mit dem Haushaltsjahr 2008 und endet mit dem Haushaltsjahr 2012. Die Verhandlungen zu einem VA V Braunkohlesanierung beginnen mit dem Haushaltsjahr 2011. Das VA V Braunkohlesanierung beginnt voraussichtlich mit dem Haushaltsjahr 2013 und endet mit dem Haushaltsjahr 2017.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

972 61 989 **Globale Minderausgabe** **-2.000.000** **-2.300.000**

Erläuterungen:

Die GMA soll bei den Einnahmen und Ausgaben der TG 61 nachgewiesen werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **36.250.000** **33.500.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **36.250.000** **33.500.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20.000	20.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.392.000	1.398.000
Gesamteinnahme		1.412.000	1.418.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.099.600	2.195.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.125.800	4.125.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	34.134.200	31.684.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-2.000.000	-2.300.000
Gesamtausgabe		38.359.600	35.705.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-36.947.600	-34.287.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	1.234.422	1.150.000	1.200.000
112 10	719	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	56.268	110.000	60.000

Erläuterungen:

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- §§ 88 und 94 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafengesetz
- § 89 Landesschiffahrtsgesetz.

Weniger in Anpassung an die tatsächliche Einnahmeentwicklung.

119 10	719	Sonstige Einnahmen	9.782	4.000	4.000
119 20	176	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	200	200

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 10.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren).

132 10	719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	50	500	100
---------------	-----	--	-----------	------------	------------

Erläuterungen:

					2011
					EUR
1.		Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen			0
2.		Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen			100
		Summe			100

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

		Summe HGr. 1:	1.264.700	1.264.300	
--	--	----------------------	------------------	------------------	--

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10	719	Erstattung von Verwaltungsausgaben - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung	100.178	99.300	99.300
---------------	-----	---	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Im Erstattungsbetrag sind die anteiligen Kosten für den Leiter der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (19.800 EUR) enthalten.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

232 20	835	Erstattung von Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 428 20.

		Summe HGr. 2:		99.300	99.300
--	--	---------------	--	---------------	---------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10	990	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	105.667	105.700	105.700
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten den vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteil für die Luftaufsicht.

		Summe HGr. 3:		105.700	105.700
--	--	---------------	--	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	719	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	1.952.388	2.464.100	2.765.200
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.765.200
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
	Summe	2.765.200

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Präsident des Landesamtes für Bauen und Verkehr	B3	hD	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4,00	4,00
Regierungsdirektor	A15	hD	7,00	7,00
Oberregierungsrat	A14	hD	8,00	8,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	13,00	13,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	14,00	14,00
Regierungsamtmann	A11	gD	33,00	33,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	13,00	13,00
Zusammen:			93,00	93,00

427 20	719	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
---------------	-----	-------------------------------	----------	----------	----------

427 30	422	Entgelte für Aushilfen bis zu 3 Jahren	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

427 31	719	Entgelte für Aushilfen bis zu 2 Jahren	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

428 10	835	Entgelte der Arbeitnehmer	6.317.652	8.378.000	8.218.000
---------------	-----	----------------------------------	------------------	------------------	------------------

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2010	2011
AT I	1,00	1,00
E 15	3,00	3,00
E 14	16,00	16,00
E 13	11,00	11,00
E 11	3,00	3,00
E 10	15,00	12,00
E 9	15,00	8,00
E 8	25,00	25,00
E 6	20,00	16,00
E 4	3,00	3,00
Zusammen:	112,00	98,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

3,00 E 10

Umwandlung nach E 10

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

7,00 E 9

Umwandlung nach E 9

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

4,00 E 6

Umwandlung nach E 6

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014

14,00 Umwandlungen / Umsetzungen

14,00 Stellen Abgänge insgesamt

-14,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

428 20 835 Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen 0 0 0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 232 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Beschäftigung von bis zu 7 Tarifbeschäftigten, davon 1 x E 15, 2 x E 11, 1 x E 10, 1 x E 9 und 2 x E 8, für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) gemäß Luftfahrtstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vom 4. Mai 2006 i. V. mit der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vom 4. 5. 2006. Erstattung in voller Höhe durch das Land Berlin.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2010	2011
E 15	0,00	1,00
E 11	0,00	2,00
E 10	0,00	1,00
E 9	0,00	1,00
E 8	0,00	2,00
Zusammen:	0,00	7,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Zugänge:

Neue Stellen

1,00 E 15

2,00 E 11

1,00 E 10

1,00 E 9

2,00 E 8

7,00 Zugänge neue Stellen

7,00 Stellen Zugänge insgesamt

7,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

453 10 719 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen 5.124 10.000 10.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Trennungsentschädigung	4.000
2.	Umzugskostenvergütung	6.000
Summe		10.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 4: 10.852.100 10.993.200

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	153.064	130.000	139.200
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Geschäftsbedarf	36.000
2.	Bücher, Zeitschriften	54.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	41.000
4.	Sonstiges	8.000
Summe		139.200

Mehr auf Grund gestiegener Kosten für Ergänzungslieferungen.

511 20	719	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	76.363	83.000	77.000
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Postgebühren	46.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	4.500
3.	Fernmeldegebühren	26.500
4.	Sonstiges	0
Summe		77.000

Im Landesamt sind 19 Mobiltelefone im Einsatz.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

514 10	719	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	46.273	60.000	43.200
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	42.200
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
Summe		43.200

Weniger durch die Reduzierung der Dienstfahrzeuge.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2010		Soll 2011	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	3	0	2	0
PKW	11	2	9	2
Anhänger	1	0	1	0
Wasserfahrzeug	1	0	1	0
Zusammen	16	2	13	2

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

517 10 719 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 0 0 2.700

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Heizung	0
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	0
4.	Grundbesitzabgaben	0
5.	Bewachungskosten	0
6.	Sonstiges	2.700
Summe		2.700

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen, die nicht vom BLB im Rahmen der Einzelnutzungsvereinbarungen abgedeckt sind. Mehr in Anpassung an den Bedarf.

518 20 719 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 17.333 18.000 16.000

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	16.000
2.	Mieten für Software	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0
Summe		16.000

Miete von 7 Kopiergeräten.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

518 25 719 **Mietzahlungen an den BLB** 708.842 686.000 824.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2011 EUR
1.	Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten (LBV-Hauptsitz)	308.000
2	Gulbener Straße 24, 03046 Cottbus (LBV-Außenstelle Cottbus)	181.400
3	Müllroser Chaussee 48 (Haus 7), 15236 Frankfurt (LBV-Außenstelle Frankfurt)	99.800
4	Mittelstraße 9, 12529 Schönefeld (Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg)	160.700
5	Breite Straße 7a, 14467 Potsdam (LBV-Außenstelle Potsdam)	50.100
6	Flughafen Berlin-Schönefeld, OPS Gebäude, 12521 Berlin (Örtliche Luftaufsicht)	600
7	Flughafen Berlin-Tegel, Bauteil V, 13405 Berlin (Örtliche Luftaufsicht)	24.000
Summe		824.600

Mehr in Anpassung an die Einzelnutzungsvereinbarungen.

518 30 719 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 2.699 4.100 4.000

*Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus Titel 811 10 gedeckt werden.*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2010	2011	
		vorhanden	davon neu
PKW	2	2	0
Zusammen	2	2	0

525 10 719 **Aus- (und Fort)bildung** **136.333** **68.200** **126.000**

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Aus- und Fortbildung	126.000
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	126.000

Mehr auf Grund der ausstehenden Qualifizierungsoffensive und durch kostenintensive Fachfortbildungen in der Luftfahrt.

526 10 719 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** **59.210** **45.000** **236.700**

Erläuterungen:

Mehr durch die Veranschlagung von Sachverständigenkosten für die Prüfung des Luftsicherheitsplans des Verkehrsflughafens BER.

527 10 719 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** **22.408** **20.000** **22.500**

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an die tatsächliche Ausgabenentwicklung.

531 10 719 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** **12.306** **5.000** **22.500**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Aufgaben der Raubeobachtung und der Städtebauförderung erfordern professionelle Vermittlung der Arbeitsergebnisse an Ministerien, Kommunen und andere Nachfrager. Erhöhter Aufwand durch Trend zur Professionalisierung von Veröffentlichungen. Durch Outputverbesserung, insbesondere in den Bereichen deutsch-polnische Kooperation, Stadtbau erhöhter quantitativer Bedarf.

Mehr, da im Jahr 2011 die Fortsetzung der Veröffentlichungsreihe Brandenburg regional vorgesehen ist.

535 10 719 **Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens** **3.832** **5.000** **4.500**

537 10 719 **Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen** **9.408** **70.000** **45.000**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 537 10

Erläuterungen:

	2011 EUR
1. Fachinformationsbanken für die Verkehrsbehörden	30.000
2. Gutachterliche Leistungen zum Monitoring des Landesentwicklungsplanes	15.000
Summe	45.000

Weniger durch die Anpassung an den Bedarf.

541 10	719	Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	9.551	6.000	7.700
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

546 10	719	Sonstiges	3.833	3.000	3.600
--------	-----	-----------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Zahlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt für Auskünfte aus dem Verkehrszentralregister.

546 20	719	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(534 10)	719	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	0	0	
----------	-----	---	---	---	--

aus Titelgruppen:

94.800 299.300

Summe HGr. 5:	1.298.100	1.874.500
---------------	-----------	-----------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10	835	Personalkostenerstattung Luftaufsicht BER			0
--------	-----	---	--	--	---

neu

Summe HGr. 6:		0
---------------	--	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	719	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	10.000	51.100
--------	-----	----------------------------------	---	--------	--------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 518 30.

Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasings beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 811 10

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

2011		2011
		EUR
3	PKW	51.100
Zusammen		51.100

Aussonderung:

2011	
1	Kleinbus
2	PKW
3	Zusammen

Mehr auf Grund der geplanten Ersatzbeschaffungen.

812 10	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	0	10.000
---------------	------------	--	----------	----------	---------------

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen

		2011
		EUR
1.	Ausstattungsgegenstände	10.000
Summe		10.000

Mehr auf Grund geplanter Ersatzbeschaffungen.

aus Titelgruppen: 176.800 81.100

Summe HGr. 8: 186.800 142.200

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10	990	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	105.667	105.700	105.700
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weiterleitung des vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteils für die Luftaufsicht.

Summe HGr. 9: 105.700 105.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79 719 **Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)** 0 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2010	2011
Regierungsrat	A13	hD	2,00	0,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	1,00	0,00
Zusammen:			3,00	0,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2011

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung			
2,00	A13 hD	Regierungsrat	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
1,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
<hr/>			
3,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
<hr/>			
3,00	Stellen Abgänge insgesamt		
<hr/>			
-3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 79 719 **Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)** 0 0

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2010	2011
E 13		4,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 10		0,00	3,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 9		3,00	10,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	1,00 im Jahr 2011 (bis 31.12.; PBP 2011)		
	2,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	4,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
E 6		1,00	5,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
Zusammen:		8,00	19,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2011

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

3,00	E 13	Einsparung 2010 laut Personalbedarfsplanung
<u>3,00</u>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
3,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

3,00	E 10	Umwandlung von E 10	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
7,00	E 9	Umwandlung von E 9	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
4,00	E 6	Umwandlung von E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 laut Personalbedarfsplanung 2014
<u>14,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
14,00	Stellen Zugänge insgesamt		
14,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 **0**

TGr. 99 Ausgaben der Datenverarbeitung

511 99	719	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	56.358	44.000	68.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1	Hardware	42.000
2	Software	2.400
3	Unterhaltung	22.100
4	Kommunikation	1.500
5	Sonstiges	0
Summe		68.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

518 99	719	Mieten	0	0	0
---------------	------------	---------------	----------	----------	----------

525 99	719	Aus- (und Fort)bildung	9.490	6.000	13.500
---------------	------------	-------------------------------	--------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	13.500
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		13.500

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

538 99 719 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 28.135 44.800 217.800

Erläuterungen:

Mehr wegen Veranschlagung von Maßnahmen, die in den Vorjahren dem Titel 812 99 zugeordnet worden sind.

812 99 719 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 445.332 176.800 81.100

Erläuterungen:

		2011 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
1.1	Hardware	50.000
1.2	Software	0
1.3	Kommunikation	0
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>50.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Hardware	15.000
2.2	Software	0
2.3	Kommunikation	0
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>15.000</i>
3.	Sonstiges	
3.1	Sonstiges	16.100
	<i>Summe zu 3.</i>	<i>16.100</i>
	Summe	81.100

Weniger wegen Veranschlagung bei 538 99.

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 271.600 380.400

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 271.600 380.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.264.700	1.264.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.300	99.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	105.700	105.700
Gesamteinnahme		1.469.700	1.469.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	10.852.100	10.993.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.298.100	1.874.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	186.800	142.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	105.700	105.700
Gesamtausgabe		12.442.700	13.115.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-10.973.000	-11.646.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	725	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0
--------	-----	-----------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich für Rückflüsse aus Verwendungsnachweisprüfungen eingerichtet.

124 10	723	Mieten und Pachten	56.079	0	0
--------	-----	---------------------------	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Eine Nettoveranschlagung bei den Ausgaben für die Zuführung an den Landesbetrieb für betriebliche Tätigkeit (Titel 682 51) wird seit 2010 vorgenommen:

- um den Verwaltungsaufwand zwischen dem MIL und dem LS zu reduzieren,
- um die Verantwortung des LS hinsichtlich seiner Liquidität durch die Sicherung der Bereitstellung der Erstattungen des Bundes und von Dritten zu stärken.

Das hat zur Folge, dass die nachfolgenden bis 2009 bei den Titeln 124 10, 231 30, 233 20, 233 30 und 281 30 veranschlagten Einnahmen nicht mehr in den Ausgaben bei dem Titeln 682 51, sondern als Erlöse im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen (LS) veranschlagt sind:

Einnahmen aus Erstattungen Dritter in Höhe von 5.940.000 € für die betriebliche Tätigkeit des Landesbetriebes davon:

- Einnahmen aus Mieten und Pachten (40.000 €),
- Erstattungen des Bundes von Verwaltungsausgaben im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes (5.000.000 €),
- Erstattungen von Kommunen für erbrachte Winterdienstleistungen (400.000 €) ,
- Erstattungen von Kommunen für erbrachte Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen (450.000 €),
- Erstattungen von Dritten für Unterhaltungsarbeiten (50.000 €).

Summe HGr. 1:			0	0	0
----------------------	--	--	----------	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 30	722	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	8.584.193	0	0
--------	-----	---	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die durch den Bund zu erstattenden Aufwendungen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes für die Straßenunterhaltung.
Siehe Erläuterungen bei Titel 124 10.

233 20	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Winterdienstleistungen	1.041.878	0	0
--------	-----	---	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von Vereinbarungen werden durch die Straßenbauverwaltung Winterdienstleistungen an Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes- und Landesstraßen erbracht. Die Kostenerstattungen durch die Kommunen erfolgt in der Regel nach der Winterperiode.
Siehe Erläuterung bei Titel 124 10.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

233 30	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen	270.405	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von Vereinbarungen werden durch die Straßenbauverwaltung Unterhaltungs- und Instandsetzungsleistungen an Kreisstraßen und Brücken erbracht. Die Einnahmen decken die Ausgaben für eingesetztes Material und erteilte Aufträge an Dritte.
 Siehe Erläuterung bei Titel 124 10.

281 30	729	Erstattungen von Dritten für Unterhaltungsarbeiten	89	0	0
--------	-----	---	-----------	----------	----------

Erläuterungen:

Erwartet werden Erstattungen von Dritten für durch das Land erbrachte Unterhaltungsleistungen an Straßen, Brücken, Wegen und anderen Ingenieurbauwerken sowie Ablösebeträge.
 Siehe Erläuterung bei Titel 124 10.

281 40	711	Abführungen des Landesbetriebes Straßenwesen an den Landeshaushalt	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

		Summe HGr. 2:	0	0	0
--	--	---------------	----------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	725	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)	33.329.600	32.529.600	32.529.600
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 883 10

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel zur Verbesserung des Kommunalen Straßenbaus.

331 11	722	Erstattung vom Bund für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an Bundesstraßen	4.822.938	0	0
--------	-----	---	------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 331 11

Erläuterungen:

Nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BstrVermG) i.d.F. des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1246) trägt der Bund Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens.

Dagegen haben die Länder nach Artikel 104 a Abs. 5 GG die bei den Behörden mit den Bauleistungen in Zusammenhang stehenden Verwaltungs- und Planungsausgaben durch Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen zu übernehmen, die vom Bund durch die Zahlung einer Pauschale von 2 v.H. der Baukosten für die Kosten der Entwurfsbearbeitung und 1 v.H. der Baukosten für die Kosten der Bauaufsicht abgegolten werden.

Die Bundeseinnahmen stehen in Abhängigkeit zu fertiggestellten Baumaßnahmen an Bundesstraßen.

Eine Nettoveranschlagung bei den Ausgaben für die Zuführung an den Landesbetrieb für Straßenplanung und Straßenbau (Titel 891 10) wird seit 2010 vorgeommen:

- um den Verwaltungsaufwand zwischen dem MIL und dem LS zu reduzieren,
- um die Verantwortung des LS hinsichtlich seiner Liquidität durch die Sicherung der Bereitstellung der Erstattungen des Bundes und von Dritten zu stärken.

Das hat zur Folge, dass die nachfolgenden, bis 2009 bei den Titeln 331 11, 331 12, 333 11 und 337 10 veranschlagten Einnahmen nicht mehr in den Ausgaben bei dem Titeln 891 10, sondern als Erlöse im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen (LS) veranschlagt sind:

Einnahmen aus Erstattungen Dritter in Höhe von 7.600.000 € für die Straßenplanung und Straßenbau davon:

- Erstattungen des Bundes für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an Bundesstraßen (4.950.000€),
- Erstattungen des Bundes für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an Bundesautobahnen (2.300.000 €),
- Erstattungen von Kommunen für Investitionen im Straßen-und Brückenbau (100.000),
- Erstattungen von Dritten für Investitionen im Straßen-und Brückenbau (250.000).

331 12	721	Erstattungen vom Bund für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bundesautobahnen	2.113.279	0	0
--------	-----	---	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 331 11.

333 11	724	Erstattungen von Kommunen für Investitionen	187.061	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Die Kommunen erstatten dem Land im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen die anteiligen Kosten für Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau, die das Land vorfinanziert.

Siehe Erläuterungen bei Titel 331 11.

337 10	723	Erstattungen von Dritten für Investitionen im Straßen- und Brückenbau	570.151	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Medienträger, Abwasserverbände erstatten dem Land im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen die anteiligen Kosten für Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau, die das Land vorfinanziert.

Siehe Erläuterungen bei Titel 331 11.

389 01	729	Einnahmen des Bundes zur Ausgleichsfinanzierung -Investitionen an Bundesfernstraßen-	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

*Siehe Vermerk bei Titel 989 01.
(§ 17 Abs. 3 LHO)*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 389 01

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 989 01.

Summe HGr. 3:	32.529.600	32.529.600
---------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

Erläuterungen:

Die EU- Kommission gewährt einen Zuschuss für Vorhaben von gemeinsamen Interesse "EasyWay" -2007-EU - 50010 - P- auf dem Gebiet der europaweiten Einführung von intelligenten Verkehrssystemen auf dem wichtigsten Korridoren des transeuropäischen Netzes (TEN- V).

Das Projekt wird fortgesetzt. Es werden Planungs- und Baukosten für den Aufbau und die Erneuerung von intelligenten Verkehrssystemen (Straße) im Land Brandenburg zu jeweils 20% gefördert.

Die Einnahmen werden u.a. für den Aufbau des gemeinsamen Verkehrsmanagements Berlin- Brandenburg, für den Umbau der Verkehrsbeeinflussungsanlage A 10 sowie für den Verkehrsdatenaustausch mit der Republik Polen genutzt.

331 90	011	Zuschuss des Bundes für das Projekt easy Way (Connect)	193.281	0	0
---------------	-----	---	----------------	----------	----------

Die Ist- Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei der Titelgruppe 90.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 90	0	0
-----------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Innerhalb des Kapitels sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig:
 682 40, 682 50, 682 51, 891 10, 891 11 und 891 12

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	723	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	1.500
---------------	-----	--	----------	----------	--------------

Erläuterungen:

Veröffentlichungen von Planfeststellungen.
 Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 10	711	Kosten für Gutachten	107.533	15.000	50.000
---------------	-----	-----------------------------	----------------	---------------	---------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	40.000
davon fällig:	
2012 bis zu	20.000
2013 bis zu	20.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			20.000	20.000
2013			20.000	20.000
2014				
2015 ff.				
Summen			40.000	40.000

Erläuterungen:

Gutachterliche Unterstützung bei der Erarbeitung einer Strategie der Förderung des Kommunalen Straßenbaus bis 2020.
 Mehr in Anpassung an den Bedarf.

541 10	711	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	0	0	3.000
---------------	-----	--	----------	----------	--------------

Erläuterungen:

Mehr aufgrund geplanter Veranstaltungen.

aus Titelgruppen:	402.000	200.000
--------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:	417.000	254.500
----------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 40	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personal-kosten	77.900.359	82.142.700	83.407.300
682 41	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für eingesetz-tes Personal incl. Auszubildende an Bundesautobahnen	0	0	0
682 43	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personal der Verkehrsrechnerzentrale	0	0	0
682 44	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für eingesetz-tes Personal an Kreisstraßen	0	0	0
682 50	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für verwal-tungswirtschaftliche Tätigkeit	7.041.690	7.507.100	6.913.600

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss für Aufwendungen für die verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit z.B. Bürobedarf, Brief- und Paket-gebühren, Post- und Fernmeldebereich, Fachliteratur, Mieten und Pachten , Entschädigungs und Ersatzleistungen an Dritte.

Weniger infolge der Konsolidierungsbeschlüsse der Landesregierung.

682 51	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebli-che Tätigkeit	36.467.000	28.940.000	28.940.000
--------	-----	---	------------	------------	------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	20.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	15.000.000
2013 bis zu	5.000.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 aus-gebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	500.000	10.000.000		10.500.000
2012		5.000.000	15.000.000	20.000.000
2013			5.000.000	5.000.000
2014				
2015 ff.				
Summen	500.000	15.000.000	20.000.000	35.500.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 124 10.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

683 10 723 **Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen** 401.670 230.000 410.000

Erläuterungen:

Für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Landesstraßen und Wegen sowie für sonstige Leistungen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) Aufwendungen erstattet.
 Mehr aufgrund der verstärkten Übernahme von Strecken durch nichtbundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen (NEB).

Summe HGr. 6: 118.819.800 119.670.900

HGr. 7: Baumaßnahmen

799 10 725 **Minderausgaben bei den Baumaßnahmen** 0

Summe HGr. 7:

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10 725 **Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)** 33.329.600 32.529.600 32.529.600

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	27.500.000
davon fällig:	
2012 bis zu	19.000.000
2013 bis zu	6.000.000
2014 bis zu	2.500.000
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	6.000.000	19.000.000		25.000.000
2012	2.500.000	6.000.000	19.000.000	27.500.000
2013		2.500.000	6.000.000	8.500.000
2014			2.500.000	2.500.000
2015 ff.				
Summen	8.500.000	27.500.000	27.500.000	63.500.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 10

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 331 10.

Die auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden durchzuführende investive Förderung hat u.a. das Ziel:

- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau von verkehrswichtigen Straßen und Brücken,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Erscheinungsbildes in Ortsdurchfahrten,
- Schaffung sicherer Schulwege durch den Ausbau von Radwegen.

891 10	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	71.601.697	72.717.900	50.036.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	55.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	30.000.000
2013 bis zu	20.000.000
2014 bis zu	5.000.000
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	19.880.000	30.000.000		49.880.000
2012	3.305.000	20.000.000	30.000.000	53.305.000
2013		5.000.000	20.000.000	25.000.000
2014			5.000.000	5.000.000
2015 ff.				
Summen	23.185.000	55.000.000	55.000.000	133.185.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 331 11.

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Ausgaben in folgenden Bereichen erfüllen:

- Planungs- und Entwurfsbearbeitung an Bundesfern- und Landesstraßen, Brücken und Radwegen,
- Um-, Ausbau von Landesstraßen und Brücken,
- Neubau von Landesstraßen und Brücken,
- Maßnahmen des Radwegeprogramms,
- Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Landesstraßen und Brücken,
- Kreuzungsmaßnahmen,
- Grunderwerb für Landesstraßen.

Weniger wegen der Erhöhung der Kofinanzierung bei Titel 891 12 und der Erbringung des Haushaltskonsolidierungsbeitrages.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 891 10

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Maßnahmen sind nicht verbindlich)

Neu-, Um-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen

1. Neubaumaßnahmen:

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2010 1.000 EUR	Ansatz 2011 1.000 EUR	Vorhalten für 2012ff 1.000 EUR
	L 66 NE Mühlberg	5.250,0	590,0	3.000,0	1.660,0
	L 40 OU Güterfelde-Nuthestr./ Güterf. Eck	7.149,0	1.200,0	2.000,0	3.949,0
	L 40 OU Güterfelde	28.834,4	4.400,0	14.000,0	10.434,4
	L 96 Marquede-Milow	1.131,2	471,2	660,0	0,0
	L 76 Mahlow 2.BA	9.301,4	0,0	2.600,0	6.701,4
	L73 RW Dobbrikow-Hennickendorf	1.242,5	0,0	214,0	1.028,5
	L33 vierstreifiger Ausbau AS Marzahn-OL Hönow	5.793,9	0,0	2.500,0	3.293,9
	Summe	58.702,4	6.661,2	24.974,0	27.067,2

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Die Maßnahmen sind nicht verbindlich)

2. Um- und Ausbaumaßnahmen (L 76 und L 33) sowie Erhaltungsmaßnahmen

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2010 1.000 EUR	Ansatz 2011 1.000 EUR	Vorhalten für 2012ff 1.000 EUR
	L 383 OD Schönfließ	1.040,8	0,0	895,1	145,7
	L 239 Br.ü. d. Weise /Görlsdorf+ Durchlass	1.014,8	62,3	802,5	150,0
	L 172 OD Velten, KP Hafenstr, 3+4. BA	3.336,5	390,1	872,1	2.074,3
	L 16/ L 18 KP Abzw. Storbeck	769,8	14,8	755,0	0,0
	L 14/ L 15 OD Wittstock, Rheinsb. Str.	1.570,0	766,0	804,0	0,0
	L 314 OD Zepenick, 3. BA	1.305,6	440,3	863,3	2,0
	L 40 BW Storkower Kanal	1.608,6	108,6	750,0	750,0
	L 401 OD Wildau	2.677,6	1.000,0	706,0	971,6
	L 303 OD Eggersdorf	1.500,0	0,0	1.000,0	500,0
	L 39 OD Friedersdorf	2.655,6	55,6	2.000,0	600,0
	L 35 Prötzel - Harnekopp	1.977,2	835,2	839,0	303,0
	L 797 OD Blankenfelde -Mahlow	4.621,0	834,0	547,0	3.240,0
	L 30 Erkner, EÜ Bahnhofstr.	2.873,0	2.353,0	520,0	0,0
	L 16 OD Neuruppin	5.900,0	100,0	2.100,0	3.700,0
	L 122 OD Boberow	1.400,0	100,0	1.300,0	0,0
	Summe	34.250,5	7.059,9	14.754,0	12.436,6

891 11	723	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	6.370.000	6.370.000	5.000.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	4.500.000
davon fällig:	
2012 bis zu	3.500.000
2013 bis zu	1.000.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 891 11

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	100.000	1.400.000		1.500.000
2012		100.000	3.500.000	3.600.000
2013			1.000.000	1.000.000
2014				
2015 ff.				
Summen	100.000	1.500.000	4.500.000	6.100.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zuführungen für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Investitionen im IT-Bereich und Beschaffung von Fahrzeugen für den Betriebsdienst zur Erledigung der Aufgaben.

Für den Verwaltungsbereich werden 2011 weitere (neu) 14 Dienstkraftfahrzeuge geleast und 1 Kleinbus als Ersatz beschafft.

Damit besteht ein Investitionsbestand im Verwaltungsbereich aus: 9 Kleinbussen, 181 PKW's und 11 Spezialfahrzeugen(für Brückenprüfungen und Vermessungsarbeiten)

Weniger wegen der Erbringung des Haushaltskonsolidierungsbeitrages.

891 12 723 Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen 12.080.903 7.450.000 13.300.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	1.600.000
davon fällig:	
2012 bis zu	800.000
2013 bis zu	800.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	2.500.000	11.000.000		13.500.000
2012	1.000.000	8.000.000	800.000	9.800.000
2013		1.700.000	800.000	2.500.000
2014				
2015 ff.				
Summen	3.500.000	20.700.000	1.600.000	25.800.000

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

aus Titelgruppen:

1.133.100

1.300.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 8:		120.200.600	102.165.600
---------------	--	--------------------	--------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

989 01	729	Ausgaben zur Vorfinanzierung von Investitionen an Bundesfernstraßen	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen im Vorgriff auf erwartete Einnahmen bei Titel 389 01 bis zur Höhe von 20 Mio. € geleistet werden.

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 20 Mio € für Investitionen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres vorübergehend geleistet werden, soweit der Bund entsprechende zusätzliche Mittelzuweisungen in Aussicht stellt. Die geleisteten Ausgaben werden noch vor Abschluss des Haushaltsjahres durch Bundesmittel ausgeglichen.

Summe HGr. 9:		0	0
---------------	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Bauliche Maßnahme an Landesstraßen, Sonderfinanzierung

1. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.

518 60 723 Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen 464.787 402.000 200.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	470.000
davon fällig:	
2012 bis zu	190.000
2013 bis zu	140.000
2014 bis zu	90.000
2015 ff. bis zu	50.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	95.300			95.300
2012	72.400		190.000	262.400
2013	48.900		140.000	188.900
2014	24.800		90.000	114.800
2015 ff.			50.000	50.000
Summen	241.400		470.000	711.400

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zinszahlungen des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme "OU Fürstenwalde". Weniger wegen geringeren Zinszahlungen.

Voraussichtliche Gesamtkosten:	7.783.053 €
bisher bewilligt und verausgabt:	7.043.053 €
Ansatz 2011:	200.000 €
Vorbehalten bis 2015:	540.000 €

823 60 723 Investitionskosten für Sonderfinanzierungen 1.133.096 1.133.100 1.300.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	2.500.000
davon fällig:	
2012 bis zu	600.000
2013 bis zu	600.000
2014 bis zu	650.000
2015 ff. bis zu	650.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 823 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	840.300			840.300
2012	863.200		600.000	1.463.200
2013	886.600		600.000	1.486.600
2014	910.800		650.000	1.560.800
2015 ff.			650.000	650.000
Summen	3.500.900		2.500.000	6.000.900

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anfallenden Tilgungsraten des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme "OU Fürstenwalde".

Voraussichtliche Gesamtkosten: 16.500.000 €
bisher bewilligt und verausgabt: 10.319.580 €
Ansatz 2011: 1.300.000 €
Vorbehalten bis 2015: 4.880.420 €

Mehr wegen höheren Tilgungsraten.

972 60	989	Globale Minderausgabe	0	0	0
---------------	------------	------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	1.535.100	1.500.000
-------------------------------------	------------------	------------------

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 90 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

546 90	011	Ausgaben für das Projekt easy Way (Connect)	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

891 90	011	Zuschuss an den Landesbetrieb für das Projekt CONNECT	190.883	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.535.100	1.500.000
---	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	32.529.600	32.529.600
Gesamteinnahme		32.529.600	32.529.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	417.000	254.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	118.819.800	119.670.900
HGr. 7	Baumaßnahmen		
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	120.200.600	102.165.600
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		239.437.400	222.091.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-206.907.800	-189.561.400

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen (Vorläufige Ist- 2009 Daten)

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Erfolgsplan					
Erträge					
1		Umsatzerlöse	2.124.964	1.799.800	2.000.000
2		Entgelte des LS für Fachprodukte	274.568.254	272.254.700	273.193.900
2		- Zuschuss des Landes für Personal	0	0	0
2		- Zuschuss des Landes für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	0	0	0
2		- Zuschuss des Landes für betriebliche Tätigkeit	0	0	0
2		- Zuschuss des Landes für Straßenplanung Straßenbau	0	0	0
2		- Zuschuss des Landes für Sonderprogramme	0	0	0
2		- Zuschuss des Landes für die Umsetzung von EU-Programmen	0	0	0
3		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0	0	0
4		Sonstige betriebliche Erträge	20.659.083	8.100.000	8.000.000
5		Außerordentliche Beträge	0	0	0
6		Erträge aus der Entnahme von Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	297.352.301	282.154.500	283.193.900
		Gesamtsumme Erträge	297.352.301	282.154.500	283.193.900
Aufwendungen					
7		Materialaufwand	10.647.903	12.774.500	10.500.000
8		Bezogene Leistungen	167.846.802	145.392.300	149.093.900
8		- Aufwendungen für die Straßenunterhaltung / Winterdienst	0	0	0
8		- Aufwendungen für Planung/Entwurf sowie Bauaufsicht an Bundesfernstraßen	0	0	0
8		- Aufwendungen für die Planung und den Bau von Landesstraßen, Brücken und Radwegen sowie Sonderprogramme	0	0	0
8		- Aufwendungen für die Umsetzung von EU- Programmen	0	0	0
9		Personalaufwand	100.152.257	108.099.700	106.100.000
10		Abschreibungen	7.391.546	7.000.000	7.500.000
11		Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.309.498	8.888.000	10.000.000
12		Außerordentliche Aufwendungen	4.295	0	0
13		Abführungen an den Landeshaushalt	0	0	0
		Summe zu	297.352.301	282.154.500	283.193.900
		Gesamtsumme Aufwendungen	297.352.301	282.154.500	283.193.900
Abschluss					
		Erträge	297.352.301	282.154.500	283.193.900
		Aufwendungen	297.352.301	282.154.500	283.193.900

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen (Vorläufige Ist- 2009 Daten)

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
		Ablieferungen			
		Zuführungen			
		nachrichtlich: Im Rahmen der Auftragsverwaltung werden vom LS weitere Leistungen erbracht. Vorbehaltlich der Bestätigung des Bundeshaushaltes stehen dafür Bundesmittel für die Straßenunterhaltung und Investitionen in Höhe von 60.000.000 € bzw. 200.000.000 € zur Verfügung. Die Bewirtschaftung dieser Mittel erfolgt nach den Grundsätzen der Kameralistik.			
		Finanzplan			
		Deckungsmittel			
14		Zuweisungen des Landes für Investitionen des Betriebes	6.370.000	6.370.000	5.300.000
		Zusammen	6.370.000	6.370.000	5.300.000
		Finanzbedarf			
15		Investitionen für Verwaltung und Betrieb	6.370.000	6.370.000	5.300.000
		Zusammen	6.370.000	6.370.000	5.300.000
Stellenplan/-übersicht					
				Stellenanzahl	
				Soll 2010	Soll 2011
Planmäßige Beamte					
B4	hD	Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen		1,00	1,00
B2	hD	Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen		3,00	3,00
A16	hD	Leitender Regierungsdirektor		7,00	5,00
A15	hD	Regierungsdirektor		15,00	14,00
A14	hD	Oberregierungsrat		19,00	19,00
A13	hD	Regierungsrat		5,00	5,00
A13	gD	Regierungsoberamtsrat		39,00	39,00
A12	gD	Regierungsamtsrat		95,00	95,00
A11	gD	Regierungsamtmann		128,00	128,00
A10	gD	Regierungsoberinspektor		61,00	60,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektor		13,00	13,00
A8	mD	Regierungshauptsekretär		9,00	9,00
Zusammen:				395,00	391,00
Arbeitnehmer					
AT I				1,00	1,00
E 15				18,00	18,00
E 14				7,00	7,00
E 13				41,00	40,00

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen (Vorläufige Ist- 2009 Daten)

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
	E 11			89,00	88,00
	E 10			131,00	130,00
	E 9			79,00	77,00
	E 8			241,00	241,00
	E 7			429,00	418,00
	E 6			229,00	222,00
	E 5			456,00	501,00
	E 4			116,00	92,00
	E 3			24,00	24,00
	Zusammen:			1.861,00	1.859,00
	Stellen Auszubildende:				
	AZUBI			0,00	67,00
	Zusammen:			0,00	67,00
	Bemerkungen				
	In o. a. Stellenplan-/übersicht ist folgendes drittmittelfinanziertes Personal veranschlagt:				
	1 Stelle E 13				
	4 Stellen E 9				
	113 Stellen E 8				
	113 Stellen E 7				
	34 Stellen E 6				
	177 Stellen E 5				
	24 Stellen E 3				
	20 Stellen AZUBI				
	466 Arbeitnehmer				
	- für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Bund;				
	- für den Betrieb der Verkehrsrechnerzentrale, deren Finanzierung das Land Brandenburg entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Berlin in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 beschäftigten Arbeitnehmern zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen werden;				
	- für auf Kreisstraßen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Landkreis.				
	20 Auszubildende				
	- für die Straßenwärter-Ausbildung auf Bundesautobahnen - Erstattung in voller Höhe durch den Bund.				
	Der Stellenplan ist verbindlich.				

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Leerstellen Altersteilzeit					
A 15	hD	Regierungsdirektor		1	1
A 13	hD	Regierungsrat		0	1
A 13	gD	Oberamtsrat		0	1
A 12	gD	Regierungsamtsrat		0	1
A 11	gD	Regierungsamtmann		1	1
E 14				0	1
E 13				0	2
E 12				1	13
E 11				1	21
E 10				3	12
E 9				2	14
E 8				2	20
E 7				1	7
E 6				0	13
E 5				1	21
E 4				0	1
E 3				0	1
Begründung der Änderungen im Stellenplan bzw. der Stellenübersicht					
Umwandlung/Umsetzung					
Zugänge					
70	E 5	Zugang Umsetzung von Kapitel 11 080 (Wirtschaftsplan LFB)			
67	AZUBI	Aufnahme in den Stellenplan (bisher außerhalb des Stellenplans geführt)			
Abgänge infolge Einsparung gemäß PBP 2010					
2	A 16	Leitender Regierungsdirektor			
1	A 15	Regierungsdirektor			
1	A 12	Regierungsamtsrat			
3	A 11	Regierungsamtmann			
1	A 10	Regierungsoberinspektor			
1	A 9 mD	Regierungsamtsinspektor			
1	E 13				
6	E 11				
3	E 10				
8	E 9				
19	E 8				
9	E 7				
3	E 6				
18	E 5				
Zugänge Leerstellen Altersteilzeit					
1	A 13 hD	Regierungsrat			
1	A 13 gD	Oberamtsrat			
1	A 12 gD	Regierungsamtsrat			
1	E 14				
2	E 13				
12	E 12				
20	E 11				
9	E 10				
12	E 9				
18	E 8				
6	E 7				
13	E 6				
20	E 5				
1	E 4				
1	E 3				

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2009 - EUR -	Ansatz 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -
1	2	3	4	5	6
kw-Vermerke wegen der Umsetzung der Personalbedarfsplanung bis 2014					
davon kw-Vermerke 2011					
2	A 13 hD	PBP 2011			
2	A 12	PBP 2011			
4	A 11	PBP 2011			
3	E 13	PBP 2011			
4	E 11	PBP 2011			
1	E 10	PBP 2011			
1	E 9	PBP 2011			
2	E 8	PBP 2011			
4	E 6	PBP 2011			
11	E 5	PBP 2011			
17	E 4	PBP 2011			
51	Zusammen				
davon kw-Vermerke 2012					
2	A 12	PBP 2012			
1	A 11	PBP 2012			
1	A 10	PBP 2012			
2	E 13	PBP 2012			
5	E 11	PBP 2012			
6	E 10	PBP 2012			
11	E 9	PBP 2012			
1	E 8	PBP 2012			
2	E 6	PBP 2012			
8	E 5	PBP 2012			
25	E 4	PBP 2012			
64	Zusammen				
davon kw-Vermerke 2013					
1	E 13	PBP 2013			
18	E 9	PBP 2013			
40	E 5	PBP 2013			
59	Zusammen				
davon kw-Vermerke 2014					
1	E 13	PBP 2014			
15	E 9	PBP 2014			
8	E 8	PBP 2014			
12	E 6	PBP 2014			
15	E 5	PBP 2014			
4	E 4	PBP 2014			
55	Zusammen				

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	749	Gebühren, sonstige Entgelte	75.471	100.000	100.000
--------	-----	------------------------------------	---------------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 20.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV).
 Einnahmen für die Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen sind zweckgebunden bei 546 20 zu verausgaben und nicht veranschlagt.

		2011
		EUR
1	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht	75.000
2	Einnahmen für die "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"	0
3	Einnahmen für die Genehmigung auf dem Gebiet der Luftfahrt	25.000
	Summe	100.000

112 10	759	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

119 10	749	Sonstige Einnahmen	800	0	0
--------	-----	---------------------------	------------	----------	----------

119 15	749	Rückflüsse aus Zuwendungen	3.901	0	0
--------	-----	-----------------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

aus Titelgruppen:	105.000	105.000
--------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 1:	205.000	205.000
----------------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

111 70	011	Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren	67.736	105.000	105.000
---------------	-----	--	---------------	----------------	----------------

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 70 zu.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 70	105.000	105.000
------------------------------	---------------	----------------	----------------

TGr. 90 Verkehrssicherheit

119 90	729	Einnahmen aus Verkehrssicherheitsarbeit	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 90.

Erläuterungen:

Einnahmen von Erlösen aus der Verwertung von Nutzungsrechten sowie Entgelte im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 90	0	0
------------------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	105.000	105.000
------------------------------	----------------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 12	759	Fluglärmkommission	1.222	2.600	2.600
---------------	-----	---------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) für den Flughafen Schönefeld (künftig Verkehrsflugafen Berlin Brandenburg) sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

536 10	749	Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung	447.440	460.000	480.000
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrage des Landes durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 (2) des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Wahrnehmung von Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde für Straßenbahnen und Obusunternehmen nach § 54 (1) PBefG i. V. m. § 5 (2) BOStrab. Mehr auf Grund rechtlicher Verpflichtung.

537 10	791	Ausgaben für Gutachten	281.566	100.000	90.000
---------------	-----	-------------------------------	----------------	----------------	---------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	373.000
davon fällig:	
2012 bis zu	100.000
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	86.000
2015 ff. bis zu	87.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		20.000		20.000
2012			100.000	100.000
2013			100.000	100.000
2014			86.000	86.000
2015 ff.			87.000	87.000
Summen		20.000	373.000	393.000

Erläuterungen:

Untersuchungen zu Auswirkungen der demographischen Entwicklung im Land Brandenburg auf verkehrspolitische Maßnahmen sowie Umsetzung des EU-Verkehrssicherheitsprogramms.

546 20	749	Ausgaben für den Prüfungsausschuss "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 111 10 aufkommenden Einnahmen "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen" geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 546 20

Erläuterungen:

Gemäß § 1 (2) der Eisenbahnprüfungsverordnung (EBPV) können die Länder einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden. Die dem Ausschuss durch die Abnahme der Prüfungen entstehenden Auslagen werden durch die Einnahmen bei Titel 111 10 gedeckt.

aus Titelgruppen: 825.000 866.600

Summe HGr. 5: 1.387.600 1.439.200

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10	731	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Bilgenwasserentsorgung	80.000	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

685 20	731	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Bilgenentwässerungsverband	3.409	12.000	16.000
---------------	------------	--	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Verwaltung und Organisation des Bilgenentwässerungsverbandes gemäß des "Übereinkommens zur Bilgenentölung der Rhein- und Binnenschifffahrt" und zur Finanzierung der Investitions- und Betriebskosten für das neue elektronische Bezahlssystem. Die Höhe der anteiligen Kosten ergibt sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Mehr in Anpassung an den Bedarf.

685 30	741	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG)	0	1.700	0
---------------	------------	---	----------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(632 10)	791	Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz
-----------------	------------	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 020/632 10 (Ist 2009: 2.808 Euro, Ansatz 2010: 2.500 Euro).

aus Titelgruppen: 600.000 600.000

Summe HGr. 6: 613.700 616.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Planungsleistungen als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von GA-I- und EFRE-Fördermitteln für die Finanzierung der Hafeninvestitionen. Vorrangig werden Maßnahmen der regionalen Wachstumskerne gefördert. Zusätzlich können auch kleinere Investitionen bewilligt werden.

883 60 731 Zuweisungen an Gemeinden **23.600 20.000 20.000**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	20.000
davon fällig:	
2012 bis zu	20.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			20.000	20.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen			20.000	20.000

891 60 731 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen **154.851 100.000 100.000**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2012 bis zu	100.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 891 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011				
2012			100.000	100.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen			100.000	100.000

892 60	731	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **120.000** **120.000**

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

*Die Ausgaben sind übertragbar (§ 19 LHO).
 Siehe Vermerk bei Titel 111 70.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Titelgruppe werden u.a. benötigt, um die geplanten Anhörungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Flughafen Schönefeld (künftig Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg) durchzuführen. Desweiteren sind durch das MIL als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung flugbetrieblicher oder spezieller technischer Probleme.

511 70	759	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	0	0	1.000
--------	-----	--	----------	----------	--------------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

518 70	759	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0	5.000	5.000
--------	-----	--	----------	--------------	--------------

526 70	759	Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten	183.854	120.000	110.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

537 70	759	Gutachten	170.988	90.000	99.000
--------	-----	------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Vorbereitung der Inbetriebnahme des Flughafens Schönefeld (künftig Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg).

538 70	759	Ausgaben für die Datenverarbeitung	0	5.000	5.000
--------	-----	---	----------	--------------	--------------

546 70	759	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	5.000	5.000
--------	-----	---------------------------------------	----------	--------------	--------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

547 70	759	Sonstige Dienstleistungen	14.512	0	100.000
--------	-----	---------------------------	--------	---	---------

Erläuterungen:

Mehr wegen Vorbereitung der Inbetriebnahme des Flughafens Schönefeld (künftig Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg).

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70			225.000	325.000
-------------------------------------	--	--	---------	---------

TGr. 80 "Landeswasserstraßen"

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die gesetzliche Grundlage bildet das Brandenburgische Wassergesetz vom 15. Juli 1994 und die darauf beruhende Landesschiffahrtsverordnung.

Veranschlagt sind die Mittel für Beschaffung, Austausch und Aufstellung von Schifffahrtszeichen, Tonnen und Bojen sowie für die Verbesserung der technischen und betrieblichen Bedingungen der Schifffahrtsanlagen an den schiffbaren Landesgewässern:

- Kennzeichen für Landeswasserstraßen
- Ausstattung mit Bojen, Tonnen und Schildern
- Schaffung und Verbesserung der technischen Bedingungen an Schifffahrtsanlagen sowie deren Unterhaltung:
 - Wartung, Reparatur und Ersatz der Schifffahrtszeichen, Bojen und Tonnen
- Wartung, Reparatur von Schifffahrtsanlagen
- Schifffahrtsgerechte Ausbaggerungen, Hindernisbeseitigung und Ufermaßnahmen.

521 80	731	Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer	397.645	300.000	270.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

812 80	731	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die schiffbaren Landesgewässer	41.997	60.000	60.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			360.000	330.000
-------------------------------------	--	--	---------	---------

TGr. 90 Verkehrssicherheit

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel im Wesentlichen für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten der Verkehrserziehung und -aufklärung, zur Unterstützung der Arbeit der Landesverkehrswacht sowie für die Schul- und Spielwegsicherung und die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen. Dies trägt dem Ziel der Landesregierung Rechnung, insbesondere die Zahl der Verkehrstoten um jährlich 5% senken zu wollen. Derzeit liegt Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In Auswertung der Unfallbilanz wurde durch die IMAG Verkehrssicherheit dem Kabinett am 13.01.2009 ein umfangreiches Maßnahmenbündel (Aktionsplan Verkehrssicherheit) vorgestellt, das weitergeführt werden soll. Darüber hinaus soll ein leistungsfähiges geodatenbasiertes Expertensystem zur Unfallauswertung von den in den Unfallkommissionen vertretenen Einrichtungen eingesetzt werden. Die Höhe der institutionellen Förderung der Landesverkehrswacht aus Titel 685 90 richtet sich nach dem jährlichen Wirtschaftsplan.

536 90	729	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	229.098	300.000	271.600
--------	-----	---	---------	---------	---------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 536 90

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	400.000
davon fällig:	
2012 bis zu	200.000
2013 bis zu	200.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		150.000		150.000
2012			200.000	200.000
2013			200.000	200.000
2014				
2015 ff.				
Summen		150.000	400.000	550.000

685 90	729	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	1.126.775	600.000	600.000
---------------	------------	--	------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	600.000
davon fällig:	
2012 bis zu	300.000
2013 bis zu	300.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		300.000		300.000
2012			300.000	300.000
2013			300.000	300.000
2014				
2015 ff.				
Summen		300.000	600.000	900.000

883 90	729	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	450.000	450.000	450.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 90

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	150.000
davon fällig:	
2012 bis zu	150.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		150.000		150.000
2012			150.000	150.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		150.000	150.000	300.000

891 90 729 **Zuschuss an den Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrssicherheitsarbeit** **0** **0** **0**

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 **1.350.000** **1.321.600**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **2.055.000** **2.096.600**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	205.000	205.000
--------	---	---------	---------

Gesamteinnahme		205.000	205.000
-----------------------	--	----------------	----------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.387.600	1.439.200
--------	---	-----------	-----------

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	613.700	616.000
--------	---	---------	---------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	630.000	630.000
--------	--	---------	---------

Gesamtausgabe		2.631.300	2.685.200
----------------------	--	------------------	------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.426.300	-2.480.200
--------------------------------------	--	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	749	Gebühren, sonstige Entgelte	0	0	0
119 10	749	Sonstige Einnahmen	0	0	0
119 15	749	Rückflüsse aus Zuwendungen	21.973	0	0

Summe HGr. 1: 0 0

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	749	Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung (ohne Investitionen)	385.859.638	391.700.000	397.400.000
--------	-----	--	-------------	-------------	-------------

Die Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben der Titel 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 633 60, 671 60, 632 10, 682 20 und Titelgruppe 80 des Kapitels 11 500 verwendet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 12. Dezember 2007, liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern.

Zur Finanzierung dieser Aufgabe werden dem Land Brandenburg vom Bund entsprechende Mittel zugewiesen.

Summe HGr. 2: 391.700.000 397.400.000

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	Zuweisungen für Investitionen vom Bund nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)	20.886.400	21.686.400	21.686.400
--------	-----	---	------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 11 500.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel für den ÖPNV.

Siehe Erläuterungen bei Titelgruppe 60 und Titelgruppe 70.

331 20	749	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Umsetzung der Regionalisierung	1.000.000	1.000.000	1.200.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Die Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben der Titel 883 10, 891 10 und 892 10 verwendet werden.

Summe HGr. 3: 22.686.400 22.886.400

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Bei den Ausgaben des Kapitels handelt es sich vorwiegend um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen. Sie sind nach § 19 LHO übertragbar.

1. Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 671 60, 632 10, 682 20, 683 30 und Titelgruppe 80.

2. Mehrausgaben bei 883 60 und TG 70 dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	749	Ausgaben für Gutachten	159.040	400.000	400.000
---------------	------------	-------------------------------	----------------	----------------	----------------

(§17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	400.000
davon fällig:	
2012 bis zu	200.000
2013 bis zu	200.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		200.000		200.000
2012		200.000	200.000	400.000
2013		200.000	200.000	400.000
2014				
2015 ff.				
Summen		600.000	400.000	1.000.000

Erläuterungen:

Gutachten zu Fragen der ÖPNV-Planung und Entwicklung in Umsetzung des Landesnahverkehrsplanes sowie zur Fortentwicklung landesspezifischer Ausgestaltung des Rechtsrahmes im ÖPNV.

Summe HGr. 5:	400.000	400.000
---------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10	749	Kostenbeteiligung Seilbahnen	0	0
---------------	------------	-------------------------------------	----------	----------

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Entsprechend dem Beschluss der GKVS vom 7./8.10.2009 erfolgt eine Kostenbeteiligung der Länder bei der Finanzierung der internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Seilbahnen. Die Aufteilung der Kosten (Sachkosten) erfolgt auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

682 10 749 Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller **272.301.790 275.000.000 274.500.000**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigungen:

2011
EUR

Betrag: **120.700.000**

davon fällig:

2012 bis zu

2013 bis zu

2014 bis zu

2015 ff. bis zu 120.700.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	280.535.000			280.535.000
2012	302.248.100			302.248.100
2013	189.628.200	57.000.000		246.628.200
2014	170.979.200	1.134.300.000		1.305.279.200
2015 ff.	1.272.785.000		120.700.000	1.393.485.000
Summen	2.216.175.500	1.191.300.000	120.700.000	3.528.175.500

Erläuterungen:

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV- Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die "Vereinbarung zwischen der Regierung des Landes Brandenburg und dem Senat von Berlin über die Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes im SPNV in der Region Berlin/Brandenburg" vom 5.3.1998 die Grundlage für die Finanzierung von nach Berlin hinführenden bzw. durchzubindenden Regionalverkehrsleistungen.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

682 20 749 Ausgleichszahlungen an Infrastrukturunternehmen **0 0**

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Finanzierung von Maßnahmen im besonderem Landesinteresse.

683 10 749 Betriebskostenausgleich an private SPNV - Leistungsersteller **53.364.444 48.000.000 55.200.000**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 683 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	55.173.000			55.173.000
2012	58.575.000			58.575.000
2013	99.146.800			99.146.800
2014	99.942.900			99.942.900
2015 ff.	462.900.000			462.900.000
Summen	775.737.700			775.737.700

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 682 10.

Grundlage für den erhöhten Ansatz sind die Ausschreibungsergebnisse. Demnach haben mehr private Verkehrsunternehmen den Zuschlag erhalten.

683 20 749 Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH 6.455.654 4.500.000 4.700.000

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten des VBB zu beteiligen.

Im Finanzierungsanteil des Landes sind die für die Erfüllung der klassischen Verbundaufgaben notwendigen Mittel enthalten. Darüber hinaus erfüllt die VVB GmbH Aufgaben im Rahmen des Infrastrukturmanagements und der Geschäftsbesorgung.

Mehr aufgrund des verabschiedeten Wirtschaftsplanes der VBB GmbH.

683 30 749 Mobilitätsticket Brandenburg 0 0

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Ab 2011 umgesetzt nach Titelgruppe 80 (Ist 2009 : 0 €, Ansatz 2010 : 0 €)

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(633 10) 749 Ausfinanzierung VAM 0 0

aus Titelgruppen: 74.907.000 73.746.000

Summe HGr. 6: 402.407.000 408.146.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10 749 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden 40.808 0 0

(§ 17 Abs. 3 LHO)

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

noch zu 883 10

Erläuterungen:

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

891 10 749 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen 2.531.708 1.000.000 1.200.000

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	1.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	500.000
2013 bis zu	500.000
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	1.160.000			1.160.000
2012		500.000	500.000	1.000.000
2013			500.000	500.000
2014				
2015 ff.				
Summen	1.160.000	500.000	1.000.000	2.660.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.
 Mehr aufgrund des tatsächlichen Bedarfs.

892 10 749 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen -2.397 0 0

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

aus Titelgruppen: 21.686.400 21.686.400

Summe HGr. 8: 22.686.400 22.886.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Finanzierung des übrigen ÖPNV (üÖPNV)

(§ 17 (3) LHO)

Erläuterungen:

Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger des üÖPNV gem. § 3 (3) ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes pauschalierte Zuweisungen. Diese beinhalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs. Betroffene Aufgabenträger erhalten darüber hinaus für abbestellte SPNV- Leistungen finanzielle Mittel zur Sicherstellung von notwendigen Busersatzverkehren.

Die Aufgabenträger verwenden diese Mittel konsumtiv als auch investiv.

633 60 741 Förderung der Aufgabenträger 73.911.317 74.907.000 73.746.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	73.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	73.000.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		76.030.600		76.030.600
2012			73.000.000	73.000.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		76.030.600	73.000.000	149.030.600

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung Titelgruppe 60.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Weniger wegen Anpassung an das ÖPNV-G.

671 60 741 Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG 0 0 0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

883 60 741 Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen 10.000.000 10.000.000 10.000.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	<u>10.000.000</u>
davon fällig:	
2012 bis zu	10.000.000
2013 bis zu	
2014 bis zu	
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011		10.000.000		10.000.000
2012			10.000.000	10.000.000
2013				
2014				
2015 ff.				
Summen		10.000.000	10.000.000	20.000.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(891 60) 741 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen 0 0

(892 60) 741 Zuschüsse an private Unternehmen 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 84.907.000 83.746.000

TGr. 70 Investitionen für den ÖPNV gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)

(§17 Abs. 3 LHO)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 60.

Erläuterungen:

Zuweisungen und Zuschüsse für den SPNV und üÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes und der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (RiLi ÖPNV-Invest).

883 70 741 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden 4.577.266 500.000 1.200.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

891 70 741 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen 5.159.524 10.686.400 10.486.400

Verpflichtungsermächtigungen:

	2011 EUR
Betrag:	15.000.000
davon fällig:	
2012 bis zu	6.000.000
2013 bis zu	6.000.000
2014 bis zu	3.000.000
2015 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2009 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2010 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2011	1.782.800	6.000.000		7.782.800
2012	28.600	3.000.000	6.000.000	9.028.600
2013		1.000.000	6.000.000	7.000.000
2014			3.000.000	3.000.000
2015 ff.				
Summen	1.811.400	10.000.000	15.000.000	26.811.400

892 70 741 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen -29.916 500.000 0

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 11.686.400 11.686.400

TGr. 80 Mobilitätsticket Brandenburg

§ 17 (3) LHO

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg fördert die Mobilität sozial schwächer gestellter Menschen durch ein preislich reduziertes Tarifangebot, bis zu 2,3 Mio. € jährlich.

Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen Tarifausgleich. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus Minderleistungen im SPNV.

Daher wurden Leertitel eingerichtet.

633 80 741 Zuweisungen an die Aufgabenträger 0
neu

682 80 749 Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen 0
neu

683 80 749 Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen 0
neu

Der Titel enthält Umsetzungen aus Kapitel 11 500 683 30 (Ist 2009 : 0 €, Ansatz 2010 : 0 €).

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **0**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **96.593.400** **95.432.400**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2010	Ansatz 2011
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	391.700.000	397.400.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	22.686.400	22.886.400
Gesamteinnahme		414.386.400	420.286.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	400.000	400.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	402.407.000	408.146.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	22.686.400	22.886.400
Gesamtausgabe		425.493.400	431.432.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.107.000	-11.146.000

Haushaltsübersicht 2011

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2011	2012	2013	2014	2015 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
11 010	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft										
	Titel aus Titelgruppe 62										
538 62	Ausgaben für Datenverarbeitung		100,0	100,0							
546 62	Ausgaben für GIS-InVeKoS		100,0	100,0							
11 020	Allgemeine Bewilligungen										
883 10	Zuweisungen an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag für investive Zwecke		2.000,0	2.000,0							
11 025	Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume										
	Titel aus Titelgruppe 62										
683 62	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		3.750,0	750,0	750,0	750,0	1.500,0				
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		40.000,0	21.000,0	11.000,0	6.000,0	2.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 80										
683 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		25.000,0	5.000,0	5.000,0	5.000,0	10.000,0				
892 80	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		92.000,0	60.000,0	20.000,0	7.000,0	5.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 81										
683 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		2.500,0	500,0	500,0	500,0	1.000,0				
892 81	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		72.500,0	20.000,0	15.000,0	12.500,0	25.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 84										
892 84	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		3.500,0	1.200,0	900,0	700,0	700,0				
11 032	Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft										
683 10	Zuschüsse für die Durchführung der überbetrieblichen Ausbildung		200,0	200,0							
685 18	Förderung der beruflichen Bildung		110,0	110,0							
	Titel aus Titelgruppe 83										
541 83	Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung		680,0	680,0							
	Titel aus Titelgruppe 89										
686 89	Zuschüsse für den Betriebshaushalt		100,0			100,0					
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung										
541 10	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe		70,0	70,0							
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.730,0	3.108,0	3.730,0	3.108,0	1.784,0				

Haushaltsübersicht 2011

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2011	2012	2013	2014	2015 ff.
Titel			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	11.730,0	3.108,0	3.730,0	3.108,0	1.784,0	
883 27	Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil)	3.153,0	836,0	1.003,0	836,0	478,0	
883 28	Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	3.153,0	836,0	1.003,0	836,0	478,0	
883 30	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	4.539,0	1.203,0	1.444,0	1.203,0	689,0	
883 31	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	4.539,0	1.203,0	1.444,0	1.203,0	689,0	
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	16.461,0	4.361,0	5.232,0	4.361,0	2.507,0	
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	16.461,0	4.361,0	5.232,0	4.361,0	2.507,0	
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)	3.120,0	828,0	993,0	828,0	471,0	
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)	3.120,0	828,0	993,0	828,0	471,0	
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)	798,0	213,0	255,0	213,0	117,0	
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)	798,0	213,0	255,0	213,0	117,0	
11 060	Angelegenheiten des Wohnungswesen						
541 10	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	50,0	50,0				
541 20	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	10,0	10,0				
892 10	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln	380,0	160,0	220,0			
893 13	Zuweisungen zur Wohnraumförderung	31.000,0	16.000,0	15.000,0			
11 101	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung						
546 50	Vergabe an Dritte	559,0	237,0	322,0			
11 200	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg						
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0				
531 10	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	20,0	20,0				
535 10	Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung	30,0	30,0				
537 10	Braunkohle- und Sanierungsplanung	300,0	150,0	150,0			
537 20	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen	80,0	50,0	30,0			

Haushaltsübersicht 2011

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2011	2012	2013	2014	2015 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV)		800,0	250,0	300,0	250,0					
	Titel aus Titelgruppe 61										
893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland		67.708,9		34.250,0	33.458,9					
11 460	Straßen- und Brückenbau										
537 10	Kosten für Gutachten		40,0	20,0	20,0						
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit		20.000,0	15.000,0	5.000,0						
883 10	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)		27.500,0	19.000,0	6.000,0	2.500,0					
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		55.000,0	30.000,0	20.000,0	5.000,0					
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen		4.500,0	3.500,0	1.000,0						
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen		1.600,0	800,0	800,0						
	Titel aus Titelgruppe 60										
518 60	Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen		470,0	190,0	140,0	90,0	50,0				
823 60	Investitionskosten für Sonderfinanzierungen		2.500,0	600,0	600,0	650,0	650,0				
11 470	Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -										
537 10	Ausgaben für Gutachten		373,0	100,0	100,0	86,0	87,0				
	Titel aus Titelgruppe 60										
883 60	Zuweisungen an Gemeinden		20,0	20,0							
891 60	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen		100,0	100,0							
	Titel aus Titelgruppe 90										
536 90	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr		400,0	200,0	200,0						
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.		600,0	300,0	300,0						
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit		150,0	150,0							
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs										
537 10	Ausgaben für Gutachten		400,0	200,0	200,0						
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller		120.700,0				120.700,0				
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		1.000,0	500,0	500,0						

Haushaltsübersicht 2011

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2011	2012	2013	2014	2015 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
	Titel aus Titelgruppe 60						
633 60	Förderung der Aufgabenträger	73.000,0	73.000,0				
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen	10.000,0	10.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 70						
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	15.000,0	6.000,0	6.000,0	3.000,0		
	Zusammen	756.602,9	309.545,0	169.596,0	98.682,9	178.779,0	

Übersicht über Planstellen und Stellen 2011

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel							Ges.
	11010	11020	11080	11101	11400	11460		
1. Planmäßige Beamte und Richter								
Besoldungsordnung B								
B9 hD	1,00							1,00
B6 hD	2,00							2,00
B5 hD	4,00							4,00
B4 hD			1,00	1,00		1,00		3,00
B3 hD					1,00			1,00
B2 hD	24,00		1,00	1,00		3,00		29,00
Summe	31,00		2,00	2,00	1,00	4,00		40,00
Besoldungsordnung A								
A16 hD	24,00		7,00	4,00	4,00	5,00		44,00
A15 hD	43,00		33,00	4,00	7,00	14,00		101,00
A14 hD	32,00		79,00	11,00	8,00	19,00		149,00
A13 hD	3,00		20,00	13,00	0,00	5,00		41,00
A13 gD	40,00			1,00	13,00	39,00		93,00
A12 gD	32,00		100,00	8,00	14,00	95,00		249,00
A11 gD	6,00		194,00	24,00	33,00	128,00		385,00
A10 gD	4,00		137,00	26,00	13,00	60,00		240,00
A9 gD			13,00					13,00
A9 mD	8,00		1,00	2,00		13,00		24,00
A8 mD				5,00		9,00		14,00
A7 mD				2,00				2,00
Summe	192,00		584,00	100,00	92,00	387,00		1.355,00
hD	133,00		141,00	34,00	20,00	47,00		375,00
gD	82,00		444,00	59,00	73,00	322,00		980,00
mD	8,00		1,00	9,00		22,00		40,00
Summe 2011	223,00		586,00	102,00	93,00	391,00		1.395,00
Summe 2010	223,00		595,00	102,00	96,00	395,00		1.411,00
3. Beamte im Vorbereitungsdienst								
A13 hD	8,00							8,00
Summe	8,00							8,00
hD	8,00							8,00
Summe 2011	8,00							8,00
Summe 2010	8,00							8,00
4. Arbeitnehmer								
AT I	7,00			1,00	1,00	1,00		10,00
E 15	15,00			14,00	4,00	18,00		51,00
E 14	13,00		24,00	16,00	16,00	7,00		76,00
E 13	8,00			24,00	12,00	40,00		84,00
E 11	65,00		20,00	20,00	5,00	88,00		198,00
E 10	9,00		174,00	51,00	16,00	130,00		380,00
E 9	5,00		72,00	132,00	19,00	77,00		305,00
E 8	41,00		186,00	32,00	27,00	241,00		527,00
E 7			14,00			418,00		432,00
E 6	16,00		98,00	55,00	21,00	222,00		412,00
E 5	12,00		891,00	2,00		501,00		1.406,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2011

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel							Ges.
	11010	11020	11080	11101	11400	11460		
E 4			24,00	4,00	3,00	92,00		123,00
E 3	0,00		8,00			24,00		32,00
E 2				0,00				0,00
W 9			0,00					0,00
W 7			0,00					0,00
W 6			0,00					0,00
W 5			0,00					0,00
Summe 2011	191,00		1.511,00	351,00	124,00	1.859,00		4.036,00
Summe 2010	196,00		1.603,00	364,00	120,00	1.861,00		4.144,00
AZUBI			160,00	16,00		67,00		243,00
Stellen 2011	414,00		2.097,00	453,00	217,00	2.250,00		5.431,00
Stellen 2010	419,00		2.198,00	466,00	216,00	2.256,00		5.555,00
Leerstellen:								
1. Planmäßige Beamte und Richter								
Besoldungsordnung B								
B6 hD		1,00						1,00
B2 hD		1,00						1,00
Summe		2,00						2,00
Besoldungsordnung A								
A16 hD	1,00	3,00						4,00
A15 hD	1,00	2,00						3,00
A13 hD		1,00						1,00
A13 gD		3,00						3,00
A12 gD		4,00						4,00
A11 gD		6,00						6,00
A10 gD		3,00						3,00
A8 mD		1,00		1,00				2,00
Summe	2,00	23,00		1,00				26,00
hD	2,00	8,00						10,00
gD		16,00						16,00
mD		1,00		1,00				2,00
Summe 2011	2,00	25,00		1,00				28,00
Summe 2010	2,00	13,00		1,00				16,00
4. Arbeitnehmer								
AT I	1,00							1,00
E 15	2,00	1,00						3,00
E 14		2,00						2,00
E 13		2,00		1,00				3,00
E 12	3,00	6,00						9,00
E 11	3,00	11,00						14,00
E 10	1,00	6,00						7,00
E 9		12,00		6,00				18,00
E 8	2,00	8,00		3,00				13,00
E 7	2,00							2,00
E 6	23,00	4,00						27,00
E 5	19,00	5,00		8,00				32,00
E 4	1,00	2,00		2,00				5,00

Übersicht
über Dienstwohnungen

Kap.	Dienstwohnungen für Beamte			Dienstwohnungen für Arbeitnehmer	Dienstwohnungen zusammen	
	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer und einfacher Dienst		2010	2011
	2011	2011	2011	2011		
1	2	3	4	5	6	7
11 080	2	108		8	118	118
Zus.	2	108		8	118	118

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Krafträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2010	Soll 2011
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
11 010 geleast							1	1	1	1
11 101 geleast	82 53	56 40	1	1			121	107	204 53	164 40
11 400 geleast	14 2	11 2					2	2	16 2	13 2
Zus. geleast	96 55	67 42	1	1			124	110	221 55	178 42